

Lernbrief

Wirtschaftslehre, Teil 4

***Weiter-
führende
Themen***

Rahmenlehrplanstand Wirtschaftslehre: September 1996

Herausgeber:

AOK-Bundesverband, Rosenthaler Straße 31, 10178 Berlin

Autor: Prof. Dr. Frank Fichert, Hochschule Worms

Redaktion: Referat Berufliche Bildung

Ansprechpartner: Johanna Szczeponek Tel.: 030 34646-2167

Druck und Vertrieb durch

Bonndruck GmbH, Frankfurter Straße 51, 57074 Siegen.

Vervielfältigung der Materialien oder einzelner Beiträge daraus
(auf fotomechanischem oder sonstigem Wege) ist nur mit vorheriger
Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Gliederung

1 Einleitung	5
2 Lernziele	6
3 Grundlagen des Geldwesens	6
3.1 Historische Entwicklung des Geldes	6
3.2 Bargeld	7
3.2.1 Münzgeld	7
3.2.2 Banknoten	7
3.3 Buchgeld	8
4 Funktionen und Eigenschaften des Geldes	12
4.1 Funktionen des Geldes	12
4.2 Eigenschaften des Geldes	14
4.3 Übungen zu den Lernabschnitten 3 und 4	15
5 Wert des Geldes und seine Stabilität	16
5.1 Binnenwert des Geldes	16
5.1.1 Preisniveau und Kaufkraft	16
5.1.1.1 Preisniveau	17
5.1.1.2 Kaufkraft	18
5.1.1.3 Nominal- und Realeinkommen	20
5.1.2 Messung des Preisniveaus	22
5.1.3 Kritik am Verbraucherpreisindex	27
5.2 Inflation	28
5.2.1 Erscheinungsformen der Inflation	28
5.2.2 Ursachen der Inflation	29
5.2.3 Auswirkungen der Inflation	31
5.3 Übungen zum Lernabschnitt 5	33
6 Geldpolitik in der Euro-päischen Währungsunion	34
6.1 Europäisches System der Zentralbanken	34
6.1.1 Europäische Zentralbank und ihre Organe	35
6.1.2 Aufgaben der Europäischen Zentralbank	36
6.2 Deutsche Bundesbank	36
6.3 Geldpolitik der Zentralbank	37

6.4 Geldpolitische Instrumente der EZB	40
6.4.1 Offenmarktgeschäfte	41
6.4.2 Mindestreserven	43
6.4.3 Ständige Fazilitäten	44
6.5 Übungen zum Lernabschnitt 6	47
7 Geschäftsbanken und ihre Aufgaben	48
7.1 Struktur des Geschäftsbankensystems	48
7.2 Universalbanken	49
7.2.1 Private Kreditbanken	49
7.2.2 Öffentlich-rechtliche Banken	49
7.2.3 Genossenschaftliche Banken	50
7.3 Aufgaben der Geschäftsbanken	51
7.3.1 Einlagengeschäfte	51
7.3.2 Kreditgeschäfte	54
7.3.3 Dienstleistungsgeschäfte	56
7.4 Stabilität des Finanzsystems und Bankenregulierung	58
7.5 Übungen zum Lernabschnitt 7	60
8 Zahlungsverkehr	61
8.1 Barzahlung	61
8.2 SEPA – Der einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum	61
8.3 Halbbare Zahlung	62
8.4 Bargeldlose Zahlung	63
8.4.1 Girokonto	65
8.4.2 Überweisung	66
8.4.3 Dauerauftrag	67
8.4.4 Lastschriftverfahren	68
8.4.4.1 SEPA-Basislastschrift	68
8.4.4.2 SEPA-Firmenlastschrift	69
8.5 Zahlungsverkehr zwischen den Geschäftsbanken	69
8.6 Übungen zum Lernabschnitt 8	72

9 Schecks und Kartenzahlungen	73
9.1 Bestandteile des Schecks	73
9.1.1 Gesetzliche Bestandteile	73
9.1.2 Kaufmännische Bestandteile	73
9.2 Scheckvertrag	74
9.3 Scheckvordruck	74
9.4 Arten des Schecks	75
9.5 Einlösung des Schecks	77
9.6 Scheckfälschung und Schecksperr	79
9.7 Bankkundenkarten	79
9.8.1 Rechtsbeziehungen	81
9.8.3 Reiseschecks	82
9.9 Übungen zum Lernabschnitt 9	82
10 Rechtsformen der Unternehmen	83
10.1 Rechtsformen des Privatrechts	83
10.2 Rechtsformen des öffentlichen Rechts	85
10.3 Kaufmannseigenschaften	85
10.4 Die Firma als Handelsname des Kaufmanns	87
10.5 Handelsregister	88
10.6 Einzelunternehmen	89
10.7 Personengesellschaften	90
10.7.1 Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	90
10.7.2 Offene Handelsgesellschaft (OHG)	91
10.7.3 Kommanditgesellschaft (KG)	94
10.8 Kapitalgesellschaften	96
10.8.1 Aktiengesellschaft (AG)	96
10.8.2 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	102
10.9 Mischformen	104
10.10 Rechtsformen in der EU	105
10.11 Vergleichende Übersicht über die wichtigsten Unternehmensformen	106
10.12 Übungen zum Lernabschnitt 10	107

11 Zusammenfassende Selbstkontrolle	108
12 Lösungen zu den Übungen im Text	110
13 Lösungen zur zusammenfassenden Selbstkontrolle	123

1 Einleitung

In diesem Lernbrief stellen wir Ihnen zunächst die Geld- und Finanzmärkte in unserer Volkswirtschaft vor. Ein zweiter Schwerpunkt widmet sich den Rechtsformen der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland.

Bereits in Teil 1 dieses Lernbriefs haben Sie sich mit der Arbeitsteilung als Grundprinzip aller modernen Volkswirtschaften beschäftigt. Eine arbeitsteilige Volkswirtschaft ist ohne ein funktionierendes Geldwesen nicht vorstellbar. Das Wissen um die Grundlagen des Geldwesens gehört damit zur „ökonomischen Allgemeinbildung“, die wir Ihnen mit diesem Lernbrief vermitteln wollen.

Darauf aufbauend beschäftigen wir uns mit der Geldwertstabilität sowie den Aufgaben und Instrumenten der Zentralbank. In diesen Teilen des Lernbriefs erfahren Sie unter anderem, warum es in einer Volkswirtschaft zu Inflation kommen kann, welche negativen Folgen Inflation hat und mit welchen Maßnahmen sich Inflation vermeiden lässt. Der Einsatz geldpolitischer Instrumente wirkt sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und damit auch auf die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme aus. Somit ist es auch für die AOK von Bedeutung, ob beispielsweise die Zentralbank in einer bestimmten wirtschaftlichen Situation die Zinssätze verändert.

Sowohl in Ihrem Privatleben als auch im Rahmen Ihrer Tätigkeit für die AOK nutzen Sie die unterschiedlichen Dienstleistungen von Geschäftsbanken und dabei insbesondere die vielfältigen Möglichkeiten des Zahlungsverkehrs. In den Punkten 7 bis 9 dieses Lernbriefs geben wir Ihnen daher einen Überblick über die Struktur des

Bankensystems in der Bundesrepublik Deutschland und beschäftigen uns ausführlich mit dem Zahlungsverkehr.

Abschließend geht es um die Rechtsformen der Unternehmen. Hier stellen wir insbesondere dar, welche Rechtsformen die Firmenkunden der AOK wählen können und welche Folgen sich aus dieser Rechtsformwahl für die Beteiligten ergeben. Sie erfahren dabei unter anderem, wie die Entscheidungsbefugnisse in unterschiedlichen Rechtsformen geregelt sind und welche besonderen Bestimmungen bezüglich der Haftung bestehen.

Hinweise

In diesem Lernbrief sind die Textteile, deren Inhalt nicht prüfungsrelevant, aus unserer Sicht jedoch wichtig für das Gesamtverständnis und die AOK-Praxis sind, in grüner Schrift gedruckt.

Sofern nicht erforderlich, haben wir in Beispielen und Übungen auf die Angabe einer konkreten AOK und auf Jahreszahlen verzichtet. Gehen Sie in diesen Fällen von Ihrer AOK bzw. von den Daten des aktuellen Kalenderjahres aus.

Haben Sie Tipps, Anregungen oder Verbesserungsvorschläge zu den Inhalten des Lernbriefs? Dann zögern Sie nicht, uns anzusprechen.

2 Lernziele

Nach Durcharbeiten dieses Lernbriefs sollen Sie in der Lage sein,

- die Entwicklung des Geldes zu schildern,
- die Geldarten zu definieren,
- die Funktionen und Eigenschaften des Geldes zu beschreiben,
- den Binnenwert des Geldes zu erläutern,
- den Zusammenhang zwischen Kaufkraft und Preisniveau zu erklären,
- Ursachen und Auswirkungen von Inflationen zu erläutern,
- die Stellung, Aufgaben und Instrumente der Europäischen Zentralbank zu beschreiben,
- das Geschäftsbankensystem in der Bundesrepublik Deutschland zu erklären,
- die Grundzüge des Einlagen- und Kreditgeschäfts wiederzugeben,
- Einlagearten zu beschreiben,
- Kreditarten zu unterscheiden,
- Voraussetzungen und Inhalt eines Kreditvertrags zu beschreiben,
- die Möglichkeiten des Zahlungsverkehrs voneinander abzugrenzen und an Beispielen zu verdeutlichen,
- die rechtlichen Beziehungen zwischen Zahlungspflichtigen, Zahlungsempfängern und Kreditinstituten zu erläutern,
- die Besonderheiten des Scheckverkehrs und der Kreditkarten zu beschreiben,
- die Unterschiede zwischen Einzelunternehmen, Personen- und Kapitalgesellschaften zu erklären,
- die Wesensmerkmale der wichtigsten Gesellschaftsunternehmen zu nennen,
- die Bestimmungsgründe für die Wahl der Rechtsform zu formulieren und
- das Unternehmensrecht als Instrument ordnungspolitischer Rahmenseetzungen zu begreifen.

3 Grundlagen des Geldwesens

Jedes arbeitsteilige Wirtschaftssystem kann nur funktionieren, wenn die einzelnen Güter getauscht werden. Geld erleichtert diesen Tauschprozess, denn es kann gegen alle anderen Güter getauscht werden. Die Bedeutung des Geldes ergibt sich aus den Aufgaben, die es erfüllt und den Vorteilen, die es dem Einzelnen und dem Wirtschaftssystem bietet.

3.1 Historische Entwicklung des Geldes

In der sogenannten Naturaleigenwirtschaft wurden alle erforderlichen Güter im eigenen Haushalt der Großfamilie hergestellt und verbraucht. Der Tausch von Gütern war nicht notwendig, weil der Haushalt der Großfamilie in der Lage war seinen Güterbedarf selbst zu decken.

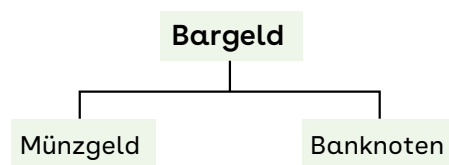
Die Entwicklung der arbeitsteiligen Wirtschaft führte dazu, dass der einzelne Haushalt nicht mehr alle notwendigen Güter selbst produzieren konnte. Es entstand die sogenannte Naturaltauschwirtschaft, in der Ware gegen Ware getauscht wurde. Dieser direkte Tausch konnte nur funktionieren, wenn ein Haushalt eine Ware hatte, die der andere nachfragte und umgekehrt. Es musste also eine doppelte Übereinstimmung der Bedürfnisse der Tauschbeteiligten vorliegen. Außerdem musste der Wert der Tauschgüter übereinstimmen.

Um den Tauschvorgang zu erleichtern, wurde zunächst das sogenannte Warengeld (z.B. Salz, Muscheln, Vieh, Metalle) als Zwischengut eingeführt. In den Agrarwirtschaften des Altertums war das Vieh Inbegriff des Reichtums und daher allgemeines Tauschmittel und Recheneinheit. Das hatte allerdings Nachteile: Vieh ist nicht teilbar, von begrenzter Lebensdauer und nur schwer transportierbar.

In dem Maße, wie sich die Technik der Metallgewinnung, -bearbeitung und -verwendung entwickelte, übernahmen Metalle, vor allem die wegen ihrer Seltenheit hoch geschätzten Edelmetalle, die Funktion des Geldes. Die konkrete Erscheinungsform des Geldes war im Laufe der Geschichte einem tief greifenden Wandel unterworfen, um die Tauschprozesse einfacher durchführen zu können. Das Warengeld wurde im Laufe der Zeit gleichartiger und bestand schließlich nur noch aus Metallen. Diese Erscheinungsform des Geldes zeichnete sich gegenüber dem anderen Warengeld dadurch aus, dass es die Eigenschaften der Gleichartigkeit und Haltbarkeit im hohen Maße erfüllte. Mit der Ausprägung von Metallen zu Münzen ist die letzte Stufe in der Entwicklung des Warengeldes erreicht worden.

3.2 Bargeld

Das Bargeld besteht aus Münzgeld und Banknoten.



3.2.1 Münzgeld

Bei den Münzen unterscheidet man grundsätzlich zwischen Kurant- und Scheidemünzen. Kurantmünzen sind vollwertig ausgeprägt, d.h. der Metallwert entspricht dem Nennwert. Scheidemünzen dagegen sind unterwertig ausgeprägt. Der Metallwert ist hier demnach niedriger als der Nennwert. Das Münzgeld in Deutschland besteht aus Scheidemünzen.

Das Recht, Münzen zu prägen (Münzregal), liegt beim Staat. In der Europäischen Währungsunion besitzen die Mitgliedstaaten das Recht zur Ausgabe von Münzen. Der Umfang der Münzprägung muss von der Europäischen Zentralbank genehmigt werden. Die Differenz zwischen den Herstellungskosten der Münzen und dem Nennwert fließt dem Staat, in Deutschland dem Bund, als sogenannter Münzgewinn („Seigniorage“) zu. Der Münzgewinn lag beispielsweise in Deutschland in den vergangenen Jahren bei rund 300 Mio. € pro Jahr.

3.2.2 Banknoten

Münzgeld wurde bereits im Mittelalter durch Papiergeld ergänzt. Im 14. Jahrhundert gingen italienische Kaufleute dazu über, Gold und Goldmünzen gegen Depotscheine zu hinterlegen. Besonders zuverlässige Kaufleute erhielten auch Depotscheine ohne Hinterlegung von Gold oder Goldmünzen. Im Laufe der Zeit wurden die Depotscheine in verschiedener Stückelung ausgestellt, womit letztlich das Papiergeld als Zahlungsmittel entstanden war.

Banknoten sind Papiergeld, also stoffwertloses Geld, das keinen Warenwert besitzt und seinen Wert aus der Funktion als akzeptiertes Tauschmittel bezieht. Banknoten sind unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel, d.h., es besteht ein unbeschränkter Annahmewang von Banknoten.

Das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) setzte ab 01. 01. 2002 nach und nach Euro-Banknoten und -münzen in Umlauf und zog die Münzen und Banknoten in nationaler Währung bis 30. 06. 2002 aus dem Verkehr. Seit diesem Zeitpunkt ist der Euro alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel in den Ländern, die der Europäischen Währungsunion angehören.

Das Recht zur Ausgabe von Banknoten liegt bei der Europäischen Zentralbank (EZB) und den nationalen Zentralbanken, wobei die EZB das ausschließliche Recht hat, die Ausgabe von Banknoten zu genehmigen. In der Praxis werden die Banknoten dezentral im Auftrag der nationalen Zentralbanken hergestellt, wobei die EZB jeder nationalen Zentralbank eine Quote zuteilt.

Ein Umtausch von Deutscher Mark in Euro ist bei der Bundesbank auf unbestimmte Zeit möglich. Dasselbe gilt beispielsweise für österreichische Schilling oder irische Pfund, die ebenfalls bei den jeweiligen nationalen Zentralbanken umgetauscht werden können. In zahlreichen anderen Mitgliedstaaten der Währungsunion ist bzw. war der Umtausch jedoch nur für einen begrenzten Zeitraum möglich (z.B. Frankreich, Italien, Spanien). Auch gibt es teilweise unterschiedliche Fristen für den Umtausch von Banknoten und Münzen. Der unveränderbar festgelegte Umrechnungskurs beträgt 1,95583 DM für einen Euro.

Akteure in der Geldwirtschaft: Zentralbank und Geschäftsbanken

Für das Funktionieren des Geldwesens in einer modernen Volkswirtschaft spielen Banken eine zentrale Rolle. In einem ersten Schritt muss zwischen zwei Arten von Banken unterschieden werden: der Zentralbank und den Geschäftsbanken.

Als Zentralbank (auch Notenbank oder Zentralnotenbank genannt) bezeichnen wir im Folgenden eine staatliche Bank, die in einem Währungsgebiet das alleinige Recht (Monopol) zur Ausgabe von Banknoten besitzt.

Geschäftsbanken sind öffentliche oder private Institute, die Bankgeschäfte betreiben, insbesondere das Kreditgeschäft, das Einlagengeschäft und die Abwicklung des Zahlungsverkehrs. Mehr zu den Aufgaben und Funktionen des Geschäftsbankensystems erfahren Sie unter Punkt 7 in diesem Lernbrief.

3.3 Buchgeld

Neben dem Bargeld hat in der modernen Volkswirtschaft das Buchgeld (Giralgeld) eine sehr große Bedeutung gewonnen. Buchgeld ist stoffloses Geld, das nur auf den Konten der Geschäftsbanken existiert. Buchgeld entsteht dadurch, dass Überweisungen auf ein Bankkonto erfolgen oder die Geschäftsbanken ihren Kundinnen und Kunden Guthaben auf Konten, z.B. Girokonten (Sichtguthaben), einräumen.

Beispiel

Ihre AOK überweist Ihnen das Monatsgehalt auf Ihr Girokonto bei Ihrer Geschäftsbank. Ihr Girokonto weist ein Guthaben (Sichtguthaben) aus.

Folge

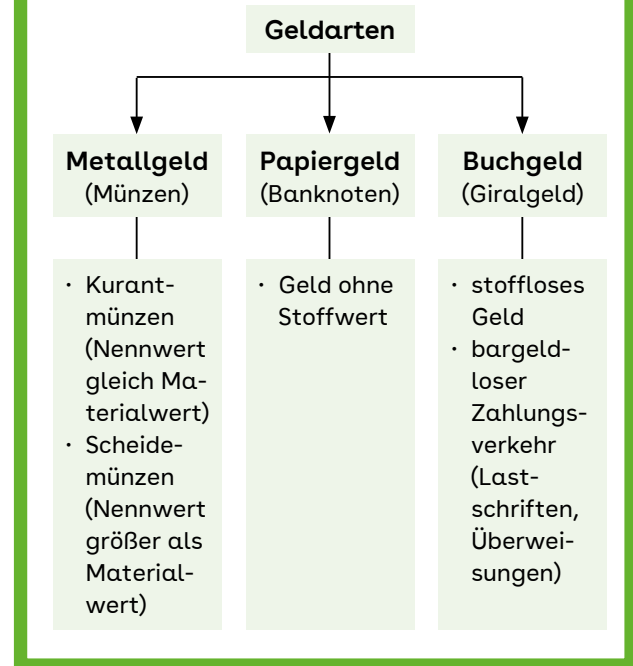
In Höhe des Guthabens ist Buchgeld vorhanden.

Es wird zwischen Buchgeld im engeren und Buchgeld im weiteren Sinne unterschieden. Buchgeld im engeren Sinne sind die sogenannten Sichteinlagen (Guthaben). Sichteinlagen sind jederzeit fällige Guthaben, über die die Bankkunden ohne Kündigung verfügen können (z.B. Guthaben auf einem Girokonto). Sichtguthaben dienen in erster Linie der Abwicklung des Zahlungsverkehrs (z.B. Überweisungen, Schecks).

Unter Buchgeld im weiteren Sinne werden Guthaben auf allen Bankkonten verstanden, also auch Guthaben auf Konten für Termin- und Spareinlagen. Termineinlagen sind für die Geschäftsbanken zeitlich befristet zur Verfügung stehende Gelder, die ihnen zu einem festen Zinssatz für einen vorher bestimmten Zeitraum überlassen sind (vgl. Punkt 7.3.1 dieses Lernbriefs).

Unter Spareinlagen werden grundsätzlich unbefristete Guthaben verstanden, die vor allem von privaten Haushalten als Vermögensanlage gehalten werden (vgl. Punkt 7.3.1 dieses Lernbriefs).

Merke



Buchgeld kann eine Geschäftsbank und insbesondere das Geschäftsbankensystem (Gesamtheit der Geschäftsbanken) schöpfen. Eine solche Buchgeldschöpfung ist den Sparkassen und Banken deshalb möglich, weil nicht alle Kontoinhaber gleichzeitig über ihr gesamtes Guthaben verfügen, sondern den größten Teil auf ihrem Girokonto belassen. Die Kreditinstitute können daher diese Gelder als Kredit weitergeben. Wir wollen den Prozess der Buchgeldschöpfung anhand eines Beispiels erläutern:

Beispiel

Eine Geschäftsbank erhält von einer Kundin in bar eine Einlage in Höhe von 1.000 € (Sichteinlage). Die Zentralnotenbank schreibt vor, dass die Geschäftsbank einen bestimmten Anteil dieser Einlage als Mindestreserve halten muss (vgl. Punkt 6.4.2 dieses Lernbriefs). Dieser Mindestreservesatz beträgt in unserem Beispiel 5 %.

Die verbleibenden 950 € stellen für diese Bank eine Überschussreserve dar. Die Bank kann diese Überschussreserve nutzen, um einem anderen Kunden einen Kredit einzuräumen. In der nachfolgenden Bilanz der Geschäftsbank A sind die Vorgänge dargestellt:

Bilanz der Geschäftsbank A			
AKTIVA		PASSIVA	
Mindestreserve	€ 50	Sichteinlage	€ 1.000
Überschussreserve	€ 950		

Das Geschäftsbankensystem in der Gesamtheit kann allerdings Buchgeld in einer Höhe schöpfen, die wesentlich über die Überschussreserve einer Geschäftsbank hinausgeht. Diese Möglichkeit wollen wir mithilfe der Fortsetzung des obigen Beispiels erläutern:

Fortsetzung des Beispiels

Der Kunde nutzt den Kredit, der ihm von Geschäftsbank A gewährt wurde, zum Kauf von Gütern. Diese bezahlt er per Überweisung auf das Konto, das die Verkäuferin der Güter bei Geschäftsbank B unterhält.

Geschäftsbank B weist in ihrer Bilanz nun eine Sichteinlage in Höhe von 950 € aus. Davon muss sie wiederum 5 % als Mindestreserve halten. Die verbleibende Überschussreserve von 902,50 € kann sie zur Gewährung von Krediten nutzen. Der Prozess der Buchgeldschöpfung setzt sich also fort, wobei die Buchgeldschöpfung durch Bank B geringer ist als die Buchgeldschöpfung durch Bank A. Wir zeigen Ihnen diese Zusammenhänge anhand der Bilanz der Geschäftsbank B.

Bilanz der Geschäftsbank B			
AKTIVA		PASSIVA	
Mindestreserve	€ 47,50	Sichteinlage	€ 950
Überschussreserve	€ 902,50		

Der Prozess der Buchgeldschöpfung findet sein Ende, wenn die gesamte ursprünglich dem Geschäftsbankensystem zur Verfügung gestellte Bargeldsumme (im vorherigen Beispiel also 1.000 €) als Mindestreserve gebunden ist. Die maximale Buchgeldschöpfung lässt sich unter den bisherigen (stark vereinfachenden) Annahmen berechnen, indem die Bargeldsumme mit dem Kehrwert des Mindestreservesatzes multipliziert wird. In dem vorherigen Beispiel (Bargeldsumme 1.000 € und Mindestreservesatz 5 %) beträgt die maximale Buchgeldschöpfung somit 20.000 €.

Bislang haben wir vereinfachend angenommen, dass von den Bankkunden über die Kredite stets nur bargeldlos verfügt wird. In der Realität lassen sich die Wirtschaftssubjekte einen Teil ihrer Guthaben in bar auszahlen. Diese Bargeldabhebungen stehen den Geschäftsbanken nicht mehr für die Kreditgewährung zur Verfügung. Wir wollen diesen Zusammenhang zunächst wieder anhand eines Beispiels erläutern.

Fortsetzung des Beispiels

Der Kunde, der von Geschäftsbank A einen Kredit in Höhe von 950 € erhalten hat, lässt sich 20 % dieser Summe (190 €) als Bargeld auszahlen. Die restlichen 760 € nutzt er zum Kauf von Gütern, die er per Überweisung auf das Konto bezahlt, das die Verkäuferin bei Bank B hält.

Geschäftsbank B weist in ihrer Bilanz zunächst eine Sichteinlage in Höhe von 760 € aus. Auch diese Kundin hebt 20 % des Betrags (152 €) in bar ab. Die restlichen 608 € verbleiben als Sichteinlage. Die Bank muss eine Mindestreserve in Höhe von 30,40 € halten, die restlichen 577,60 € stehen als Überschussreserve für die Kreditgewährung zur Verfügung.

Bilanz der Geschäftsbank B			
AKTIVA		PASSIVA	
Mindestreserve	€ 30,40	Sichteinlage	€ 608
Überschussreserve	€ 577,60		

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Möglichkeiten der Geschäftsbanken zur Buchgeldschöpfung von drei Größen bestimmt werden:

Erstens setzt die Buchgeldschöpfung voraus, dass von der Zentralnotenbank Bargeld zur Verfügung gestellt wurde. Mit dem Prozess der Schöpfung von Bargeld beschäftigen wir uns in Pkt. 6.3 dieses Lernbriefs.

Zweitens sind die Möglichkeiten zur Buchgeldschöpfung umso größer, je geringer der von der Zentralbank festgelegte Mindestreservesatz ist. Die Mindestreservpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) wird in diesem Lernbrief in Pkt. 6.4.2 genauer erläutert.

Drittens hängen die Möglichkeiten zur Buchgeldschöpfung von den Zahlungsgewohnheiten der Wirtschaftssubjekte ab. Je geringer die Bargeldquote, desto größer ist bei gegebener Bargeldmenge und gegebenem Mindestreservesatz die maximale Buchgeldschöpfung.

Merke

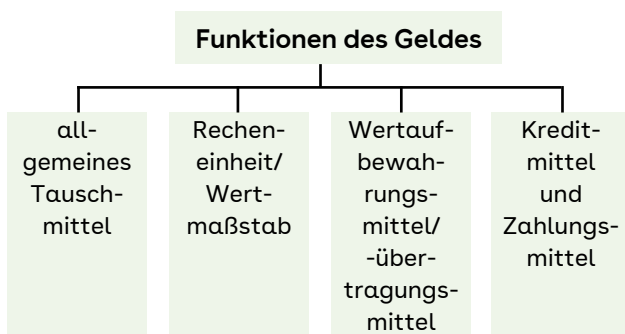
Buchgeld kann von den Geschäftsbanken geschaffen werden. Die Buchgeldmenge ist von der Bargeldmenge, dem Mindestreservesatz und den Zahlungsgewohnheiten der Wirtschaftssubjekte (Bargeldquote) abhängig. Die Buchgeldschöpfung ist umso größer, je kleiner der Mindestreservesatz der Zentralnotenbank ist und je kleiner die Bargeldquote ist.

4 Funktionen und Eigenschaften des Geldes

Alle bisher genannten Geldarten müssen über einheitliche Eigenschaften verfügen und bestimmte Funktionen erfüllen, wenn sie in der Wirtschaft eines Landes und darüber hinaus als Zahlungsmittel anerkannt sein sollen. Welche dies im Einzelnen sind, wird im folgenden Abschnitt erläutert.

4.1 Funktionen des Geldes

Geld hat in der Volkswirtschaft folgende Funktionen:



Geld als allgemeines Tauschmittel

Geld erleichtert den Austausch von Gütern und Dienstleistungen in der Volkswirtschaft. Die Erfüllung dieser Funktion macht Geld zu einem schwer wegzudenkenden Bestandteil einer durch weitgehende Arbeitsteilung gekennzeichneten modernen Volkswirtschaft. Mit Geld kann jede Tauschaktion in einen Verkaufsakt, bei dem man Geld erhält, und einen Kaufakt, bei dem man Geld abgibt, gegliedert werden.

Außerdem können bei einer Tauschaktion Verkaufs- und Tauschakt zeitlich auseinander fallen, wenn bei der Abwicklung ein Tauschmittel benutzt wird, d.h. durch Geld wird der Tausch in zwei zeitlich voneinander getrennte Vorgänge zerlegt.

Beispiel

Die AOK kauft am 10. 05. Büromöbel zur Einrichtung einer neuen Geschäftsstelle. Die Lieferung kommt am 06. 06., die Bezahlung der Möbel erfolgt jedoch erst am 07. 07.

Bei der AOK fungiert Geld als Tauschmittel z.B. zur Bezahlung von Leistungen (Heil- und Hilfsmittel), aber auch zur Bezahlung der Arbeitsleistung der AOK-Beschäftigten. Auch hier können Verkaufs- und Tauschakt zeitlich auseinanderfallen.

Geld als Recheneinheit/Wertmaßstab

Das Vorhandensein einer Recheneinheit ist notwendiger Bestandteil einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft. So ist z.B. der Euro in Deutschland zugleich Zahlungsmittel und Recheneinheit. Dadurch wird es möglich, den Wert aller Güter und Dienstleistungen, Forderungen und Schulden (Verbindlichkeiten) in Einheiten ein und derselben Bezugsgröße auszudrücken und auf diese Weise vergleichbar zu machen. Geld schafft eine gemeinsame Basis und macht dadurch die verschiedenen Güter und Dienstleistungen, deren Wert in Geld ausgedrückt wird, wertmäßig addier- und vergleichbar. So wird z.B. der Wert der Arbeitsleistung der AOK-Beschäftigten in Geld ausgedrückt. Der Wert der Arbeitsstunde von AOK-Beschäftigten wird so vergleichbar mit anderen Dienstleistungen oder Gütern, z.B. den Kosten für eine ärztliche Behandlung.

Geld als Wertaufbewahrungsmittel/-übertragungsmittel

Die beim Verkauf von Gütern oder Dienstleistungen erworbenen Geldmittel können auch zunächst verwahrt und erst später ausgegeben werden, wenn ein entsprechender Bedarf besteht. Geld hat also auch eine Wertaufbewahrungsfunktion. Es ist aber nicht das einzige Mittel, das diese Rolle übernehmen kann. So können z.B. auch Edelmetalle wie Gold und Silber oder seltene Bilder Wertaufbewahrungsfunktion besitzen. Geld kann darüber hinaus auch auf einem Sparkonto bei einer Geschäftsbank gehalten oder in Form von Aktien, Fonds, Grundstücken, Häusern usw. angelegt werden. Im Unterschied zu Geldbeständen in der Kasse der Wirtschaftssubjekte (private Haushalte, Unternehmen und Staat) haben diese den Vorteil, dass sie in Form von Zinsen, Dividenden, Mieten usw. Erträge abwerfen. So kann z.B. die AOK ihre Betriebsmittellrücklage in Form von Guthaben auf Girokonten bei Geschäftsbanken, aber auch in Form von staatlichen Schuldverschreibungen halten.

Geld als Wertaufbewahrungsmittel erweitert außerdem den Entscheidungsspielraum der Wirtschaftssubjekte. Sie können z.B. entscheiden, für welchen Zweck und zu welchem Zeitpunkt das Geld ausgegeben wird.

Die Wertübertragungsfunktion bezeichnet die Möglichkeit mit Geld Geschenke, Erbschaften oder Guthaben von einem Konto auf ein anderes zu übertragen.

Geld als Kredit- und Zahlungsmittel

Unter Kreditmittelfunktion des Geldes versteht man, dass durch Geld Werte erworben werden können, die noch nicht durch eigene Arbeit/Leistung erwirtschaftet wurden. Beispielsweise kann sich Haushalt A, der über kein Geld verfügt, beim Haushalt B Geld leihen, wenn Haushalt B einen Teil seines Vermögens nicht unmittelbar für Güterkäufe verwenden möchte. In einer modernen Volkswirtschaft sind derartige direkte Kreditbeziehungen relativ selten, in den meisten Fällen sind Kreditinstitute (Banken) bei der Kreditvergabe beteiligt. Für die Überlassung des Geldes wird in der Regel ein Zins gefordert (siehe hierzu den folgenden Kasten).

Die Rolle des Zinses

Wie im obigen Beispiel bereits angesprochen, fordert ein Kreditgeber von einem Kreditnehmer in aller Regel ein Entgelt für die zeitweilige Überlassung des Geldes. Dieses Entgelt wird als Zins bezeichnet. Der Zins lässt sich dabei im Wesentlichen durch zwei Argumente rechtfertigen. Zum einen verzichtet der Kreditgeber darauf, sein Vermögen unmittelbar für Konsumzwecke zu nutzen, mit anderen Worten, er verschiebt seinen Konsum in die Zukunft. Der Zins lässt sich folglich als eine „Warteprämie“ interpretieren. Berücksichtigt man zudem, dass die Preise im Zeitablauf steigen können (Inflation, siehe hierzu Kapitel 5.2 dieses Lernbriefs), so wird der geforderte Zins umso höher sein, je höher die erwartete Inflationsrate ist.

Zum anderen besteht bei jeder Kreditvergabe das Risiko, den verliehenen Betrag nicht oder nur teilweise zurückzuerhalten. Der Zins hat also auch die Funktion einer Risikoprämie. In der Realität sind die Zinsen, die von einem Schuldner zu zahlen sind, unter anderem davon abhängig, wie hoch die Kreditgeber das Ausfallrisiko einschätzen. Beispielsweise müssen Staaten mit einer leistungsfähigen Wirtschaft und einer vergleichsweise geringen Gesamtverschuldung (z.B. die Bundesrepublik Deutschland) auf dem Kapitalmarkt niedrigere Zinssätze zahlen als Staaten mit einer weniger leistungsfähigen Wirtschaft (z.B. Entwicklungsländer). Derselbe Zusammenhang lässt sich bei Unternehmensanleihen beobachten. Wenn die Zukunftsperspektiven eines Unternehmens allgemein negativ eingeschätzt werden, sind Kapitaleigentümer nur zur Kreditvergabe bereit, wenn dieses hohe Risiko durch einen entsprechend hohen Zinssatz ausgeglichen wird.

Werden die Kredite zurückgezahlt, erfüllt das Geld eine Zahlungsmittelfunktion. Unter Zahlungsmittelfunktion ist die Schuldentilgung ohne gleichzeitige Güterbewegung gemeint. Werden beim Austausch von Geld auch Güter getauscht, handelt es sich um die bereits genannte Tauschmittelfunktion des Geldes.

Merke

Geld hat folgende Funktionen zu erfüllen:

- allgemeines Tauschmittel
- Recheneinheit/Wertmaßstab
- Wertaufbewahrungs- und -übertragungsmittel
- Kredit- und Zahlungsmittel

4.2 Eigenschaften des Geldes

Geld kann seine bereits beschriebenen Aufgaben nur erfüllen, wenn es ganz bestimmte Eigenschaften aufweist. Zu nennen sind hier vor allem folgende Eigenschaften:

- Es muss knapp sein.
- Es muss allgemein anerkannt und gleichartig sein.
- Es muss ohne Wertverlust teilbar, transportierbar und aufbewahrbar sein.
- Es muss fälschungssicher sein.

Knapp sein heißt, dass das Geld nur in begrenzter Menge in der Volkswirtschaft zur Verfügung steht und nicht in beliebiger Menge produziert werden darf.

Allgemein anerkannt bedeutet, dass es von allen Wirtschaftssubjekten für Tauschprozesse genutzt wird. Diese Eigenschaft ist in Deutschland gegeben, da der Euro gesetzliches Zahlungsmittel ist.

Gleichartigkeit erfordert, dass die verschiedenen Geldeinheiten die gleiche Beschaffenheit aufweisen und demzufolge untereinander vollständig ersetzbar sind. So kann z.B. ein 10-€-Schein gegen einen anderen ausgetauscht werden, ohne dass dabei ein wertmäßiger Verlust entsteht.

Teilbar bedeutet, dass Geld in kleine Einheiten unterteilt werden kann, ohne dabei an Wert zu verlieren. So sind beispielsweise zwei 10-€-Banknoten genauso viel wert wie eine 20-€-Banknote.

Geld soll leicht **transportierbar** sein, um die Tauschprozesse in der Wirtschaft zu erleichtern und zu fördern.

Aufbewahrbar heißt, dass Geld auch noch nach einer bestimmten Umlaufzeit seinen Wert weitgehend behalten hat.

Fälschungssicher umfasst, dass Geld weitgehend vor Verfälschungen gesichert ist. Diese Eigenschaften versucht die EZB z.B. bei Banknoten durch

- den Sicherheitsfaden,
- das Wasserzeichen,
- fühlbare Reliefs,
- Hologramme,
- den Kippeffekt bei der „Smaragdzahl“ und
- das Durchsichtsregister

zu gewährleisten.

Wenn Geld all diese Eigenschaften erfüllt, ist damit jedoch noch nicht gewährleistet, dass es stets funktionsfähig bleibt. Auf lange Sicht kann Geld seine Funktionsfähigkeit nur aufrechterhalten, wenn wiederholte und stärkere Schwankungen seines Tauschwertes oder seiner Kaufkraft ausbleiben. Vermindert sich z.B. der Tauschwert oder die Kaufkraft des Geldes im Zeitablauf erheblich, können die Funktionen als Tauschmittel, Recheneinheit und insbesondere als Wertaufbewahrungsmittel nicht mehr befriedigend erfüllt werden. Geld verliert dann teilweise oder vollständig seine Funktionsfähigkeit in der Wirtschaft. In Deutschland war dies in der Wirtschaftskrise Anfang der 1920er Jahre deutlich geworden. In dieser Zeit verlor das Geld fast stündlich an Wert. Es kam in der Folge zur Flucht in die Sachwerte. Getauscht wurden lebensnotwendige Güter sowie wertbeständige Gegenstände und Materialien. Geld spielte nur noch eine untergeordnete Rolle.

Merke

Geld muss folgende Eigenschaften haben:

- Es muss knapp sein.
- Es muss allgemein anerkannt und gleichartig sein.
- Es muss ohne Wertverlust teilbar, transportierbar und aufbewahrbar sein.
- Es muss fälschungssicher sein.

4.3 Übungen zu den Lernabschnitten 3 und 4

Übung 1

Erläutern Sie, welche Eigenschaft Scheidemünzen auszeichnet.

Übung 2

Erläutern Sie, was Banknoten sind.

Übung 3

Erläutern Sie, wer Münzen und Banknoten ausgibt.

Übung 4

Erklären Sie, was Buchgeld ist und wie es entsteht.

Übung 5

Nennen Sie die Größen (Faktoren), von denen die Buchgeldschöpfung des Geschäftsbankensystems bestimmt wird und stellen Sie dar, wovon diese Faktoren abhängig sind.

5 Wert des Geldes und seine Stabilität

Übung 6

Erläutern Sie die Funktionen des Geldes in der Volkswirtschaft.

Übung 7

Nennen Sie jeweils ein Beispiel für die verschiedenen Geldfunktionen aus dem Bereich der AOK.

Übung 8

Nennen Sie die Eigenschaften, die Geld aufweisen muss.

Wenn in der wirtschaftspolitischen Diskussion über den Wert des Geldes gesprochen wird, muss zwischen dem Binnen- und dem Außenwert des Geldes unterschieden werden. In der Europäischen Währungsunion (EWU), auch Eurosystem genannt, ist die Europäische Zentralbank (EZB) mit Sitz in Frankfurt am Main für die Sicherung der Währung zuständig. Vorrangige Aufgabe der EZB ist es dabei, den Binnenwert des Geldes stabil zu halten. Auf dieses vorrangige Ziel ist auch das gesamte geldpolitische Instrumentarium ausgerichtet. Zur Sicherung der Währung gehört jedoch nicht nur die Stabilerhaltung des Binnenwertes, sondern auch des Außenwertes des Euro.

Der Binnenwert des Geldes drückt die Kaufkraft des Geldes im Inland aus, d.h. den Tauschwert des Geldes gegenüber den Gütern.

Der Außenwert des Geldes wird durch den Wechselkurs des Euro zu den übrigen Währungen ausgedrückt. Der Wechselkurs des Euro zu den verschiedenen Währungen ergibt sich dabei durch das Angebot und die Nachfrage nach Währungen (Devisen). In diesem Lernbrief werden wir uns ausschließlich mit dem Binnenwert des Geldes beschäftigen.

5.1 Binnenwert des Geldes

5.1.1 Preisniveau und Kaufkraft

Der Binnenwert des Geldes bestimmt dessen Kaufkraft und ist abhängig vom jeweiligen Preisniveau. Beide Begriffe, Preisniveau und Kaufkraft, werden wir im Folgenden erläutern.

5.1.1.1 Preisniveau

Das Preisniveau stellt den Durchschnittspreis für die am Markt gehandelten Güter dar.

Beispiel

Nehmen wir an, in zwei verschiedenen Volkswirtschaften sind in einer Periode insgesamt 100 bzw. 200 Mio. Geldeinheiten (GE) im Umlauf. Das im Umlauf befindliche Geld wird nicht gespart, sodass für die vollen Beträge jeweils Güter nachgefragt werden. Auf dem Markt befindet sich nur eine Güterart mit 2 Mio. Produktionseinheiten. Setzt man nun die Gütermenge (G) und die Geldmenge (GE) ins Verhältnis, so erhält man den Preis je Gütereinheit, das Preisniveau (P).

Folge

In der Volkswirtschaft I mit 100 Mio. GE beträgt das Preisniveau:

$$\frac{100 \text{ Mio. GE}}{2 \text{ Mio. G}} = 50 \text{ GE pro Gütereinheit}$$

In der Volkswirtschaft II mit 200 Mio. GE beträgt das Preisniveau:

$$\frac{200 \text{ Mio. GE}}{2 \text{ Mio. G}} = 100 \text{ GE pro Gütereinheit}$$

Bei nur einem Gut gibt das Preisniveau also den Preis dieses Guts an. Werden dagegen mehrere Güter in die Berechnung des Preisniveaus einbezogen, drückt das Preisniveau den durchschnittlichen Preis dieser Güter je Einheit aus.

Merke

Das Preisniveau ergibt sich aus folgendem Verhältnis:

$$\text{Preisniveau} = \frac{\text{nachfragewirksame Geldmenge}}{\text{angebotene Gütermenge}}$$

Es gibt den Durchschnittspreis der Güter an.

Wie Sie dem vorhergehenden Beispiel entnehmen können, haben die beiden Volkswirtschaften in derselben Periode zwar ein unterschiedliches Preisniveau, trotzdem kann aus dem Preisniveau einer Periode nicht auf den Binnenwert des Geldes geschlossen werden. Hierfür muss das Preisniveau mindestens zweier aufeinanderfolgender Perioden ermittelt und miteinander verglichen werden.

Fortsetzung des Beispiels

Unterstellen wir, dass in der Folgeperiode die Geldmengen in beiden Volkswirtschaften gestiegen sind; in der Volkswirtschaft I von 100 Mio. GE auf 120 Mio. GE und in der Volkswirtschaft II von 200 Mio. GE auf 220 Mio. GE. Das Güterangebot ist dabei jeweils gleich geblieben.

Folge

Das Preisniveau ist in beiden Volkswirtschaften gestiegen. In der Volkswirtschaft I um 20 % (60 GE pro Gütereinheit statt 50 GE pro Gütereinheit) und in der Volkswirtschaft II um 10 % (110 GE pro Gütereinheit statt 100 GE pro Gütereinheit).

5.1.1.2 Kaufkraft

Die Kaufkraft gibt an, welche Gütermenge für eine Geldeinheit gekauft werden kann. Kaufkraft und Preisniveau stehen in einem umgekehrten Verhältnis, d.h.

- steigt das Preisniveau, dann sinkt die Kaufkraft des Geldes,
- sinkt das Preisniveau, dann steigt die Kaufkraft des Geldes.

Merke

Kaufkraft =

angebotene Gütermenge

nachfragewirksame Geldmenge

oder

$$\text{Kaufkraft} = \frac{1}{\text{Preisniveau}}$$

Die Kaufkraft gibt den Wert des Geldes (Realwert) an.

Fortsetzung des Beispiels

In beiden Volkswirtschaften ist das Preisniveau gestiegen. In der Volkswirtschaft I um 20 % und in der Volkswirtschaft II um 10 %.

Folge

Die Kaufkraft ist in beiden Volkswirtschaften gesunken. In der Volkswirtschaft I ist die Kaufkraft von 100 auf 83,3 zurückgegangen ($100 : 120 = 83,3 \%$). Damit ist sie um 16,7 % gesunken. In der Volkswirtschaft II ist die Kaufkraft von 100 auf 90,9 zurückgegangen ($100 : 110 = 90,9 \%$). Damit ist die Kaufkraft um 9,1 % gesunken.

Merke

Steigt das Preisniveau, verliert das Geld an Wert, sinkt das Preisniveau, steigt der Wert des Geldes.

Bei der Betrachtung von Preisniveau und Kaufkraft sind wir bisher davon ausgegangen, dass die gesamte in einem Jahr produzierte Gütermenge auf einmal umgesetzt wird. In Wirklichkeit verteilen sich die Umsätze jedoch über das gesamte Jahr hinweg. Um dieser Tatsache Rechnung zu tragen, ist bei der Ermittlung des Preisniveaus und der Kaufkraft auch die sogenannte Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu berücksichtigen. Was darunter zu verstehen ist, verdeutlicht das folgende Beispiel:

Beispiel

Nehmen wir an, in einer Volkswirtschaft werden pro Jahr 120.000 GE verdient und nur einmal im Jahr ausgezahlt. Diese werden im gleichen Jahr zum Kauf von Gütern verwendet. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ist 1.

Unterstellen wir nun, dass die Gelder zweimal im Jahr ausgezahlt werden. In diesem Fall kommt die Wirtschaft mit 60.000 GE aus. Der Grund: Mit der ersten Geldzahlung werden Güter von 60.000 GE gekauft.

Der gleiche Vorgang wiederholt sich im zweiten Halbjahr, weil die Haushalte die zweite Lohnzahlung wiederum zum Kauf von Gütern im Wert von 60.000 GE verwenden. Mit einer Geldmenge von 60.000 GE wird also ein jährlicher Umsatz von 120.000 GE erzielt. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ist auf 2 gestiegen.

Würden die Gelder zwölfmal im Jahr ausgezahlt und wieder ausgegeben, könnte mit einer Geldmenge von 10.000 GE ein jährlicher Umsatz von 120.000 GE getätigt werden. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes würde dann 12 betragen.

Quantitätsgleichung

Die vorangegangenen Überlegungen zur Ermittlung des Preisniveaus und der Kaufkraft sind nicht neu. Bereits vor 500 Jahren erkannte man, dass Preissteigerungen in einer Volkswirtschaft Ursachen haben müssen.

Ausgangspunkt der Überlegungen war, dass bei jedem Tausch der gezahlte Geldbetrag gleich der Menge an Gütern multipliziert mit ihrem Preis sein muss. Diesen Zusammenhang zwischen der Geld- und Güterseite stellt man mit der Quantitätsgleichung dar.

Sie lautet: $G \times U = H \times P$

Die Geldseite $G \times U$ besteht aus den Größen

G = Geldmenge mal

U = Umlaufgeschwindigkeit

Die Güterseite $H \times P$ besteht aus den Größen

H = Handelsvolumen (Menge der umgesetzten Güter) mal

P = Preisniveau (Durchschnittspreis der Güter).

Wird diese Gleichung nach P aufgelöst, ergibt sich folgende Formel zur Ermittlung des Preisniveaus:

$$P = \frac{G \times U}{H}$$

Merke

Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in einer Volkswirtschaft berechnet sich als Produkt aus nachfragewirksamer Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit.

Wird also bei der Betrachtung des Preisniveaus und der Kaufkraft die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes mitberücksichtigt, sind die o.g. Berechnungsschemata um diesen Faktor zu erweitern. Für die Ermittlung des Preisniveaus und der Kaufkraft ergibt sich dann:

$$\begin{aligned}\text{Preisniveau} &= \frac{\text{nachfragewirksame Geldmenge} \times \text{Umlaufgeschwindigkeit}}{\text{angebotene Gütermenge}} \\ \text{Kaufkraft} &= \frac{\text{angebotene Gütermenge}}{\text{nachfragewirksame Geldmenge} \times \text{Umlaufgeschwindigkeit}}\end{aligned}$$

Mit dieser Formel ließe sich das Preisniveau in der Praxis dann ermitteln, wenn alle drei Größen, also

- Geldmenge,
- Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und
- Handelsvolumen

exakt messbar wären.

Tatsächlich lässt sich in der Praxis jedoch nur die Geldmenge exakt messen, sodass die Gleichung lediglich aufzeigt, von welchen Größen das Preisniveau und die Kaufkraft abhängig sind. Preisniveauänderungen in der Praxis können mit ihr jedoch nicht berechnet werden.

5.1.1.3 Nominal- und Realeinkommen

Als Nominaleinkommen bezeichnet man das Einkommen ohne Berücksichtigung der Kaufkraft.

Unter Realeinkommen versteht man die Menge an Gütern, die man für ein bestimmtes Nominaleinkommen kaufen kann. Das Realeinkommen kann berechnet werden, indem man die Kaufkraftänderung im Zeitablauf berücksichtigt.

Daraus ergibt sich folgender Zusammenhang:

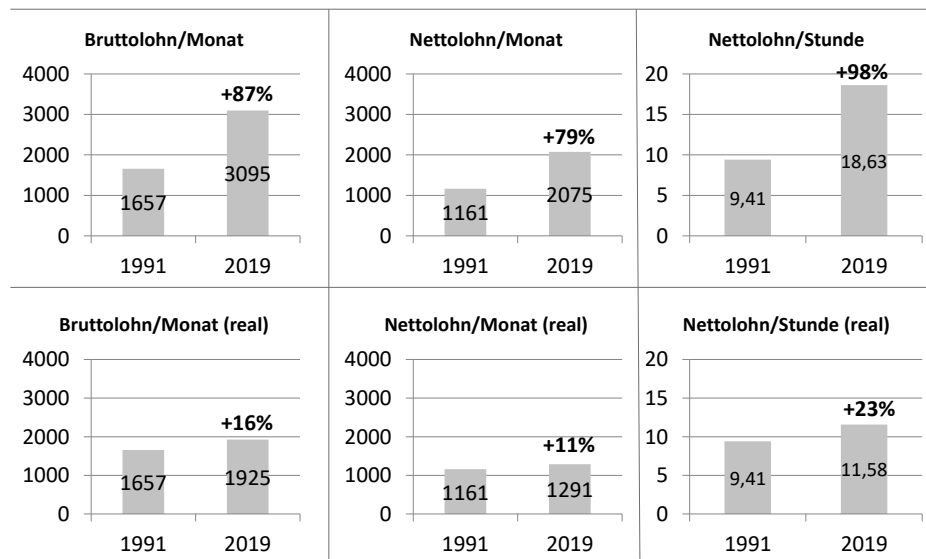
$$\text{Realeinkommen} = \frac{\text{Nominaleinkommen}}{\text{Preisniveau der Güter}}$$

Beispiel

Max Meier verdient pro Tag 100 € (Nominaleinkommen). Während er hiervon im letzten Jahr noch zwei Tankfüllungen bezahlen konnte, sind es in diesem Jahr nur noch eineinhalb, weil der Preis für Benzin um 33,3 % gestiegen ist. Sein Realeinkommen beträgt damit in diesem Jahr nur noch 75 €, obwohl sein Nominaleinkommen gleichgeblieben ist. Berechnung:

$$\text{Realeinkommen} = \frac{100}{133,33} = 0,75$$

Lohnentwicklung und Kaufkraft



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. Alle Angaben in Euro.

In der obenstehenden Abbildung sind für Deutschland die durchschnittlichen Löhne des Jahres 1991 mit den Werten des Jahres 2019 verglichen. In der oberen Zeile sind die nominalen Löhne angegeben, also in jeweiligen Preisen. Die untere Zeile zeigt die Löhne als reale Werte in Preisen des Jahres 1991. In der unteren Zeile lässt sich also die Entwicklung der Kaufkraft erkennen. Während die nominalen Bruttomonatslöhne im Vergleich der beiden Jahre um 87 Prozent gestiegen sind, beträgt der Anstieg der realen Nettomonatslöhne nur rund 11 Prozent. Dabei haben sowohl die steigenden Steuern und Sozialabgaben als auch – in einem deutlich höheren Maße – die Preissteigerung den Realeinkommensanstieg deutlich verringert. Etwas positiver sieht das Bild aus, wenn man zusätzlich berücksichtigt, dass die durchschnittliche Arbeitszeit im betrachteten Zeitraum gesunken ist. Pro Arbeitsstunde ist der Nettoealohn immerhin um rund 23 Prozent gestiegen.

Seit dem Jahr 2020 sind einige Sondereffekte im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und seit 2022 auch mit dem Krieg in der Ukraine zu berücksichtigen, sodass in der oberen Abbildung die Werte des Jahres 2019 angegeben werden. Im Jahr 2020 ist der durchschnittliche Bruttomonatslohn gegenüber dem Vorjahr geringfügig gesunken, aufgrund der Inflation gingen die durchschnittlichen Nettomonatslöhne sogar noch stärker zurück. Die Bruttostundenlöhne sind hingegen angestiegen, da die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Jahr 2020 deutlich geringer als im Vorjahr war und der Umfang geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse überdurchschnittlich stark reduziert wurde.

5.1.2 Messung des Preisniveaus

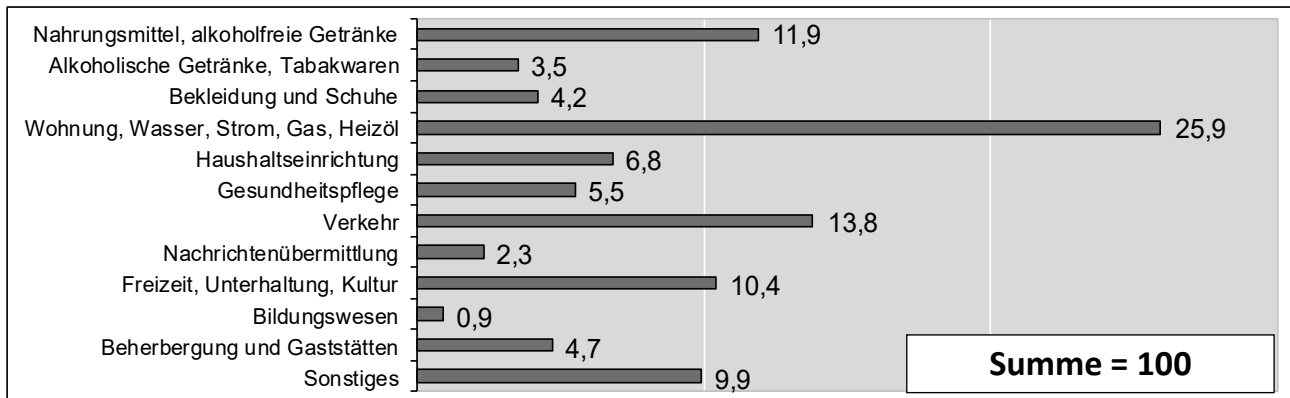
Jeder Verbraucher und jede Verbraucherin weiß aus eigener Erfahrung, dass sich die Preise von Gütern und Dienstleistungen in einer Marktwirtschaft ändern, teilweise sogar in relativ kurzen Abständen. Wenn jedoch beispielsweise die Preise für Tabakwaren gestiegen sind, wird dies ein Nichtraucher gar nicht registrieren. Ebenso wird beispielsweise eine Autofahrerin in der Regel Erhöhungen der Tarife öffentlicher Verkehrsmittel kaum wahrnehmen. Letztlich geben persönliche Erfahrungen ein unzureichendes Bild der tatsächlichen Entwicklung des Preisniveaus.

Um die durchschnittliche Preisentwicklung für alle von den privaten Haushalten nachgefragten Waren und Dienstleistungen in Deutschland zu messen, berechnet das Statistische Bundesamt in Wiesbaden monatlich den sogenannten Verbraucherpreisindex (VPI, früher: Preisindex für die Lebenshaltung).

Hierfür wird in regelmäßigen Abständen, üblicherweise alle fünf Jahre, zunächst ermittelt, für welche Güter und Dienstleistungen die Haushalte in Deutschland ihr Geld ausgeben. Die Informationen über die Ausgabenstruktur erhält das Statistische Bundesamt durch die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, bei der rund 60.000 Haushalte befragt werden.

Die folgende Abbildung zeigt Ihnen, welchen Anteil die zwölf vom Statistischen Bundesamt unterschiedenen Gütergruppen im Durchschnitt der Jahre 2019 – 2021 an den Durchschnittsausgaben der Haushalte hatten. Sie können deutlich erkennen, dass die Ausgaben für Wohnung, Wasser, Strom und Heizung mit rund einem Viertel den größten Anteil besitzen, gefolgt von den Bereichen Verkehr, Nahrungsmittel und Freizeit. Den Gesundheitsausgaben kommt mit rund 5,5 % nur eine vergleichsweise geringe Bedeutung zu. Dabei ist zu beachten, dass die Ausgaben der Haushalte aus dem verfügbaren Einkommen geleistet werden, d.h. Steuern und Sozialversicherungsbeiträge nicht bei den Ausgaben berücksichtigt sind.

Verbrauchsstruktur der privaten Haushalte in Deutschland (Durchschnitt 2019-2021)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Verbraucherpreisindex. Differenzen durch Rundungen.

Der vom Statistischen Bundesamt betrachtete Warenkorb enthält in den zwölf genannten Gütergruppen insgesamt rund 600 Waren und Dienstleistungen. Für diese werden monatlich die Preise erhoben. Gemäß ihrer Bedeutung im durchschnittlichen Warenkorb der Haushalte werden die Preise der einzelnen Güter gewichtet, sodass sich die durchschnittliche Preissteigerungsrate des Warenkorbs ergibt.

Der vom Statistischen Bundesamt für die Inflationsmessung genutzte Warenkorb muss in regelmäßigen Abständen überarbeitet werden. Zum einen ist dabei zu berücksichtigen, dass sich die Verbrauchsgewohnheiten der Haushalte im Zeitablauf ändern können. Zum anderen verschwinden manche Güter mit der Zeit vom Markt, während andere Produkte neu hinzukommen. Beispielsweise enthielten frühere Warenkörbe Schallplatten-spieler oder Schwarzweißfernseher; zu den neu in den Warenkorb aufgenommenen Gütern zählen unter anderem Digitalkameras. Im Januar 2023 wurde die Berechnungsbasis des Verbraucherpreisindex vom alten Basis-

jahr 2015 auf das neue Basisjahr 2020 umgestellt. Da im Jahr 2020 aufgrund der COVID-19-Pandemie zahlreiche Sondereinflüsse vorgelegen haben, hat das Statistische Bundesamt einen Durchschnitt der drei Jahre 2019, 2020 und 2021 genutzt, vereinfachend wird aber die Bezeichnung Basisjahr 2020 verwendet. Im Vergleich zum Basisjahr 2015 haben sich die Ausgabenanteile für Wohnen (incl. Nebenkosten) deutlich verringert, hingegen sind die Anteile für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke deutlich gestiegen.

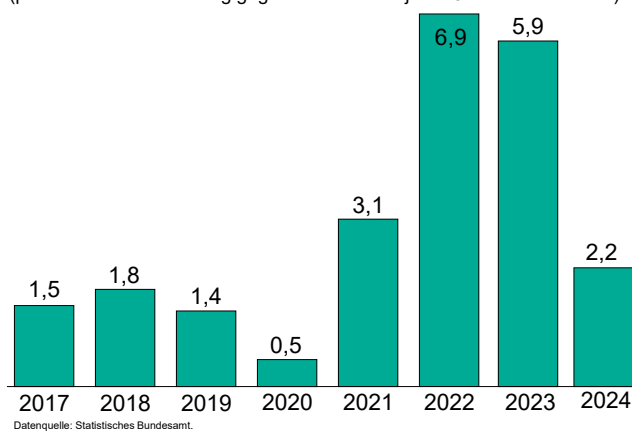
Die Veränderung des Preisniveaus kann auf unterschiedliche Art und Weise dargestellt werden. Häufig genutzt werden insbesondere die folgenden Darstellungsformen:

- Veränderung des Preisniveaus im Jahresdurchschnitt, z.B. Anstieg des durchschnittlichen Preisniveaus des Jahres 2024 gegenüber dem Jahr 2023 (siehe hierzu die folgende Abbildung „Inflationsrate in Deutschland“). Dieser Wert wird insbesondere für längerfristige Analysen genutzt.

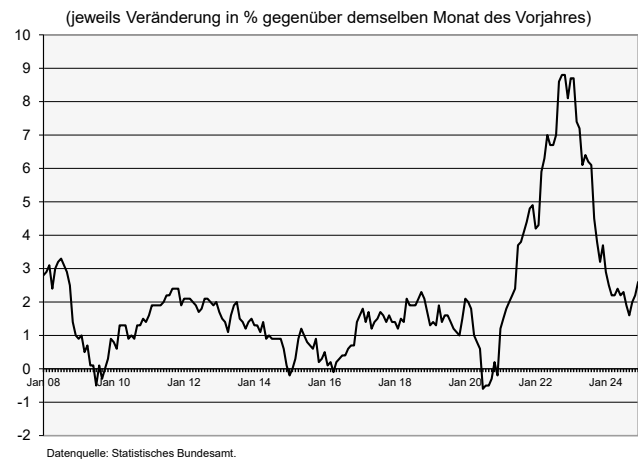
- Veränderung des Preisniveaus im Vergleich zum selben Monat des Vorjahres, z.B. Veränderung des Preisniveaus im Januar 2024 gegenüber dem Preisniveau im Januar 2023 (siehe hierzu die folgende Abbildung „Inflationsrate in Deutschland auf Monatsbasis“). Dieser Wert lässt kurzfristige Veränderungen des Preisniveaus besonders deutlich erkennen (siehe etwa den deutlichen Rückgang der Inflationsrate zwischen Mitte 2008 und Mitte 2009 sowie den Anstieg am Jahresende 2016 sowie im Jahr 2021).
- Veränderung des Preisniveaus zum jeweiligen Vormonat, z.B. Anstieg des Preisniveaus im November 2024 gegenüber dem Oktober 2024 (siehe hierzu die folgende Abbildung „Monatliche Inflationsrate in Deutschland“). Bei dieser Darstellungsform werden saisonale Schwankungen besonders deutlich erkennbar und die Veränderung des Preisniveaus kann mitunter auch negativ ausfallen.

Inflationsrate in Deutschland

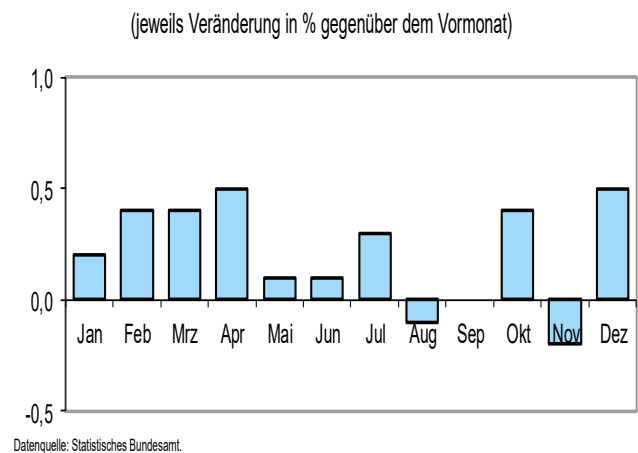
(prozentualer Preisanstieg gegenüber dem Vorjahr - Jahresdurchschnitt)



Inflationsrate in Deutschland auf Monatsbasis (Jan. 2008 – Dez. 2024)



Monatliche Inflationsrate in Deutschland (Jan. 2024 – Dez. 2024)



Da die Inflationsrate ein gewichteter Durchschnittswert ist, können die Veränderungen der Preise einzelner Güter bzw. Gütergruppen deutlich von der allgemeinen Inflationsrate abweichen.

Beispielsweise stiegen die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke im Jahr 2019 insgesamt um 1,1 %, der Preisanstieg lag damit etwas unterhalb der allgemeinen Inflationsrate. Die Preise für Molkereiprodukte gingen dabei um 0,3 % zurück. Die Preise für Obst sanken sogar um 3,3 %, während Gemüse um 6,7 % teurer wurde.

Auch staatliche Rahmensetzungen haben Einfluss auf die Preisentwicklung. So gingen im Jahr 2013 die Preise für ambulante Gesundheitsleistungen infolge der Abschaffung der Praxisgebühr um 12,2 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Im zweiten Halbjahr des Jahres 2020 hat die vorübergehende Senkung der Mehrwertsteuer die Verbraucherpreise beeinflusst. In der zweiten Hälfte des Jahres 2021 hat dies dann zu einem umgekehrten Effekt geführt, d.h., die Preise sind aufgrund des Wegfalls der Steuersenkung im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat gestiegen. Hinzu kamen erst 2021 deutliche Erhöhungen bei den Energiepreisen sowie Preiserhöhungen aufgrund krisenbedingter Störungen in den Lieferketten, sodass insgesamt in den Monaten Oktober und November 2022 mit jeweils 8,8 % die höchste Inflationsrate seit der Wiedervereinigung zu verzeichnen war.

Generell gilt zur Berechnung eines Preisindex die folgende Formel:

$$p = \frac{p_1 \times q_0}{p_0 \times q_0} \times 100$$

p = Preisniveau

q_0 = Menge (Gewicht) im Basisjahr/
Wägungsschema

p_0 = Preis im Basisjahr

p_1 = Preis im Berichtsjahr

Ein Anwendungsbeispiel zur Ermittlung der Veränderung des Preisniveaus mithilfe dieser Formel sehen Sie auf der folgenden Seite.

Hinweis

Einen Preisindex, der sich wie der Verbraucherpreisindex auf den Warenkorb eines Basisjahres bezieht, bezeichnet man als Laspeyres-Index. Alternativ ist es möglich, den Warenkorb des Berichtsjahres zugrunde zu legen, es handelt sich dann um einen sogenannten Paasche-Index.

Die COVID-19-Pandemie hat nicht nur die Verbraucherpreise direkt beeinflusst, sondern es ergeben sich auch Folgen für die Messung und die Interpretation der Inflationsrate. Das Verbraucherverhalten hat sich während der COVID-19-Pandemie teilweise deutlich verändert. Die Berechnung der Inflationsrate erfolgte jedoch mit den festen Anteilen der Gütergruppen. Folglich hatten bzw. haben Leistungen, die während der COVID-19-Pandemie weniger nachgefragt wurden (z.B. Urlaubsreisen) im Index ein höheres Gewicht als in der Realität. Zudem wurden manche Leistungen zumindest vorübergehend gar nicht angeboten (beispielsweise Kino- und Theatervorstellungen während eines „Lockdowns“) oder waren vergriffen, sodass faktisch keine aktuellen Preise existierten. Hier haben in ganz Europa die statistischen Ämter teilweise auf Schätzverfahren zurückgegriffen.

Beispiel

Aus Vereinfachungsgründen gehen wir davon aus, dass im Warenkorb nur drei Güter enthalten sind:

Güter	Preis je kg in €		Wägungs- anteile/ Gewicht q_0	Wert des Warenkorbs	
	Basisjahr p_0	Berichts- jahr p_1		Basisjahr $p_0 \times q_0$	Berichts- jahr $p_1 \times q_0$
Gut A	9,00	12,00	2	18,00	24,00
Gut B	15,00	14,00	3	45,00	42,00
Gut C	3,00	3,50	6	18,00	21,00
gesamt				81,00	87,00

$$p = \frac{87}{81} \times 100 = 107,4.$$

Folge

Für den gleichen Warenkorb sind also im Berichtsjahr 7,4 % mehr zu bezahlen als im Basisjahr, d.h., das Preisniveau ist um 7,4 % gestiegen.

Merke

Das Preisniveau in der Volkswirtschaft wird mithilfe des Verbraucherpreisindex gemessen. Zur Ermittlung des Preisindex wird ein Warenkorb zusammengestellt, der in regelmäßigen Abständen aktualisiert wird.

Exkurs

Die EZB muss bei ihren geldpolitischen Entscheidungen die Preisentwicklung im gesamten Euro-Raum berücksichtigen. Ein Maßstab hierfür ist der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat). Der HVPI wird für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion ebenso berechnet wie der Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes. Allerdings sind aufgrund unterschiedlicher statistischer Erfassungskonzepte nicht alle Güter im HVPI enthalten, die in die jeweiligen nationalen Inflationsmaße eingehen.

5.1.3 Kritik am Verbraucherpreisindex

Der Warenkorb, der für die Ermittlung der Inflationsrate genutzt wird, basiert, wie erläutert, auf dem durchschnittlichen Verhalten einer großen Zahl von Haushalten. Wahrscheinlich wird sich jedoch in Deutschland kein Haushalt finden, dessen individuell nachgefragter Warenkorb genau dem Warenkorb entspricht, der vom Statistischen Bundesamt für die Inflationsberechnung genutzt wird. Folglich wird die für den einzelnen Haushalt relevante Preissteigerungsrate immer von der statistisch ermittelten Inflationsrate abweichen.

Beispiel

Wenn in Deutschland die Preise für Zigaretten steigen, dann führt dies gemäß der durchschnittlich konsumierten Zigarettenmenge zu einem Anstieg der statistisch ausgewiesenen Inflationsrate.

Folge

Aus der Sicht einer nichtrauchenden Person ist die statistisch ausgewiesene Inflationsrate zu hoch, aus der Sicht einer rauchenden Person ist sie zu niedrig.

Dieses Beispiel ließe sich mit einer ganzen Reihe weiterer Güter fortführen.

Hinweis

Das Statistische Bundesamt bietet auf seiner Internet-Homepage (www.destatis.de) die Möglichkeit an, unter Berücksichtigung seines individuellen Konsumverhaltens die persönlich relevante Inflationsrate zu berechnen.

Speziell in den Monaten nach der Euro-Bargeldeinführung im Jahr 2002 haben sich viele Menschen über die stark gestiegenen Preise beklagt („Teuro-Debatte“). Die offizielle Statistik wies jedoch keinen besonders starken Preisanstieg aus. Der Grund für diese Diskrepanz zwischen der individuellen Wahrnehmung und der offiziellen Statistik dürfte insbesondere darin liegen, dass die z.B. bei Gaststätten und anderen Dienstleistungen zu beobachtenden drastischen Preiserhöhungen für die Haushalte besonders auffällig waren. Hingegen wurden beispielsweise die Mieten, die, wie Sie oben erfahren haben, einen besonders hohen Anteil an den Haushaltsausgaben haben, bei der Euro-Bargeldeinführung exakt zum offiziellen Kurs umgestellt. Folglich ist es durchaus nachvollziehbar, dass die „gefühlte“ Inflationsrate oft über der tatsächlichen liegt.

Schließlich sind bei der Inflationsmessung Qualitätsveränderungen von Bedeutung. So ist es sicherlich irreführend, bei Computern oder anderen elektronischen Geräten lediglich die Preisentwicklung zu betrachten. Vielmehr ist zu berücksichtigen, dass die meisten dieser Geräte von Jahr zu Jahr eine höhere Leistungsfähigkeit aufweisen. Die Statistischen Ämter nutzen hier unterschiedliche Verfahren der sogenannten Qualitätsbereinigung, um ein möglichst zutreffendes Bild der reinen Preisentwicklung zu vermitteln.

Exkurs

GKV-Arzneimittelindex

Mithilfe des GKV-Arzneimittelindex wird die Preisentwicklung auf dem Arzneimittelmarkt dokumentiert. Dabei wird ähnlich vorgegangen wie bei der Ermittlung des Verbraucherpreisindex. Der GKV-Arzneimittelindex wird im Auftrag verschiedener Institutionen des Gesundheitswesens vom Wissenschaftlichen Institut der Ortskrankenkassen (WIdO) in Berlin erhoben und veröffentlicht.

5.2 Inflation

Inflation ist ein Prozess stetiger Preisniveausteigerungen. Dadurch sinkt der Geldwert bzw. die Kaufkraft. Deflation ist das Gegenteil von Inflation. Deflation ist ein stetes Sinken der Preise, ausgelöst durch pessimistische Zukunftserwartungen. Denn dadurch nehmen private Haushalte und Unternehmen eine abwartende Haltung ein (Kaufzurückhaltung). Die Folge sind steigende Arbeitslosigkeit und sinkende Einkommen. Deflationäre Entwicklungen waren beispielsweise in Japan in den Jahren 1999 – 2005 sowie 2009 – 2011 zu beobachten.

Merke

Inflation ist ein Prozess ständiger Preisniveausteigerungen.

Deflation ist ein Prozess ständiger Preisniveausenkungen.

5.2.1 Erscheinungsformen der Inflation

Nach dem Tempo des Preisanstiegs kann zwischen einer schleichenden, trabenden, galoppierenden Inflation und einer Hyperinflation unterschieden werden.

- Liegt die Inflationsrate unter 2 %, so spricht man allgemein von Preisniveaustabilität.
- Bei einem jährlichen Preisanstieg von etwa 2 – 5 % spricht man von einer schleichenden Inflation.
- Höhere Preissteigerungsraten sind schon als beschleunigte (trabende oder galoppierende) Inflation zu bezeichnen.

Die Grenzen zwischen diesen Erscheinungsformen der Inflation sind fließend, und je nach Inflationsmentalität eines Landes werden unterschiedliche Auffassungen vertreten. Von der schleichenden Inflation sind alle westlichen Industriestaaten in den letzten Jahrzehnten mehr oder weniger stark betroffen. Dieser stetige Preisanstieg wird auch als chronische Inflation bezeichnet.

Tritt die Inflation in Verbindung mit einer Stagnation oder sogar einem Rückgang der Produktion und steigender Arbeitslosigkeit auf, wird von Stagflation gesprochen.

Als Hyperinflation wird eine enorm hohe und sich zudem immer mehr beschleunigende Geldentwertung bezeichnet. Ein historisches Beispiel ist die Hyperinflation im Deutschen Reich im Jahr 1923. Das Geld verlor am Ende dieser Hyperinflation stündlich an Wert. Oftmals enden Hyperinflationen in einer Währungsreform, so auch in Deutschland im Jahr 1923 (Einführung der „Rentenmark“). Ein aktuelles

Beispiel für eine Hyperinflation war in Simbabwe zu beobachten, wo die Inflationsrate für das Jahr 2007 deutlich über 100.000 % lag. In Venezuela kam es Ende des Jahres 2016 ebenfalls zu einer Hyperinflation.

Merke

Nach dem Tempo der Inflation unterscheidet man zwischen schleichender, trabender und galoppierender Inflation. Darüber hinaus gibt es einige Fälle von Hyperinflation (z.B. Deutschland 1923).

5.2.2 Ursachen der Inflation

Inflationäre Prozesse können vielfältige Ursachen haben. Man unterscheidet insbesondere zwischen:

- angebotsbedingter Inflation
- nachfragebedingter Inflation
- administrierten Preisen als Inflationsursache
- Inflation durch Geldmengenerhöhung

Angebotsbedingte Inflation

Zu einer angebotsbedingten Inflation kommt es, wenn die Unternehmen als Güteranbieter ihre Preise erhöhen. Eine solche angebotsbedingte Inflation kann auf Kostensteigerungen zurückgehen. Gemäß den unterschiedlichen Kostenbestandteilen lassen sich verschiedene Formen einer angebotsorientierten Inflation unterscheiden. Wenn beispielsweise hohe Lohnsteigerungen zu Kostensteigerungen und Preiserhöhungen führen, spricht man von einer lohnkostenbedingten Inflation. Dabei sind nicht die absoluten Lohnkosten entscheidend, sondern das Verhältnis von Lohnerhöhung und

Produktivitätsentwicklung. Wenn die Lohnkosten stärker steigen als die Produktivität, so kommt es zu einer Erhöhung der sogenannten Lohnstückkosten, worauf die Unternehmen mit Preiserhöhungen reagieren werden. Eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge hat dabei im Prinzip dieselben Wirkungen wie eine Lohnerhöhung, kann also auch zur Inflation beitragen.

Eine andere Ursache für Kostensteigerungen ist der Anstieg von Preisen bei Vorprodukten. Für die Inflationsrate in den westlichen Industriestaaten hat insbesondere der Ölpreis nach wie vor eine wesentliche Bedeutung. Man spricht hier auch von einer importierten Inflation. Zu einer Erhöhung der Kosten und damit der Preise im Inland kann es schließlich auch dann kommen, wenn sich der Außenwert der Währung ändert. So führt eine Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar zu einem Anstieg der Preise für importierte Waren. Insofern sind der Binnen- und der Außenwert einer Währung nicht unabhängig voneinander. Eine angebotsbedingte Inflation kann schließlich auch in den Fällen entstehen, in denen die Unternehmen ihre Preise anheben, um ihre Gewinnsituation zu verbessern („Gewinninflation“). Dies ist jedoch nur möglich, wenn der Wettbewerb auf den Märkten eingeschränkt ist. Die staatlichen Maßnahmen zum Schutz des Wettbewerbs werden wir in Teil 5 dieses Lernbriefs ausführlich behandeln.

Nachfragebedingte Inflation

Zu einer nachfragebedingten Inflation kommt es, wenn die in einer Volkswirtschaft nachgefragte Gütermenge stärker ansteigt als die Produktionsmöglichkeiten. Je nachdem, ob die private Konsumnachfrage, die Nach-

frage der Unternehmen nach Investitionsgütern oder die staatliche Nachfrage für diesen Nachfrageanstieg verantwortlich ist, kann man zwischen Konsuminflation, Investitionsinflation und Staatsausgabeninflation unterscheiden.

Administrierte Preise als Inflationsursache

Der Staat kann die Preise einzelner Güter und damit auch die Inflationsrate in einem Land direkt beeinflussen. Weil die Preiserhöhungen von der Regierung bzw. Verwaltung („Administration“) ausgehen, spricht man hier von administrierten Preisen. So führt die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder spezieller Verbrauchsteuern (z.B. Energiesteuer auf Mineralöl, Tabaksteuer) zu Preissteigerungen. Beispielsweise hat das Statistische Bundesamt berechnet, dass die Inflationsrate des Jahres 2004 in Höhe von 1,6 % nur zu 0,6 % auf „normale“ Preissteigerungen zurückzuführen ist. Für rund zwei Drittel des Preisanstiegs waren hingegen die Tabaksteuererhöhung sowie die Gesundheitsreform, die zu gestiegenen Zuzahlungen für die Versicherten führte, verantwortlich. Weitere Beispiele für administrierte Preise finden sich auf der kommunalen Ebene, beispielsweise die Gebühren für Trinkwasser, Abfallentsorgung, Schwimmbadbesuche oder Kindergärten.

Beispiel

Zum 01. 01. 2007 wurden die Mehrwertsteuer und die Versicherungssteuer in Deutschland jeweils von 16 % auf 19 % erhöht. Dies hatte einen deutlich spürbaren Einfluss auf die Preise und damit auch auf die Inflationsrate. Ebenfalls zur vergleichsweise hohen Inflationsrate des Jahres 2007 beigetragen, hat die Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern, die zu einem Preisanstieg im Bildungswesen führte.

Inflation durch Geldmengenerhöhung

Weiter vorne haben Sie die Quantitätsgleichung kennengelernt, nach der das Produkt aus Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes dem Produkt aus der gehandelten Gütermenge und dem Preisniveau entspricht. Wenn – bei einer als konstant angenommenen Umlaufgeschwindigkeit – die Geldmenge stärker steigt als die gehandelte Gütermenge, kommt es nahezu automatisch zu einem Anstieg des Preisniveaus.

Konkret kann man sich beispielsweise vereinfacht vorstellen, dass der Staat neue Banknoten druckt und mit diesem Geld Güter und Dienstleistungen nachfragt. Es handelt sich dann um eine Verbindung von Staatsausgabeninflation und Geldmengeninflation. Um derartige Gefahren für die Preisniveaustabilität zu vermeiden, hat man sich in Deutschland und in der EWU dafür entschieden, die Versorgung der Wirtschaft mit Geld der Zentralbank als einer unabhängigen Institution anzuvertrauen. An dem genannten Beispiel wird auch deutlich, dass letztlich jede Form der Inflation voraussetzt, dass die Geldmenge stärker steigt als die gesamtwirtschaftliche Produktion.

Merke

Bei langfristiger Betrachtung kann Inflation nur entstehen, wenn die Geldmenge stärker steigt als die volkswirtschaftliche Produktion. Bei eher kurzfristiger Betrachtung kann zwischen angebotsbedingter Inflation, nachfragebedingter Inflation und Inflation aufgrund steigender administrierter Preise unterschieden werden.

5.2.3 Auswirkungen der Inflation

Die Auswirkungen der Inflation kann man nach den betroffenen Wirtschaftssubjekten unterscheiden:

Auswirkungen auf private Haushalte

- reale Einkommenseinbußen

Für die meisten Haushalte ist die Höhe ihrer Einkommensbezüge vertraglich oder gesetzlich festgelegt. So wird das Einkommen von Arbeitnehmerhaushalten durch die jeweiligen Arbeitsverträge festgelegt („Kontrakteinkommen“); das Einkommen eines Rentnerhaushalts ergibt sich durch staatliche Entscheidungen über die Rentenerhöhung („Transfereinkommen“). Wenn nun die Inflation zunimmt, das vertraglich bzw. gesetzlich bestimmte Nominaleinkommen jedoch unverändert bleibt, verringert sich die Kaufkraft des Einkommens. Das Realeinkommen geht zurück. Zwar können die Nominaleinkommen erhöht werden, diese Anpassung an die Inflation erfolgt jedoch zumeist mit einiger Verzögerung.

Beispiel

Ein Rentnerhaushalt erhält monatlich 1.000 € Rentenzahlungen. Die Inflationsrate beträgt 2 %.

Folge

Die Kaufkraft der Rente ist am Ende des Jahres um 2 % gesunken.

- reale Geldvermögenseinbußen

Wer sein Vermögen in Form von Geld aufbewahrt, gehört stets zu den Verlierern der Inflation, da sich der reale Wert des Geldes verringert.

Beispiel

Sie haben 1.000 € für ein Jahr bei der Bank angelegt. Sie erhalten hierfür 1 % Zinsen. In diesem Jahr beträgt die Inflationsrate 2 %.

Folge

Sie erhalten zwar am Ende des Jahres einen höheren nominalen Geldbetrag, die Kaufkraft Ihres Geldvermögens ist jedoch trotz der Zinszahlungen gesunken.

Die Eigentümerinnen und Eigentümer von Sachvermögen (z.B. Häuser und Grundstücke, Schmuck) werden hingegen von der Inflation nicht betroffen, vorausgesetzt, der Nominalwert des Sachvermögens steigt im selben Ausmaß wie die Inflationsrate.

- reale Geldschuldenverringering

Derselbe Mechanismus, der beim Geldvermögen zu realen Einbußen führt, wirkt sich für Haushalte mit Geldschulden positiv aus.

Auswirkungen auf Unternehmen

Für Unternehmen treten im Prinzip dieselben Inflationswirkungen auf, wie sie zuvor für private Haushalte beschrieben wurden. Während das Sachvermögen (Maschinen, Grundstücke, Gebäude) von der Inflation zumindest direkt nicht betroffen ist, verringert sich der reale Wert des Geldvermögens und auch der reale Wert der Geldschulden sinkt.

Allerdings sind die Unternehmen in der Inflation angesichts der steigenden Preise für Vorprodukte gezwungen, auch die Verkaufspreise für ihre Güter zu erhöhen. Generell ist es aus der Sicht von Unternehmen negativ, dass eine Inflation die Planungssicherheit verschlechtert. Je stabiler eine Währung ist, umso besser und sicherer können Unternehmen ihre zukünftigen Geschäfte planen.

Auswirkungen auf den Staat

Auch für den Staat gelten die beschriebenen Effekte. Besonders bedeutsam ist, dass der Staat in einer Volkswirtschaft in aller Regel die höchsten Geldschulden hat und durch eine Inflation besonders stark profitiert. In der Vergangenheit gab es schon häufiger Situationen, in denen sich Staaten durch eine hohe Inflation entschuldet haben. Hierin liegt auch die Rechtfertigung für den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt, durch den die Staatsverschuldung der Mitgliedstaaten der EWU begrenzt werden soll, um so eine stabile Währung dauerhaft zu sichern (vgl. Teil 6 dieses Lernbriefs).

Darüber hinaus kann der Staat durch das progressive Steuersystem von der Inflation profitieren, wenn er bei steigenden Nominaleinkommen einen

immer größeren Prozentsatz als Einkommensteuer erhält (vgl. Teil 2 dieses Lernbriefs). Inflationsverlierer ist der Staat bei den sogenannten Mengensteuern, die auf einen festen Euro-Betrag pro Stück oder Gewichts- oder Volumeneinheit lauten, z.B. Energiesteuer und Schaumweinsteuer. Hier nimmt der reale Wert des Steuerbetrags durch die Inflation ab.

Auswirkungen auf Sozialversicherungsträger

Auch für die Sozialversicherungsträger sind die zuvor beschriebenen Entwicklungen im Prinzip wirksam. Anders als bei der Einkommensteuer profitieren die Sozialversicherungsträger aufgrund des proportionalen Zusammenhangs zwischen Bemessungsgrundlage und Beitrag nicht überproportional von der Inflation. Auch sind steigende Ausgaben für Personal und Sachmittel sowie eventuell steigende Geldleistungen zu erwarten.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass eine Inflation mit vielfältigen negativen Auswirkungen auf eine Volkswirtschaft verbunden ist. Aus verteilungspolitischer Sicht ist zu kritisieren, dass Personen mit Sachvermögen, bei denen es sich zumeist um eher wohlhabende Menschen handelt, von den Inflationswirkungen verschont bleiben, während sich das reale Geldvermögen ebenso verringert wie der reale Wert von gesetzlich oder vertraglich fixierten Nominaleinkommen. Darüber hinaus verschlechtern sich die Planungsmöglichkeiten für alle Wirtschaftssubjekte. Um den negativen Inflationswirkungen zu entgehen, versuchen Personen im Besitz von Geldvermögen dies wo immer möglich in Sachvermögen umzuwandeln („Flucht in die Sachwerte“). Hierdurch kann das

gesamte Preisgefüge einer Volkswirtschaft gestört werden.

Preissteigerungen bei Vermögensgegenständen

In diesem Teil des Lernbriefs haben wir uns vorrangig mit einem Anstieg der Preise für Konsumgüter befasst. Eine expansive Geldpolitik, d.h. eine starke Erhöhung der Geldmenge, kann jedoch auch zu einem deutlichen Anstieg der Vermögenspreise beitragen (Überbewertung). In diesem Zusammenhang wird oftmals auch von „Blasen“ gesprochen. Ein Beispiel ist der starke Anstieg der Immobilienpreise in den USA bis zum Jahr 2007. Das Platzen dieser Blase gilt als ein Auslöser der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009.

Merke

Eine Inflation hat vielfältige negative Auswirkungen auf eine Volkswirtschaft.

Hierzu zählen insbesondere:

- reale Einkommenseinbußen bei den Bezieherinnen und Beziehern von Transfer- und Kontrakteinkommen
- reale Vermögenseinbußen bei den Besitzerinnen und Besitzern von Geldvermögen, nicht jedoch bei den Besitzerinnen und Besitzern von Sachvermögen
- reale Verringerung von Geldschulden
- allgemeine Verringerung der Planungssicherheit und Störung des Wirtschaftsgeschehens

5.3 Übungen zum Lernabschnitt 5

Übung 9

Unterscheiden Sie den Binnen- und den Außenwert des Geldes.

Übung 10

Erläutern Sie den Nominal- und Realwert des Geldes.

Übung 11

Erklären Sie, wie das Preisniveau in der Volkswirtschaft gemessen wird.

Übung 12

Erläutern Sie die grundsätzlichen Probleme, die mit der Messung des Preisniveaus mittels eines Warenkorbs verbunden sind.

Übung 13

Erläutern Sie die Ursachen der Inflation.

Übung 14

Erläutern Sie, wer Gewinner und wer Verlierer im Zusammenhang mit der Inflation ist.

6 Geldpolitik in der Europäischen Währungsunion

Übung 15

Ein Durchschnittshaushalt verbraucht in einem Jahr 100 Einheiten des Gutes A, 250 Einheiten des Gutes B und 20 Einheiten des Gutes C. Die Preise der drei Güter in Geldeinheiten (GE) betragen im Jahr 2020 2,00 GE (Gut A), 3,50 GE (Gut B) und 100,00 GE (Gut C). Im Jahr 2021 lauten die Preise wie folgt: Gut A: 1,90 GE, Gut B 3,85 GE und Gut C 105,00 GE. Berechnen Sie die Inflationsrate.

6.1 Europäisches System der Zentralbanken

Träger der Geldpolitik in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) ist das Europäische System der Zentralbanken (ESZB). Das ESZB wurde am 02. 06. 1998 ins Leben gerufen und setzt sich aus

- der Europäischen Zentralbank (EZB), mit Sitz in Frankfurt am Main, und
- den nationalen Zentralbanken zusammen.

Das ESZB ist für die Geldpolitik die allein zuständige Instanz. Es agiert dabei unabhängig und ist an Weisungen europäischer oder nationaler Instanzen nicht gebunden. Die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft sowie die Regierungen der Mitgliedstaaten dürfen nicht versuchen, ein Mitglied des ESZB bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben zu beeinflussen.

Merke

Die Europäische Zentralbank bildet zusammen mit den nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion das Europäische System der Zentralbanken.

Die zwanzig Mitgliedstaaten der EWWU, die den Euro als Währung eingeführt haben, sind:

- Belgien
- Deutschland
- Estland (seit 01. 01. 2011)
- Finnland
- Frankreich
- Griechenland (seit 01. 01. 2001)
- Irland

- Italien
- Kroatien (seit 01. 01. 2023)
- Lettland (seit 01. 01. 2014)
- Litauen (seit 01. 01. 2015)
- Luxemburg
- Malta (seit 01. 01. 2008)
- Niederlande
- Österreich
- Portugal
- Slowakei (seit 01. 01. 2009)
- Slowenien (seit 01. 01. 2007)
- Spanien
- Zypern (seit 01. 01. 2008)

Dänemark und Schweden sind zwar Mitglied der EWWU, zurzeit aber nicht Mitglieder des Eurosystems. Die Staaten, die nach Gründung der Währungsunion der EU beigetreten sind, nehmen an der Währungsunion teil, sobald sie die entsprechenden Voraussetzungen (sogenannte Konvergenzkriterien) erfüllen. Als erster Beitrittsstaat hat Slowenien diese Kriterien erfüllt und ist zum 01.01.2007 Mitglied des Eurosystems geworden. In den Folgejahren kamen Malta, Zypern, die Slowakei, Estland, Lettland, Litauen und Kroatien hinzu. Mehr zu den Konvergenzkriterien erfahren Sie in Teil 6 dieses Lernbriefs.

6.1.1 Europäische Zentralbank und ihre Organe

Die Organe der EZB sind

- das Direktorium,
- der EZB-Rat und
- der erweiterte Rat.

Direktorium

Das Direktorium der EZB besteht aus dem Präsidenten bzw. der Präsidentin, dem Vizepräsidenten bzw. der Vizepräsidentin sowie bis zu vier weiteren Mitgliedern. Präsidentin ist derzeit

Christine Lagarde aus Frankreich. Die Mitglieder des Direktoriums werden vom Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit gewählt.

Das Direktorium ist das ausführende Organ der EZB und führt die laufenden Geschäfte. Zudem ist es für die Vorbereitung der Entscheidungen des EZB-Rats zuständig.

EZB-Rat

Der EZB-Rat besteht aus den Mitgliedern des Direktoriums sowie den derzeit zwanzig Präsidenten bzw. Präsidentinnen der nationalen Zentralbanken, die der Währungsunion angehören. Der EZB-Rat ist das Beschlussorgan der EZB. Er legt unter anderem die geldpolitischen Ziele fest und entscheidet über den Einsatz der geldpolitischen Instrumente der EZB (vgl. Punkt 6.4 dieses Lernbriefs). Dabei verfügt jedes Mitglied über eine Stimme.

Erweiterter Rat

Der Erweiterte Rat setzt sich aus dem Präsidenten bzw. der Präsidentin der EZB, dem Vizepräsidenten bzw. Vizepräsidentin sowie den derzeit 27 Präsidentinnen und Präsidenten der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten zusammen. Er gilt als „Übergangsgremium“, das die Zentralbanken der EU-Staaten einbindet, die noch nicht an der Währungsunion teilnehmen. Sobald alle EU-Mitgliedstaaten den Euro als gemeinsame Währung eingeführt haben, wird der Erweiterte Rat aufgelöst.

Die ESZB-Satzung sieht zum Schutz der Unabhängigkeit der Geldpolitik folgende Maßnahmen vor:

- eine Mindestamtszeit für Präsidenten bzw. Präsidentinnen der nationalen Zentralbanken von fünf Jahren; eine Wiederernennung ist möglich
- eine Mindestamtszeit für Mitglieder des EZB-Direktoriums von acht Jahren; eine Wiederernennung ist hier nicht möglich
- eine Amtsenthebung ist nur im Fall einer schweren Verfehlung möglich
- für die Beilegung von Streitfällen ist der Europäische Gerichtshof zuständig.

6.1.2 Aufgaben der Europäischen Zentralbank

Laut dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist es das vorrangige Ziel der EZB, die Preisstabilität des Euro zu gewährleisten. Sie ist dabei, wie beschrieben, unabhängig. Soweit es mit der Sicherung des Geldwerts jedoch vereinbar ist, soll die EZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft unterstützen. Die alleinige geldpolitische Kompetenz liegt beim Rat der EZB, der an die Stelle der nationalen Entscheidungsgremien – z.B. des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank – trat.

Hinweis

Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union formuliert als Ziel die „Preisstabilität“, sodass dieser Begriff auch von der EZB verwendet wird. Gemeint ist aber nicht die Stabilität aller Einzelpreise, sondern die Stabilität des Preisniveaus.

Weitere Aufgaben der EZB sind:

- Festlegung und Durchführung der Geldpolitik der Gemeinschaft (u.a. Geld- und Kreditversorgung)

- Durchführung von Devisengeschäften
- Halten und Verwalten der offiziellen Währungsreserven der Mitgliedstaaten
- Förderung eines reibungslosen Funktionierens des Zahlungsverkehrs
- Beratung im Bereich der Bankenaufsicht und in Fragen der Stabilität des Finanzsystems

In der EWWU hat der Rat der EZB das alleinige Recht, die Emission (Ausgabe) von Banknoten zu genehmigen. Die Ausgabe der Banknoten erfolgt durch die EZB und die nationalen Notenbanken. Die Ausgabe von Euromünzen ist weiterhin den Regierungen der teilnehmenden Staaten vorbehalten, wobei das Volumen der Genehmigung durch die EZB bedarf (vgl. Punkt 3.2.1 dieses Lernbriefs).

Im November 2014 hat die EZB zusätzlich die Aufsicht über große und systemrelevante Banken in der EU übernommen.

6.2 Deutsche Bundesbank

Die Deutsche Bundesbank ist eine von 20 nationalen Zentralbanken im Euro-land und damit Bestandteil des ESZB. Sie hat ihren Sitz ebenfalls in Frankfurt am Main.

Oberstes Organ der Deutschen Bundesbank ist der Vorstand.

Dieser besteht aus

- dem Präsidenten bzw. der Präsidentin,
- dem Vizepräsidenten bzw. der Vizepräsidentin und
- vier weiteren Mitgliedern.

Von diesen sechs Personen werden drei von der Bundesregierung und drei vom Bundesrat im Einvernehmen mit der Bundesregierung vorgeschlagen.

Die neun Hauptverwaltungen der Bundesbank werden jeweils von einem Präsidenten bzw. einer Präsidentin geleitet, der bzw. die nicht im Vorstand vertreten ist. Die frühere Bezeichnung „Landeszentralbank“ für die Hauptverwaltungen ist ersatzlos entfallen.

Weiterhin unterhält die Bundesbank Filialen in zahlreichen größeren Städten.

Die Bundesbank führt im Rahmen der Leitlinien und Weisungen der EZB die Geldpolitik in Deutschland durch.

Zu den Aufgaben der Deutschen Bundesbank gehören u.a. die

- Geldversorgung der Volkswirtschaft,
- Refinanzierung der Geschäftsbanken,
- Mitwirkung an der Bankenaufsicht in Deutschland in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht,
- Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs sowie
- Statistik.

6.3 Geldpolitik der Zentralbank

Unter Geldpolitik werden alle Maßnahmen einer Zentralbank verstanden, die die Geldversorgung in der Volkswirtschaft beeinflussen. Um die Funktionsweise der geldpolitischen Instrumente zu verstehen, ist es hilfreich, zunächst einen Blick auf die Bilanz der Zentralbank zu werfen.

Die Bilanz einer Zentralbank enthält – wie jede Bilanz – die Vermögenswerte (Aktiva) und Verbindlichkeiten (Passiva). Zu den Aktiva gehören insbesondere Goldvorräte und Devisen, Wertpapiere sowie Kredite an Geschäftsbanken. Auf der Passivseite steht zum einen der Banknotenumlauf. Eine Banknote lässt sich damit als eine Forderung an die Zentralbank interpretieren. Zum anderen enthält die Passivseite der Bilanz die Einlagen der Geschäftsbanken und der Nichtbanken.

Bilanz einer Zentralbank (vereinfachte Darstellung)

Aktiva in €	Passiva in €
<ul style="list-style-type: none"> • Gold- und Devisenbestände • Wertpapiere • Kredite an Geschäftsbanken 	<ul style="list-style-type: none"> • Banknotenumlauf • Einlagen von Geschäftsbanken (z. B. Mindestreserve, Überschussreserve) • Einlagen von Nichtbanken

Arten des Zentralbankgeldes

Als Zentralbankgeld wird die Summe aus Bargeld und Buchgeld bei der Zentralbank bezeichnet. Das Bargeld besteht aus den Banknoten und Münzen. Beim Buchgeld handelt es sich um Sichtguthaben, die von den Geschäftsbanken sowie dem Staat bei der Zentralbank unterhalten werden. Der größte Teil dieser Sichtguthaben kann von den Geschäftsbanken und dem Staat relativ kurzfristig aufgelöst, d.h. in Bargeld umgetauscht werden.

Wie Sie unter Pkt. 3.3 dieses Lernbriefs erfahren haben, ist die Existenz von Bargeld die Voraussetzung für die Buchgeldschöpfung der Geschäftsbanken. Über die Veränderung der Zentralbankgeldmenge kann die Zentralbank folglich die Geldmenge in der Volkswirtschaft beeinflussen.

Merke

Die Summe aus Bargeldumlauf und Buchgeld bei der Zentralbank ergibt das Zentralbankgeld. Das ist die monetäre Basis für die gesamte Geldmenge in der Volkswirtschaft.

Für die Geldpolitik in der EWWU sind die im Folgenden aufgeführten Geldmengen(-definitionen) von Bedeutung:

Geldmengendefinitionen

1. **Bargeldumlauf** = Banknoten und Münzen
2. **Geldmenge M 1** = Bargeldumlauf + Sichteinlagen von Nichtbanken
3. **Geldmenge M 2** = Geldmenge M 1 + Einlagen mit Laufzeiten bis zu zwei Jahren (Termingelder) sowie Einlagen mit Kündigungsfristen bis zu drei Monaten (Spareinlagen)
4. **Geldmenge M 3** = Geldmenge M 2 + Geldmarktfondszertifikate und kurzlaufende Geldmarktpapiere oder Bankschuldverschreibungen, u. Ä.
5. **Zentralbankgeld** = Bargeldumlauf + Sichtguthaben bei der Zentralbank

Die Unterscheidung zwischen den Geldmengen M1, M2 und M3 orientiert sich an der Bedeutung der einzelnen Bestandteile für die volkswirtschaftliche Nachfrage nach Gütern und

Dienstleistungen. So enthält die Geldmenge M1 nur den Bargeldumlauf sowie die Sichteinlagen von Nichtbanken, d.h. insbesondere die Sichteinlagen von Haushalten und Unternehmen. Sowohl Bargeld als auch Sichteinlagen werden von den Wirtschaftssubjekten vor allem gehalten, um damit Güter und Dienstleistungen zu kaufen. Die Verbindung zwischen M1 und der volkswirtschaftlichen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen ist folglich relativ eng.

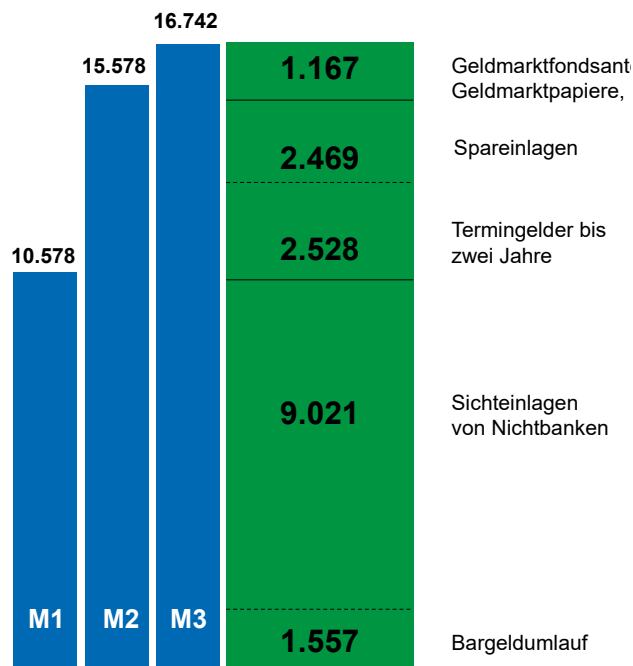
Die Geldmenge M2 enthält darüber hinaus Spareinlagen und Termingelder mit einer Laufzeit von bis zu zwei Jahren. Diese werden von Haushalten und Unternehmen primär zur Geldanlage genutzt (Vermögensaufbewahrungsfunktion des Geldes). Bei der Geldmenge M3 kommen weitere Anlageformen hinzu, etwa die Anteile an Geldmarktfonds, die ebenfalls häufig zur Vermögensanlage genutzt werden. Die Verbindung zur gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage ist bei M2 und M3 folglich weniger eng als bei M1.

Eine Umschichtung des Vermögens der Wirtschaftssubjekte hat Einfluss auf die Größe der einzelnen Geldmengenaggregate. Wenn beispielsweise ein Haushalt 1.000 € von seinem Sparbuch abhebt und dafür Anteile an einem Geldmarktfonds kauft, so verringert sich die Geldmenge M2 um 1.000 €, die Geldmenge M3 bleibt hingegen unverändert.

Die folgende Abbildung zeigt Ihnen die Größe der einzelnen Geldmengenaggregate in der Europäischen Währungsunion.

Geldmengenaggregate in der Europäischen Währungsunion

(in Mrd. € / Dezember 2024)



Datenquelle: EZB. Differenzen durch Rundungen.

Im Folgenden wollen wir die Schöpfung und Vernichtung von Zentralbankgeld jeweils mithilfe eines Beispiels erläutern:

Schöpfung (Vermehrung) von Zentralbankgeld

Die Schöpfung von Zentralbankgeld führt zu einem Anstieg der Geldmenge in der Volkswirtschaft. Zentralbankgeld fließt von der Zentralbank in die Volkswirtschaft. Die Zentralbank kauft beispielsweise für 100.000 € Wertpapiere von einer Geschäftsbank und bezahlt mit neuen Banknoten. Aus diesem Vorgang (Transaktion) ergeben sich folgende Änderungen der Bilanzpositionen:

Bilanz der Zentralbank

Aktiva in €	Passiva in €
Wertpapiere + 100.000	Banknotenumlauf + 100.000

Bilanz der Geschäftsbank

Aktiva in €	Passiva in €
Kasse + 100.000 Wertpapiere - 100.000	

Die Transaktion führt zu einer Erhöhung der Bilanzsumme bei der Zentralbank und zu einem Austausch von Vermögensbeständen (Aktivtausch) bei der beteiligten Geschäftsbank.

In der Volkswirtschaft hat sich der Banknotenumlauf um 100.000 € erhöht. Es hat also eine Schöpfung von Zentralbankgeld stattgefunden.

Bei den Wertpapieren, die zwischen den Geschäftsbanken und der Zentralnotenbank gehandelt werden, handelt es sich um handelbare Schuldverschreibungen, die in der Regel von Banken oder dem Staat ausgegeben („emittiert“) werden. An die gehandelten Wertpapiere werden bestimmte Anforderungen gestellt. Beispielsweise müssen sie auf Euro lauten und der Schuldner muss über eine hohe Kreditwürdigkeit („Bonität“) verfügen.

Merke

Die Zentralbank schöpft Zentralbankgeld, indem sie Aktiva (z.B. Wertpapiere, Devisen) von den Geschäftsbanken oder Nichtbanken ankauft. Sie bezahlt mit neuen Banknoten (Forderung an die Zentralbank) oder durch die Einräumung von Sichtguthaben.

Verringerung (Vernichtung) von Zentralbankgeld

Die Vernichtung von Zentralbankgeld führt zu einer Verringerung der Geldmenge in der Volkswirtschaft. Zentralbankgeld fließt aus der Volkswirtschaft an die Zentralbank. Die Zentralbank verkauft beispielsweise Wertpapiere für 100.000 € an eine Geschäftsbank. Die Geschäftsbank bezahlt die Wertpapiere mit einem Sichtguthaben, das ihr Girokonto bei der Zentralbank aufweist. Dieser Vorgang (Transaktion) bewirkt folgende Änderungen in den Bilanzen:

In der Bilanz der Zentralbank ist sowohl der Bestand an Wertpapieren als auch der Posten „Sichteinlagen der Geschäftsbanken“ jeweils um 100.000 € gesunken. Das bedeutet im Ergebnis eine Verringerung (Vernichtung) von Zentralbankgeld. In der Bilanz der Geschäftsbank wirkt sich der Vorgang als Aktivtausch aus, d.h., das Sichtguthaben bei der Geschäftsbank hat sich um 100.000 € verringert, während der Bestand an Wertpapieren um diesen Betrag gestiegen ist.

Bilanz der Zentralbank

Aktiva in €	Passiva in €
Wertpapiere	Sichteinlage der Geschäftsbanken
- 100.000	- 100.000

Bilanz der Geschäftsbank

Aktiva in €	Passiva in €
Sichtguthaben bei der Zentralbank - 100.000	
Wertpapiere + 100.000	

Merke

Die Zentralbank verringert die Zentralbankgeldmenge, indem sie Aktiva (z.B. Wertpapiere, Devisen) gegen Bezahlung mit Zentralbankgeld (Banknoten oder Sichtguthaben) verkauft oder bei ihr fällige Forderungen (z.B. Wertpapiere) einlöst.

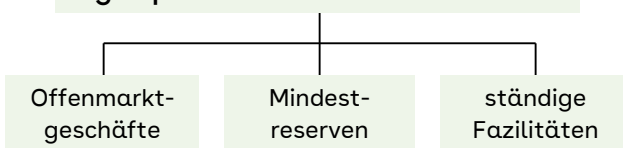
6.4 Geldpolitische Instrumente der EZB

Als Aktivgeschäft betreibt die EZB u.a. den auf den folgenden Seiten näher beschriebenen Handel mit festverzinslichen Wertpapieren am offenen Markt (Offenmarktgeschäfte).

Außerdem stehen ihr die – ebenfalls im Folgenden näher beschriebenen – Instrumente der Mindestreservpolitik und der ständigen Fazilitäten zur Verfügung, um Geldmenge und Zinsniveau zu steuern.

Die früher von der Deutschen Bundesbank genutzten geldpolitischen Instrumente der Diskont- und Lombardpolitik werden von der EZB dagegen nicht mehr eingesetzt.

geldpolitische Instrumente der EZB



Durch den Einsatz ihrer geldpolitischen Instrumente beeinflusst die EZB sowohl die Geldmenge als auch das Zinsniveau in den Ländern der EWWU. Eine Erhöhung der Zinsen führt zu einem Rückgang der Geldnachfrage und der Geldmenge, wodurch wiederum die Güternachfrage sinkt. Hierdurch wird inflationären Tendenzen entgegengewirkt. Umgekehrt führt eine Verringerung der Zinsen zu einem Anstieg von Geldnachfrage und Geldmenge.

Merke

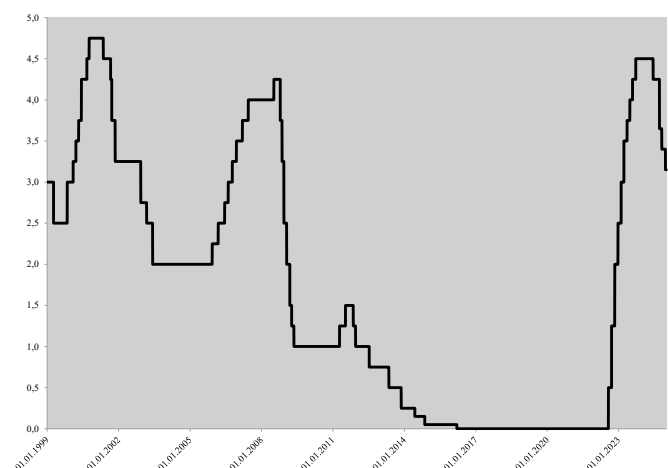
Die EZB beeinflusst die Geldnachfrage der Nichtbanken durch die Offenmarkt- und Mindestreservpolitik sowie durch die ständigen Fazilitäten.

instruments werden den Geschäftsbanken jede Woche Gelder mit einer einwöchigen Laufzeit zur Verfügung gestellt. Für die Abwicklung der Geschäfte sind die nationalen Zentralbanken zuständig.

Das Hauptrefinanzierungsinstrument trägt seinen Namen zu Recht, da mit diesem Instrument der Großteil des Geldvolumens bereitgestellt wird. Hier können sich die Geschäftsbanken Zentralbankgeld von der EZB beschaffen, das sie z.B. für die Vergabe von Krediten benötigen. Für diese Kredite von der EZB müssen die Geschäftsbanken Sicherheiten hinterlegen. Das geschieht in der Regel durch Wertpapiere. Außerdem müssen die Geschäftsbanken für diese Kredite Zinsen bezahlen. Diesen Zinssatz bezeichnet man als Leitzins. Von März 2016 bis Juli 2022 betrug der Leitzins 0,0 %. Aufgrund der hohen und steigenden Inflationsraten hat die EZB seitdem den Zinssatz mehrfach erhöht und im Laufe der Jahre 2024 und 2025 wieder gesenkt. Anfang Juni 2025 betrug der Zinssatz 2,0 %.

Die folgende Abbildung gibt Ihnen einen Überblick über die Höhe des Leitzinses seit der Einführung des Euro:

Entwicklung der Leitzinsen in der Europäischen Währungsunion



6.4.1 Offenmarktgeschäfte

Im Rahmen der Offenmarktgeschäfte tritt die EZB über die Deutsche Bundesbank sowie die anderen nationalen Zentralbanken am offenen Markt (Geld- und Kapitalmarkt) als Käufer oder Verkäufer bestimmter Wertpapiere auf.

Insgesamt steht der EZB ein Bündel von Maßnahmen im Rahmen der Offenmarktgeschäfte zur Verfügung. Im Rahmen des Hauptrefinanzierungs-

Besteht die Gefahr einer Inflation in Europa, wird die EZB den Leitzins anheben. Damit verteuern sich die Kredite für die Geschäftsbanken und das Zinsniveau wird insgesamt ansteigen. Wenn aber Kredite für Unternehmen und private Haushalte teurer werden, werden auch weniger Kredite in Anspruch genommen. Die Geldmenge in den Volkswirtschaften geht zurück und damit auch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Durch den Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wird das Preisniveau in den Volkswirtschaften gedämpft; aber auch die konjunkturelle Entwicklung. Besteht keine Gefahr inflationärer Tendenzen, wird die EZB den Leitzins wieder senken, was dazu beitragen kann, die konjunkturelle Entwicklung positiv zu beeinflussen.

1. Beispiel

Auf seiner Sitzung am 07. 12. 2006 hat der EZB-Rat die Leitzinsen erhöht. Er begründete seine Entscheidung wie folgt:

„Der Beschluss des EZB-Rats ... spiegelt die Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht wider ... Der Beschluss wird dazu beitragen, sicherzustellen, dass die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen im Euro-Währungsgebiet fest auf einem Niveau verankert bleiben, das mit Preisstabilität im Einklang steht.“

2. Beispiel

Ende des Jahres 2008 hat die Europäische Zentralbank in kurzer Folge die Leitzinsen dreimal gesenkt (Oktober, November und Dezember 2008). Nachfolgend können Sie Auszüge aus der Begründung lesen, die von der EZB nach der Zinssenkung im Dezember 2008 veröffentlicht wurde:

Seit November 2008 „spricht insgesamt immer mehr dafür, dass der Inflationsdruck weiter abnimmt; mit Blick auf die Zukunft dürften die Teuerungsraten auf die für die Geldpolitik relevante Frist im Einklang mit Preisstabilität bleiben und damit die Kaufkraft der Einkommen und Ersparnisse stützen.

Verantwortlich für den Rückgang der Inflationsraten sind vor allem die sinkenden Rohstoffpreise und die deutliche Konjunkturabschwächung. Die Nachfrage weltweit und im Euroraum dürfte – weitgehend aufgrund der Auswirkungen der Verschärfung und Ausweitung der Finanzmarkturbulenzen – für einen langen Zeitraum gedämpft werden. Indessen ist die Grunddynamik des Geldmengenwachstums zwar nach wie vor kräftig, aber sie hat sich weiter verlangsamt.“

Außerdem kann die EZB im Rahmen der Offenmarktgeschäfte am offenen Markt Wertpapiere ankaufen oder verkaufen. Bei den Wertpapierpensionsgeschäften kauft oder verkauft die EZB refinanzierungsfähige Sicherheiten mit Rückkaufsvereinbarung, d.h. beim Ankauf wird gleichzeitig mit dem entsprechenden Kreditinstitut der Rückkauf bei Fälligkeit vereinbart. Den Kreditinstituten wird damit für einen Zeitraum von drei Monaten Liquidität zur Verfügung gestellt.

Merke

Unter Offenmarktpolitik versteht man die Refinanzierung der Geschäftsbanken über Kredite sowie den An- und Verkauf von Wertpapieren durch die EZB über die nationalen Zentralbanken (in Deutschland: die Deutsche Bundesbank). Bei Verkäufen solcher Wertpapiere verringert sich die Geldmenge, bei Käufen steigt sie. Eine Verringerung der Geldmenge führt tendenziell zu einem steigenden Zinsniveau. Daraus resultiert ein Rückgang der Kreditnachfrage, was wiederum die Inflationsgefahr dämpft. Eine Erhöhung der Geldmenge führt tendenziell zu einem sinkenden Zinsniveau.

6.4.2 Mindestreserven

Als weiteres Instrument verfügt die EZB über ein Mindestreservesystem. Mindestreserven sind Gelder, die die Geschäftsbanken in Höhe eines von der EZB festgelegten Prozentsatzes ihrer Einlagen bei der nationalen Zentralbank zu hinterlegen haben. Die EZB beschließt dabei die Höhe des Prozentsatzes der Einlagen, den die Geschäftsbanken bei den nationalen Zentralbanken zu hinterlegen haben und beeinflusst darüber die Kreditvergabemöglichkeiten und die umlaufende Geldmenge. Bei der Mindestreservpolitik handelt es sich um ein hoheitliches Instrument, d.h., die EZB kann den Geschäftsbanken unmittelbar Vorschriften machen.

Erhöht die EZB die Mindestreservesätze, sinken die Überschussreserven der Geschäftsbanken, da sie mehr Geld bei der nationalen Zentralbank zugunsten der EZB hinterlegen müssen. Die Geschäftsbanken können weniger Kredite anbieten. Das Zinsniveau steigt. Die Nachfrage nach Gütern wird gebremst.

Senkt die EZB die Mindestreservesätze, erhöht sich die Überschussreserve der Geschäftsbanken, also auch die Liquidität. Dadurch steht ihnen mehr Zentralbankgeld zur Kreditgewährung zur Verfügung. Das Zinsniveau sinkt. Die Wirtschaft wird u.U. angekurbelt.

Die Mindestreservpolitik wird von der EZB nicht zur kurzfristigen Steuerung des Geldangebotes genutzt, sondern stellt einen längerfristigen Rahmen für die Geschäftsbanken dar. Seit Gründung der EWU bis Anfang des Jahres 2012 lag der Mindestreservesatz stabil bei 2 % p.a. Zusammen mit mehreren Maßnahmen zur Stabilisierung des europäischen Bankensystems wurde der Mindestreservesatz mit Wirkung zum 18. 01. 2012 auf 1 % p.a. gesenkt.

Merke

Mindestreserven sind Sichtguthaben, die von den Geschäftsbanken in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes ihrer Einlagen bei der nationalen Zentralbank hinterlegt werden müssen. Die Höhe des Prozentsatzes bestimmt die EZB.

Eine Erhöhung des Mindestreservesatzes führt zu einer Verringerung der Geldmenge und damit tendenziell zu einem steigenden Zinsniveau.

Eine Senkung des Mindestreservesatzes führt zu einer Erhöhung der Geldmenge und damit tendenziell zu einem Sinken des Zinsniveaus.

6.4.3 Ständige Fazilitäten

Die ständigen Fazilitäten kann man sich als eine Art Girokonto vorstellen, das die Geschäftsbanken bei der Zentralbank unterhalten. Sie dienen dazu, kurzfristige Liquidität („Übernachtsliquidität“) bereitzustellen oder zu absorbieren. Das bedeutet, dass die Geschäftsbanken ihr „Girokonto“ überziehen können, wenn sie kurzfristig Zentralbankgeld benötigen. Für diesen Überziehungskredit müssen sie aber Zinsen bezahlen. In diesem Zusammenhang spricht man auch von Spitzenrefinanzierungsfazilität. Kurzfristig nicht benötigte Gelder können die Geschäftsbanken auf ihr „Girokonto“ überweisen und Guthaben bilden. Diese Guthaben werden von der Zentralbank verzinst. Dieser Sachverhalt wird als Einlagefazilität bezeichnet.

Die **Spitzenrefinanzierungsfazilität** bietet den Geschäftsbanken die Möglichkeit, sich von den nationalen Zentralbanken Übernachtsliquidität zu einem vorgegebenen Zinssatz gegen refinanzierungsfähige Sicherheiten zu beschaffen. In der Regel gibt es hierbei für die Geschäftsbanken keine Kredithöchstgrenzen. Auch unterliegt die Inanspruchnahme dieser Fazilität durch die Geschäftsbanken keinen besonderen Beschränkungen – mit Ausnahme der Bedingung, dass ausreichende Sicherheiten zur Verfügung stehen müssen. Diese Kreditlinie ist zur Abdeckung eines vorübergehenden Liquiditätsbedarfs der Geschäftspartner bestimmt. Aktuell (März 2025) beträgt der Zinssatz 2,9 Prozent.

Die **Einlagenfazilität** bietet den Geschäftsbanken die Möglichkeit, bei den nationalen Zentralbanken Guthaben bis zum nächsten Geschäftstag zu einem vorher festgesetzten Zinssatz anzulegen. In der Regel gibt es keine Betragsbegrenzungen für die entsprechenden Einlagekonten, und die Inanspruchnahme dieser Fazilität durch die Geschäftsbanken unterliegt auch keinen besonderen Beschränkungen. Von Anfang 1999 bis Herbst 2008 lag der Zinssatz für die Einlagenfazilität stets einen Prozentpunkt unter dem Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments. Im Juli 2012 wurde der Zinssatz für Einlagen der Banken bei der EZB auf null Prozent gesenkt, seit Juni 2014 war dieser Zinssatz sogar negativ (seit September 2019 -0,5 %), d.h., die Banken zahlten für ihre Einlagen bei der EZB einen Zins. In einer zunehmenden Zahl von Marktsegmenten (z.B. Großkunden, Neukunden) hatten manche Geschäftsbanken auch für Kundeneinlagen einen negativen Zins eingeführt.

Aufgrund der hohen Inflation seit dem Jahr 2022 wurde auch der Zinssatz für die Einlagenfazilität durch die EZB wieder erhöht. Er beträgt im Juni 2025 2,0 %. Auch die meisten Geschäftsbanken zahlen seit dem Jahr 2023 wieder positive Zinsen auf Einlagen ihrer Kundinnen und Kunden.

In den Krisenjahren seit 2008 wurde die Einlagenfazilität von den Geschäftsbanken teilweise in sehr großem Umfang genutzt. Im Unterschied zu (höher verzinsten) Ausleihungen an andere Geschäftsbanken handelt es sich bei der Einlagenfazilität um eine Geldanlage ohne Risiko. Eine starke Inanspruchnahme der Einlagenfazilität ist folglich ein Indikator für erhebliche Vertrauensdefizite auf den Finanzmärkten.

Die beiden ständigen Fazilitäten werden von den nationalen Zentralbanken, also dezentral, verwaltet. Die Konditionen für die Inanspruchnahme der Fazilitäten werden von der EZB festgesetzt und sind im gesamten Euro-Währungsraum gleich. Die EZB behält sich das Recht vor, die Bedingungen für die Inanspruchnahme der Fazilitäten jederzeit zu ändern oder ihre Nutzung vorübergehend auszusetzen. Bei Inflationsgefahr wird die EZB die Zinssätze sowohl für die Spitzenrefinanzierungs- als auch für die Einlagefazilität erhöhen. Dies führt dazu, dass kurzfristig benötigte Kredite teurer werden und wahrscheinlich auch weniger in Anspruch genommen werden. Damit reduziert sich die umlaufende Geldmenge und gleichzeitig steigt das Zinsniveau. Andererseits wird eine kurzfristige Geldanlage im Rahmen der Einlagefazilität für die Geschäftsbanken attraktiver, was die gleichen Effekte bewirkt.

Besondere geldpolitische Maßnahmen während der Finanzkrise, der Corona-Pandemie sowie des Ukraine-Krieges

In der Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Jahr 2007 hat die EZB eine ganze Reihe „unüblicher“ geldpolitischer Maßnahmen ergriffen. Zu Beginn der Krise wurden insbesondere die Möglichkeiten der Geschäftsbanken deutlich ausgeweitet, sich bei der EZB mit Liquidität zu versorgen. Auch reduzierte die EZB die Anforderungen an die zu hinterlegenden Sicherheiten. Zudem wurden besondere langfristige Refinanzierungsmöglichkeiten geschaffen, die von den Geschäftsbanken stark in Anspruch genommen wurden. Um die Märkte funktionsfähig zu erhalten, begann die EZB in 2009 Pfandbriefe und in 2010 Staatsanleihen europäischer Staaten im großen Maße zu erwerben. Das Anleihekaufprogramm, das ein Ankaufovolumen von bis zu 80 Mrd. € monatlich erreichte, wurde zeitweise ausgesetzt, im November 2019 jedoch wieder aufgenommen.

Auch die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise ab dem Jahr 2020 sollten durch ein Notkaufprogramm abgemildert werden. Im Rahmen dieses Programms wurden zusätzliche Anleihen durch die EZB angekauft. Der Gesamtwert dieser Anleihen betrug bis zu 1.850 Mrd. € (das Volumen des Programms wurde seit seinem Beginn mehrfach erhöht). Das Programm sollte beendet werden, sobald der EZB-Rat die „kritische Phase“ der Pandemie als abgeschlossen erachtet. Konkret werden ab März 2022 keine neuen Anleihen mehr erworben. Die Tilgungsbeträge sollen jedoch für einen bestimmten Zeitraum reinvestiert werden, sodass das Programm über diesen Zeitraum langsam auslaufen soll.

Auf die anhaltend hohe Inflation (für den Euroraum betrug 2022 die Inflationsrate 8,4 %), die durch den Ukraine-Krieg zusätzlich angeheizt wird, reagierte die EZB im März 2022 mit dem Beschluss, das Kaufvolumen des milliarden schweren Anleihekauf-Programms APP schon früher als geplant zurückzufahren.

Ursachen und Folgen der Nullzinspolitik

Die über mehrere Jahre anhaltende expansive Geldpolitik und der Leitzins von null Prozent wurden in den Wirtschaftswissenschaften und der Wirtschaftspolitik kontrovers diskutiert. Relativ eindeutig sind die negativen Auswirkungen auf Sparer und die positiven Auswirkungen auf Schuldner. Die Niedrigzinspolitik senkte unter anderem die Belastungen hoch verschuldeter Länder der Eurozone (z.B. Italien) und verringert dort den Druck, wirksame Strukturreformen im Staatshaushalt zu ergreifen. Zudem wird als Risiko gesehen, dass auch unwirtschaftliche (und daher hoch verschuldete) Unternehmen durch eine Niedrigzinspolitik „künstlich“ am Leben gehalten werden. Auch besteht die Gefahr, dass die Anleger zu stark in Vermögenswerte (z.B. Immobilien oder Aktien) investieren, was dort zu steigenden Preisen und der Gefahr von „Blasen“ führt. Schließlich ist fraglich, ob die EZB ihr Ziel einer Erhöhung der Investitionen mittels Geldpolitik überhaupt erreichen kann, oder ob es nicht vielmehr investitionsfreundlicherer Rahmenbedingungen bedarf, z.B. eines Abbaus bürokratischer Hemmnisse und einer Senkung der Unternehmenssteuern.

Allerdings wird in der Diskussion auch darauf hingewiesen, dass aufgrund struktureller Entwicklungen (insbesondere gesellschaftliche Alterung in Industriestaaten) weltweit die Ersparnis steigt, was zu einem sinkenden Zinsniveau führt. Die Geldpolitik der EZB (und anderer Zentralbanken) sei damit im Einklang mit der Entwicklung des Marktzins und das niedrige Zinsniveau sei dauerhaft zu erwarten.

Geldpolitische Instrumente der EZB

Instrument		Zeitlicher Rahmen	Steuerungsgröße	Wirkungsweise
Offenmarktpolitik	Hauptrefinanzierungsinstrument	eine Woche	Zinssatz („Leitzins“)	EZB stellt den Geschäftsbanken Mittel gegen die Hinterlegung von Sicherheiten zur Verfügung
	längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	drei Monate	Zinssatz	
	sonstige Operationen	unterschiedlich	Menge	
Ständige Fazilitäten	Spitzenrefinanzierungsfazilität	über Nacht	Zinssatz	EZB stellt Geschäftsbanken kurzfristig Liquidität zur Verfügung
	Einlagenfazilität	über Nacht	Zinssatz	Geschäftsbanken legen Gelder kurzfristig bei EZB an
Mindestreserve		dauerhaft	Mindestreservesatz	Geschäftsbanken müssen einen Teil ihrer Einlagen als Mindestreserve der EZB halten

6.5 Übungen zum Lernabschnitt 6

Übung 16

Erläutern Sie, aus welchen Mitgliedern sich das Europäische System der Zentralbanken zusammensetzt.

Übung 17

Nennen Sie das Hauptziel und die Aufgaben der EZB.

Übung 18

Erläutern Sie allgemein, wie die EZB ihr geldpolitisches Hauptziel erreichen kann.

Übung 19

Erläutern Sie, was Offenmarktpolitik heißt.

Übung 20

Erläutern Sie die Wirkungsweise der Mindestreservepolitik.

Übung 21

Erklären Sie, wozu ständige Fazilitäten dienen, und erläutern Sie die beiden Ausprägungsformen.

Übung 22

Schildern Sie den Prozess der Verringerung und Vermehrung von Zentralbankgeld.

7 Geschäftsbanken und ihre Aufgaben

Übung 23

Erläutern Sie die Auswirkungen der folgenden Aktivitäten auf die verschiedenen Geldmengenaggregate.

1. Ein Haushalt hebt 1.000 € von seinem Girokonto ab und zahlt diese auf seinem Sparbuch ein.
2. Ein Haushalt hebt 1.000 € von seinem Girokonto ab und kauft damit Anteile an einem Geldmarktfonds.

7.1 Struktur des Geschäftsbankensystems

Das Geschäftsbankensystem in Deutschland weist folgende Struktur auf:

Struktur des Bankensystems in Deutschland

Geschäftsbanken	
Universalbanken	Spezialbanken
private Kreditbanken	Realkreditinstitute
öffentlich-rechtliche Banken	Bausparkassen
genossenschaftliche Banken	Banken m. Sonderaufgaben

Das Geschäftsbankensystem in der Bundesrepublik Deutschland ist historisch gewachsen. Es wird zwischen Universal- und Spezialbanken unterschieden. Universalbanken sind Geschäftsbanken, die fast alle möglichen Bankgeschäfte betreiben, z.B.

- das Einlagen- und Kreditgeschäft,
- das Wertpapiergeschäft,
- die Abwicklung des Zahlungsverkehrs und
- die Beratung in Vermögens- und Finanzfragen.

Spezialbanken sind Geschäftsbanken, die nur einzelne bzw. eine begrenzte Auswahl von Bankgeschäften betreiben. Das angelsächsische Bankensystem ist ein typisches Spezialbankensystem, wobei vor allem das Wertpapiergeschäft den Spezialbanken vorbehalten ist, während das Bankensystem in Deutschland überwiegend ein Universalbankensystem ist, ergänzt um einige Spezialbanken.

Zu den Spezialbanken zählen die Realcreditinstitute, die Bausparkassen und einige Banken mit Sonderaufgaben, beispielsweise die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Neben den deutschen Banken bieten auch über 200 ausländische Finanzinstitute ihre Dienstleistungen in Deutschland an. Dabei kann zwischen Tochtergesellschaften, Niederlassungen, Repräsentanzen sowie dem grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr unterschieden werden.

7.2 Universalbanken

Hinsichtlich ihrer Rechtsform und den geschäftspolitischen Zielen werden drei Gruppen von Universalbanken unterschieden, nämlich

- private Kreditbanken,
- öffentlich-rechtliche Banken und
- genossenschaftliche Banken.

7.2.1 Private Kreditbanken

Zu den privaten Kreditbanken gehören die Großbanken (z.B. Deutsche Bank, Commerzbank), die Lokal- und Regionalbanken sowie die Privatbanken im engeren Sinn, für die auch die Bezeichnung Privatbankiers genutzt wird.

Die Großbanken sind bundesweit sowie darüber hinaus international tätig und haben in aller Regel die Rechtsform einer Aktiengesellschaft.

Lokal- und Regionalbanken sind Geschäftsbanken in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft, deren Geschäftstätigkeit sich auf bestimmte Orte oder Regionen und auf die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, des Kredit- und Einlagengeschäfts, nicht aber auf das Hypothekengeschäft erstreckt.

Privatbanken im engeren Sinne sind Geschäftsbanken, die in der Rechtsform der Einzelfirma, der OHG oder KG geführt werden. Die meisten Privatbanken haben nur örtliche oder regionale Bedeutung, wobei einige ein großes Geschäftsvolumen erreichen (z.B. die Bethmann Bank, die als AG firmiert).

Alle privaten Kreditbanken arbeiten nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung.

7.2.2 Öffentlich-rechtliche Banken

Zu den öffentlich-rechtlichen Banken zählen die Landesbanken und die Sparkassen.

Die Sparkassen sind in aller Regel öffentliche Kreditinstitute mit eigener Rechtspersönlichkeit. Gemeinden, Städte, Gemeindeverbände, Kreise und Länder sind sogenannte „Gewährträger“ der Sparkassen, d.h. sie haften für die Verbindlichkeiten der Sparkasse im Falle eines größeren Verlustes. Es gibt aber auch sehr große freie Sparkassen mit privatrechtlicher Rechtsform.

Die Landesbanken sind die regionalen Spitzeninstitute der Sparkassen. Sie stehen mittlerweile in vielen Geschäftsfeldern in Konkurrenz zu den privaten Großbanken. Speziell in der Finanzmarktkrise der Jahre 2008/2009 hat sich gezeigt, dass viele Landesbanken besonders risikoreiche Geschäfte eingegangen sind und erhebliche Verluste realisieren mussten. Bestrebungen zur Reform des Landesbankensystems haben bislang aber noch keine größeren Veränderungen bewirkt.

Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit der Sparkassen sind das Spareinlagengeschäft (z.B. Gelder auf Sparbüchern, Festgeldanlagen) und das Realkreditgeschäft.

Realkredite sind Kredite, die durch Sachen (Dinge) gesichert sind (z.B. Hypothekenkredite auf Immobilien, Grundstücke). Aufgrund ihres öffentlich-rechtlichen Charakters und ihrer gemeinnützigen Zielsetzung verfolgen Sparkassen nur bedingt das Ziel der Gewinnmaximierung. Ihre Überschüsse dienen meist der Bildung von Rücklagen.

7.2.3 Genossenschaftliche Banken

Die zahlenmäßig größte Gruppe der Geschäftsbanken bilden die Kreditinstitute in der Rechtsform der Genossenschaft. Ebenso wie bei den Sparkassen sind das Spareinlagengeschäft und die Vergabe von Realkrediten die Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit der genossenschaftlichen Banken.

Traditionsgemäß werden gewerbliche Kreditgenossenschaften (Volksbanken) und ländliche Kreditgenossenschaften (Raiffeisenbanken, Spar- und Darlehenskassen) unterschieden. Beide Gruppen haben sich mittlerweile durch Zusammenschlüsse in verschiedenen Regionen jedoch angenähert (z.B. Volks- und Raiffeisenbanken). Volks- und Raiffeisenbanken arbeiten nach dem genossenschaftlichen Prinzip.

Merke

- Das Geschäftsbankensystem in Deutschland ist ein Universalbankensystem, ergänzt mit diversen Spezialbanken.
- Universalbanken sind Geschäftsbanken, die üblicherweise alle Bankgeschäfte betreiben.
- Hinsichtlich ihrer Rechtsform und den geschäftspolitischen Zielen werden drei Bankengruppen unterschieden, nämlich private Kreditbanken, öffentlich-rechtliche Banken und genossenschaftliche Banken.

Ende des Jahres 2023 gab es in Deutschland 1.403 Kreditinstitute mit insgesamt 19.501 Filialen. 341 Kreditinstitute sind private Kreditbanken und sonstige Institute, 1.062 sind öffentlich-rechtliche oder genossenschaftliche Institute.

Bei den in Deutschland aktiven Direktbanken, d.h. Banken ohne eigenes Filialnetz, kann es sich um eigenständige Unternehmen, Tochtergesellschaften deutscher Banken (Privatbanken, Sparkassen) oder um Tochtergesellschaften ausländischer Banken handeln.

7.3 Aufgaben der Geschäftsbanken

Die Geschäftsbanken haben als Dienstleistungsbetriebe in einer Volkswirtschaft wichtige Aufgaben zu erfüllen. Dabei stehen drei Aufgaben im Vordergrund:

1. Sammeln von Geldkapital
2. Aufbewahren und Verwalten von Geldkapital
3. Verteilen von Geldkapital

Die Aufgaben der Geschäftsbanken kommen in den typischen Bankgeschäften zum Ausdruck: dem Einlagengeschäft, dem Kreditgeschäft und den Dienstleistungsgeschäften.

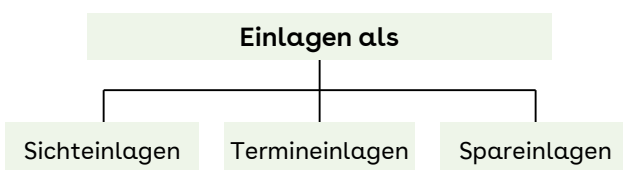
7.3.1 Einlagengeschäfte

Einlagengeschäfte sind aus Sicht der Geschäftsbanken Passivgeschäfte, weil sie für diese Verbindlichkeiten gegenüber den Bankkunden darstellen und auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen werden. Die Einlagen auf den Bankkonten können nach

- dem Zweck,
- der Verfügbarkeit und
- der Verzinsung

unterschieden werden.

Unter Berücksichtigung dieser Merkmale unterscheidet man dabei drei Einlagearten:



Sichteinlagen

Die Sichteinlagen (Guthaben) der Kunden auf den Girokonten dienen der Abwicklung des Zahlungsverkehrs. Es sind täglich verfügbare Guthaben, die nicht oder nur sehr gering verzinst werden. Wegen ihrer täglichen Verfügbarkeit werden sie Sichteinlagen, d.h. fällig bei Sicht, genannt.

Beispiel

Die AOK lässt einen Betrag in Höhe von 50.000 € als Guthaben auf dem Girokonto ihrer Hausbank, um sofortigen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können.

Termineinlagen

Termineinlagen stehen den Geschäftsbanken für einen bestimmten Zeitraum (mindestens 30 Tage) zur Verfügung. Sie dienen nicht dem Zahlungsverkehr, sondern der Anlage nicht benötigter Gelder der Bankkunden.

Es wird zwischen Fest- und Kündigungsgeldern unterschieden. Festgelder werden an einem im Voraus bestimmten Termin zur Rückzahlung fällig. Kündigungsgelder werden dann zur Rückzahlung fällig, wenn sie zuvor rechtzeitig gekündigt wurden. Die Kündigungsfristen entsprechen in der Regel der Anlagedauer beim Festgeld. Auch die Zinssätze sind beim Fest- und Kündigungsgeld in aller Regel gleich.

Auch die AOK legt Teile ihrer freien Mittel als Termingelder an.

Spareinlagen

Als Spareinlagen werden Guthaben auf einem Sparkonto bezeichnet, über das ein Sparbuch ausgestellt ist. Aus Sicht der Sparerinnen und Sparer wird aus folgenden Motiven gespart:

- Rücklagen für Notfälle
- Zwecksparen für Anschaffungen
- Vermögensanlage
- Zukunftssicherung
- Altersvorsorge
- Immobilienerwerb

Sparen bedeutet für die Sparerinnen und Sparer

- Verzicht auf Konsum in der Gegenwart,
- Ansammlung von Vermögen,
- sicheres Zinseinkommen und
- Sicherheit in Notlagen.

Für die Geschäftsbanken sind Spareinlagen sehr vorteilhafte Finanzierungsmittel, weil der Zinssatz in aller Regel niedrig und die Laufzeit langfristig ist. Deshalb müssen die Geschäftsbanken für Spareinlagen nur relativ wenig liquide Mittel (Kassenreserven) bereithalten, um Rückzahlungen von Sparkonten leisten zu können.

Jede Spareinlage muss durch Ausfertigung einer Urkunde – dem Sparbuch – gekennzeichnet sein. Das Sparbuch ist dem Bankkunden auszuhändigen. Er kann in der Regel nur gegen Vorlage des Sparbuchs über das Guthaben verfügen. Es werden Spareinlagen mit gesetzlicher und mit vereinbarter Kündigungsfrist unterschieden.

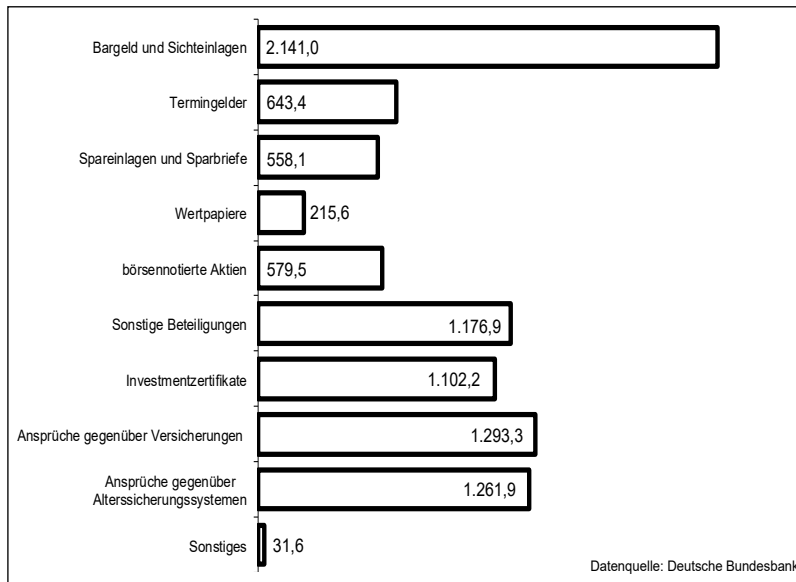
Bei Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist können in einem Zeitraum von je 30 Zinstagen bis zu 2.000 € ohne Kündigung abgehoben werden. Die Kündigungsfrist beträgt ansonsten drei Monate, wenn keine längere Kündigungsfrist vereinbart wurde.

Einige Banken bieten die Möglichkeit über diesen Betrag von max. 2.000 € auch über eine „Sparkarte“ vom Geldautomaten aus zu verfügen. Die Sparerinnen und Sparer können so flexibler über das Sparguthaben verfügen.

Einlagensicherung

In Deutschland sind die Einlagen von Privatanlegerinnen und Privatanlegern, Personengesellschaften sowie kleinen Kapitalgesellschaften bei deutschen Banken gesetzlich geschützt (Einlagensicherungsgesetz – EinSiG). Absicherung der Einlagen beträgt 100.000 € pro Kunde und Bank. Die meisten deutschen Banken sind darüber hinaus auf freiwilliger Basis speziellen Sicherungsfonds beigetreten, die wesentlich höhere Anlagebeträge abdecken. Bei deutschen Zweigstellen ausländischer Banken aus Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (dies sind die EU-Staaten sowie Island, Liechtenstein und Norwegen) gelten für die Einlagensicherung die gesetzlichen Bestimmungen des Heimatlandes der Bank. Standard ist auch dort ein Höchstbetrag von 100.000 € pro Kunde und Bank.

Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland 30.09.2024 (in Mrd. €)



Das Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) betrug Ende September 2024 rund 9 Billionen €. Mit rund 3,3 Billionen € wurde der größte Anteil der Mittel in Form von Bargeld, Sicht- und Spareinlagen sowie Termingeldern gehalten. Die Verbindlichkeiten der privaten Haushalte betrugen rund 2,2 Billionen €. Hierbei handelt es sich zu meist um langfristige Kredite, die zur Finanzierung von Wohneigentum dienen. Zieht man diese Kredite vom Geldvermögen ab, so ergibt sich ein Nettovermögen in Höhe von rund 6,8 Billionen €.

Merke

Die Einlagen auf Bankkonten können nach dem Zweck, der Verfügbarkeit und der Verzinsung unterschieden werden.

- Sichteinlagen sind täglich fällige Gelder, die in aller Regel der Abwicklung des Zahlungsverkehrs dienen.
- Termineinlagen stehen den Geschäftsbanken für einen bestimmten Zeitraum (mindestens 30 Tage) zur Verfügung. Sie dienen der Anlage nicht benötigter Gelder der Bankkunden.
- Spareinlagen sind Guthaben auf einem Konto, über das ein Sparbuch ausgestellt ist. Sie dienen der Ansammlung und der Anlage von Vermögen.

Geldanlage des Sozialversicherungsträgers

Um ihre laufenden Zahlungsverpflichtungen erfüllen zu können, muss die AOK als Sozialversicherungsträger eine sogenannte Betriebsmittelrücklage bereithalten. Diese Rücklagen dürfen nur in bestimmten Anlageformen angelegt werden.

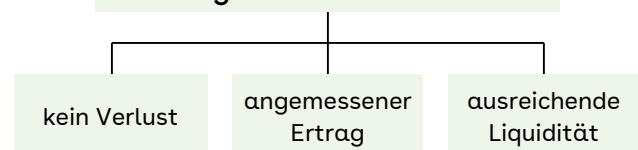
§ 83 SGB IV

Die AOK hat ihre Mittel so anzulegen, dass

§ 80 SGB IV

- ein Verlust ausgeschlossen erscheint,
- ein angemessener Ertrag erzielt wird und
- eine ausreichende Liquidität gewährleistet ist.

Anlagekriterien für die AOK



Grundsätzlich gilt für die Geldanlage, je höher die Rendite (Ertrag), umso höher ist das Risiko (Möglichkeit von Verlust). Sicherheit und ausreichende Liquidität gehen mit geringeren Renditechancen einher.

Die in § 83 SGB IV genannten Möglichkeiten der Geldanlage beinhalten nur geringe Risiken (durch Kursschwankung), so z.B. bei festverzinslichen Schuldverschreibungen. Diese Schuldverschreibungen können jederzeit wieder an der Börse verkauft werden, sodass sich die AOK damit schnell Geldmittel verschaffen kann.

7.3.2 Kreditgeschäfte

Kreditgeschäfte sind aus Sicht der Geschäftsbanken Aktivgeschäfte, weil sie Forderungen gegenüber den Bankkunden darstellen und deshalb auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen werden.

In der Marktwirtschaft kommt der Kreditvergabe eine große Bedeutung zu. Zum einen werden über Kredite die durch Sparen und Anlage aufgebrachten Mittel wieder dem Wirtschaftskreislauf zugeführt, zum anderen verhindert der Kreditpreis (Zins) eine Verschwendung der knappen Mittel und führt die Ersparnisse tendenziell einer wirtschaftlich sinnvollen Verwendung zu.

Die Bedeutung der Tätigkeit der Geschäftsbanken wird besonders deutlich, wenn man sich einmal eine Welt ohne Geschäftsbanken vorstellt. Wenn ein privater Haushalt Geld gespart hat, so könnte er dieses Geld entweder zu Hause aufbewahren oder gegen Zinsen an einen anderen Haushalt oder an ein Unternehmen verleihen.

Problematisch für den Haushalt wäre, dass er sich auf die Suche nach einem Kreditnehmer machen müsste und bei der Kreditvergabe auch prüfen müsste, wie hoch das Risiko der Kreditvergabe ist. Sie können sich leicht vorstellen, dass die Kreditvergabe in einer solchen Volkswirtschaft sehr aufwendig und teuer wäre.

In einer modernen Volkswirtschaft bringt das Geschäftsbankensystem Geldgeber und Kreditnehmer zusammen, indem es sich – vereinfacht ausgedrückt – Geld leiht und Kredite vergibt. Die Finanzierung dieser Tätigkeit erfolgt teilweise über spezielle Entgelte, teilweise durch die Differenz zwischen dem gezahlten Guthabenzins und dem vereinnahmten Kreditzins.

Ein Kredit ist die Überlassung von Geldmitteln gegen den Anspruch auf spätere Gegenleistung (Rückzahlung). Kredite werden von Unternehmen, privaten Haushalten sowie öffentlichen Haushalten aufgenommen. Wichtigste Kreditgeber sind die Geschäftsbanken. Voraussetzung der Kreditgewährung ist der Abschluss eines Kreditvertrags.

Merke

Kredit ist die Überlassung von Geldmitteln gegen den Anspruch auf spätere Gegenleistung (Rückzahlung).

Im Folgenden erläutern wir Ihnen die wichtigsten Kreditarten für private. Zu ihnen gehören:

- persönlicher Kredit
- Dispositionskredit
- Realkredit

Persönlicher Kredit

Das typische persönliche Darlehen kommt in der Praxis als Kleinkredit, Konsumentenkredit oder Anschaffungsdarlehen vor. In allen Fällen handelt es sich um kurz- bis mittelfristige Darlehen, also Darlehen mit einer Laufzeit von drei Monaten bis zu vier Jahren. Die Kreditgewährung gründet sich auf die persönlichen Verhältnisse des Kreditnehmers bzw. der Kreditnehmerin. Der Kredit wird häufig nicht zweckgebunden, sondern für jegliche Art von Konsumverwendung erteilt. Er wird oftmals durch eine Lohn- oder Gehaltsabtretung gesichert, teilweise auch durch Bürgschaft und Sicherungsübereignung. Dabei wird eine bestimmte Kreditsumme mit einer bestimmten Laufzeit und entsprechenden Kreditkosten (z.B. Zinsen, Bearbeitungsgebühren) vereinbart.

Dispositionscredit

Der Dispositionscredit wird den privaten Haushalten auf dem laufenden Girokonto zur Verfügung gestellt. Sein Gegenstück auf der betrieblichen Seite ist der Kontokorrentkredit. Die Geschäftsbanken räumen ihren Bankkunden auf dem Girokonto eine bestimmte Kreditlinie ein, bis zu deren Grenze (Limit) das Girokonto überzogen werden kann. Deshalb wird der Dispositionscredit auch als Überziehungskredit bezeichnet.

Die Geschäftsbank setzt üblicherweise Überziehungsgrenzen nach institutseinheitlichen Merkmalen fest (z.B. das Dreifache des monatlichen Nettoeinkommens oder einen bestimmten €-Betrag).

Aus Sicht der Bankkunden dient der Dispositionscredit der Abwicklung von Geschäften des täglichen Bedarfs. Er wird üblicherweise durch Zahlungseingänge auf dem Girokonto zurückgezahlt und ggf. im nächsten Monat wieder in Anspruch genommen.

Realkredit

Realkredite sind zweckgebundene langfristige Darlehen gegen Grundpfandrechte. Mithilfe von Realkrediten werden beispielsweise Häuser oder Eigentumswohnungen finanziert. Kennzeichnend für den Realkredit ist die Bindung an ein Grundstück oder Gebäude, das nach bestimmten Richtlinien beliehen werden kann. Der meist sichere Wert dieses Objekts ist die entscheidende Grundlage für die Kreditgewährung. Der Realkredit wird in Form einer Hypothek oder eines Grundschuldlehens gewährt.

Merke

Hinsichtlich der Laufzeit kann in

- kurz- (Laufzeit bis zu einem Jahr),
- mittel- (Laufzeit bis zu vier Jahren) und
- langfristige Kredite (Laufzeit von mehr als fünf Jahren)

unterschieden werden.

Beim persönlichen Kredit stützt sich die Kreditgewährung auf die persönlichen Verhältnisse des Kreditnehmers bzw. der Kreditnehmerin. Der Kredit wird in aller Regel nicht zweckgebunden für die Finanzierung langlebiger Wirtschaftsgüter gewährt.

Der Dispositionskredit wird den privaten Haushalten auf dem laufenden Girokonto zur Verfügung gestellt. Sein Gegenstück auf der betrieblichen Seite ist der Kontokorrentkredit.

Der Realkredit ist ein langfristiges Darlehen, das durch Eintragung eines Grundpfandrechts gesichert ist und im Rahmen der jeweiligen Beleihungsgrenze gewährt wird. Der Realkredit wird in Form einer Hypothek oder eines Grundschuldlehens gewährt.

An Unternehmen werden unter anderem Investitionskredite (zur Finanzierung des Anlagevermögens) und Betriebsmittelkredite (zur Finanzierung des Umlaufvermögens sowie laufender Kosten, z.B. die bereits erwähnten Kontokorrentkredite) vergeben. Für die Unternehmen ist diese Form des

Fremdkapitals von erheblicher Bedeutung. Beispielsweise wurde im Jahr 2009 befürchtet, dass eine infolge der Finanzkrise zu restriktive Kreditvergabe der Banken die wirtschaftliche Belebung erschwert, da den Unternehmen die notwendigen Mittel für Investitionen fehlen könnten („Kreditklemme“).

7.3.3 Dienstleistungsgeschäfte

Neben den Einlagen- und Kreditgeschäften obliegen den Geschäftsbanken eine Reihe von Dienstleistungsgeschäften, deren wichtigste wir im Folgenden kurz beschreiben.

Zahlungsverkehr

Der zeitnahen, reibungslosen und kostengünstigen Abwicklung des Zahlungsverkehrs kommt in modernen, arbeitsteiligen Volkswirtschaften eine große Bedeutung zu. Grundlage jeder bargeldlosen Zahlung ist ein Bank- bzw. Girokonto sowohl auf der Seite der Zahlungspflichtigen wie auch auf der der Zahlungsempfänger (vgl. Punkt 8.4 dieses Lernbriefs). Auf diesem erfasst die Bank alle Zahlungseingänge und Abbuchungen und saldiert in regelmäßigen Abständen die Zinsen.

Wertpapier- und Geldanlagen-geschäfte

Im Wertpapiergeschäft (Effektengeschäft) helfen die Geschäftsbanken einerseits den Geldgebern bei der Anlage ihrer Gelder, andererseits den Geldnehmern (z.B. Bund, Länder und Kommunen, große Unternehmen) bei der Beschaffung von langfristigem Geldkapital. Wertpapiere werden an der Börse gehandelt, d.h., sie können nur an der Börse ge- oder verkauft

werden. Die Börse ist ein organisierter Markt für Wertpapiere, Devisen oder Waren. Sie ist eine öffentliche Einrichtung, die der Aufsicht des Staates unterliegt. Die Geschäftsbanken übernehmen bei der Erstausgabe (Emission) von Wertpapieren den Verkauf an die Kapitalanleger. Außerdem vermitteln die Geschäftsbanken den Kauf oder Verkauf von Wertpapieren, während der tatsächliche An- und Verkauf von Wertpapieren an der Börse erfolgt. Für ihr Tätigwerden verlangen die Geschäftsbanken eine Provision.

Depotgeschäft

Die sichere Aufbewahrung von Wertgegenständen ist die älteste Dienstleistung der Geschäftsbanken. Die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren wird als Depotgeschäft bezeichnet.

Sorten- und Devisengeschäft

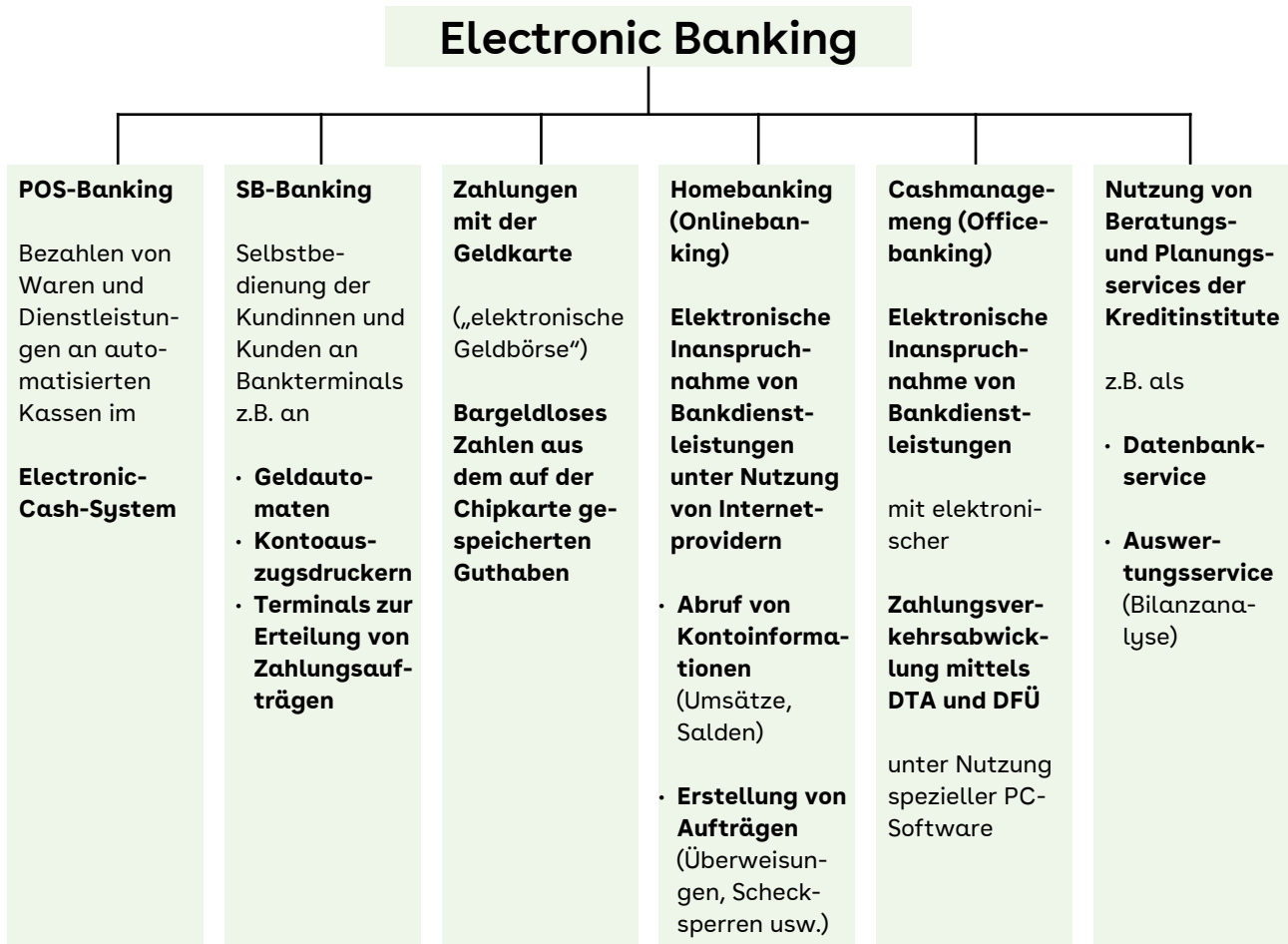
Ein weiteres Geschäft der Geschäftsbanken ist der An- und Verkauf ausländischer Währungen (Sorten oder Devisen). Sorten sind ausländische Münzen und Banknoten (z.B. Dollar, Rubel), also Bargeld in fremden Währungen. Mit dem Sortenhandel stellen die Geschäftsbanken ihren Kunden ausländisches Geld (z.B. für Urlaubsreisen) zur Verfügung. Die Geschäftsbanken verdienen durch die Spanne zwischen An- und Verkaufskurs. Devisen sind Buchgeld in fremder Währung. Der Devisenkurs, d.h. der Preis für ausländische Währungen, bildet sich an den Devisenmärkten nach Angebot und Nachfrage.

Kundenberatung

Die Geschäftsbanken beraten ihre Kundinnen und Kunden bei der Entscheidung über die Art und Weise der Kapitalanlage, über die Alterssicherung (z.B. Riester-Rente) sowie in Kreditfragen. Darüber hinaus beraten die meisten Kreditinstitute inzwischen ihre Kundinnen und Kunden auch in Bauspar-, Baufinanzierungs-, Lebensversicherungs- sowie Immobilienkauf- und -verkaufsfragen.

Electronic Banking

Inzwischen Standard im Bankgeschäft ist das Electronic Banking. Electronic Banking bedeutet, dass Privat- oder Firmenkunden auf elektronischem Weg mit einer Geschäftsbank in Geschäftsverbindung stehen. Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über das Electronic Banking:



Verwendete Abkürzungen: POS = Point of Sale (Verkaufsort), SB = Selbstbedienung, DTA = Datenträgeraustausch-Verfahren, DFÜ = Datenfernübertragung

Merke

Dienstleistungsgeschäfte der Geschäftsbanken sind:

- Abwicklung des Zahlungsverkehrs
- Wertpapier- und Geldanlagegeschäfte
- Depotgeschäfte
- Sorten- und Devisengeschäfte
- Kundenberatung
- Electronic Banking

7.4 Stabilität des Finanzsystems und Bankenregulierung

Die volkswirtschaftliche Bedeutung eines funktionierenden Bankensystems wurde im Zuge der Finanzmarktkrise der Jahre 2008/2009 offensichtlich. Der sogenannte Interbankenmarkt, also die überwiegend kurzfristige Kreditvergabe zwischen den Geschäftsbanken, kam infolge der Insolvenz der US-amerikanischen Bank Lehman Brothers und des damit einhergehenden Vertrauensverlustes nahezu zum Erliegen.

Zur Stabilisierung des Finanzsystems wurden nach der Finanzmarktkrise öffentliche Mittel in erheblichem Umfang aufgewendet. Deutschland stellte bis zu 480 Mrd. € über den zwischenzeitlich wieder geschlossenen Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) zur Verfügung. Die Verluste des SoFFin (bis Ende des Jahres 2018 rund 22 Mrd. €) werden vom Bundeshaushalt und damit letztlich vom Steuerzahler getragen.

Die seit dem Jahr 2008 neu geschaffenen Regelungen für den Finanzsektor sehen unter anderem das vorsorgliche Aufstellen von Sanierungsplänen, den Aufbau von Restrukturierungsfonds, die sich aus einer speziellen Bankenabgabe speisen, sowie die Möglichkeit zur Auslagerung von Wertpapieren mit hohen Ausfallrisiken („toxische Wertpapiere“) oder sogar ganzer Geschäftsbereiche in spezielle Abwicklungsgesellschaften („Bad Bank“) vor.

In Deutschland wurde zunächst die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) mit den entsprechenden Kompetenzen zur Reorganisation und Abwicklung von Banken in Schieflage ausgestattet. Im Jahr 2018 gingen diese Aufgaben auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) über. Auf der europäischen Ebene übernimmt diese Funktion das Single Resolution Board (SRB). Auch wurde auf der europäischen Ebene ein Restrukturierungsfonds geschaffen (Single Resolution Fund – SRF), der zu einer Vergemeinschaftung der Haftung für in Schieflage geratene Banken in Europa beiträgt. Allerdings sehen die europäischen Regelungen vor, dass zunächst die Eigentümer, Gläubiger und großen Einleger die Kosten von Restrukturierungen und Abwicklungen tragen sollen.

Generell bezeichnet man die Gefahr, dass der Zusammenbruch einer Bank zu erheblichen Problemen für das gesamte Bankensystem führen kann, als „systemisches Risiko“. Bei einem allgemeinen Vertrauensverlust in das Bankensystem besteht die Gefahr, dass viele Sparerinnen und Sparer versuchen werden, ihre Guthaben von den Banken abziehen. Da die Fristigkeit der von den Banken verliehenen Mittel (gewährte Kredite) meist länger ist als die Fristigkeit der Einlagen, wäre eine gleichzeitige Rückzahlung eines großen Teils der Einlagen nicht möglich. Um Finanzkrisen zu verhindern, ist eine funktionierende Bankenaufsicht und Bankenregulierung, die zu einer angemessenen Transparenz und Risikovorsorge der Banken führt, von enormer Bedeutung.

Als Reaktion auf die Probleme, die während der Finanzmarkt- und Schuldenkrise ab dem Jahr 2008 zutage getreten sind, wurden insbesondere die Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung der Banken verschärft. Davon wird eine geringere Anfälligkeit des Bankensystems bei Krisen erwartet.

In Deutschland unterliegen Banken der Aufsicht durch die BaFin, die sich diese Aufgabe mit der Deutschen Bundesbank teilt. Am 1. Januar 2011 hat die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority – EBA) ihre Arbeit aufgenommen. Die Aufgaben der EBA liegen primär in der Sicherstellung einheitlicher Standards der Bankenaufsicht in Europa. Im November 2014 übernahm die EZB die Aufsicht über rund 130 große und systemrelevante Banken in der EU.

7.5 Übungen zum Lernabschnitt 7

Übung 24

Nennen Sie die Bankengruppen des deutschen Geschäftsbankensystems.

Übung 25

Nennen Sie die Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit der Sparkassen und der genossenschaftlichen Banken.

Übung 26

Erläutern Sie, nach welchen Gesichtspunkten Einlagen bei den Geschäftsbanken unterschieden werden können.

Übung 27

Erläutern Sie, was Sicht-, Termin- und Spareinlagen bei Geschäftsbanken sind.

Übung 28

Beschreiben Sie, welche Vorteile Spareinlagen den Geschäftsbanken bieten.

Übung 29

Erläutern Sie die Vor- und Nachteile eines Sparkontos für Sparerinnen und Sparer und nennen Sie eine alternative Anlageform hierzu.

Übung 30

Nennen Sie, nach welchen Gesichtspunkten die AOK überschüssige Geldmittel (Betriebsmittelrücklage) anlegen darf, ohne Angabe von Rechtsvorschriften.

Übung 31

Erläutern Sie, was ein Realkredit ist und in welcher Form er gewährt wird.

Übung 32

Beschreiben Sie, was Aktiv- und Passivgeschäfte der Geschäftsbanken sind.

Übung 33

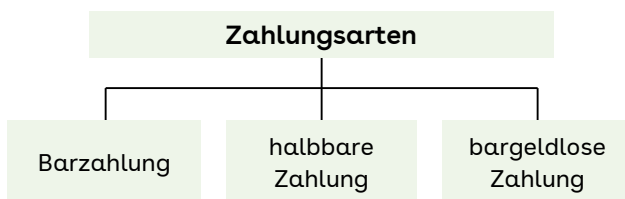
Erläutern Sie, welche Aufgaben die Geschäftsbanken im Rahmen ihrer Effektingeschäfte wahrnehmen.

Übung 34

Erläutern Sie, in welcher Form ausländische Währungen an- und verkauft werden können, was die jeweilige Form bezeichnet und worin der Verdienst der Geschäftsbanken dabei besteht.

8 Zahlungsverkehr

Zahlungen können mittels Bargeld (Münzen oder Banknoten) und durch Buchgeld geleistet werden. Entsprechend der Verwendung der genannten Geldarten unterscheidet man die Barzahlung, die halbbare und die bargeldlose Zahlung.



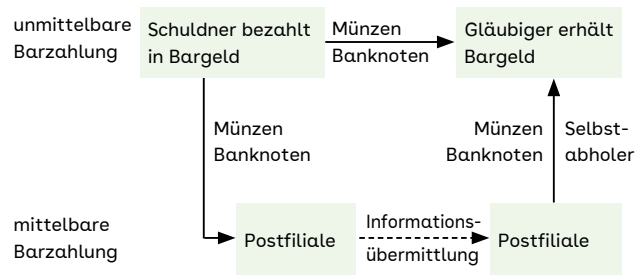
8.1 Barzahlung

Bei der Barzahlung wird zwischen der unmittelbaren und der mittelbaren Bargeldzahlung unterschieden. Bei der unmittelbaren Bargeldzahlung übergibt der Zahler (Schuldner) persönlich oder durch Boten Bargeld an den Zahlungsempfänger (Gläubiger). Ein typisches Beispiel für eine unmittelbare Bargeldzahlung liegt vor, wenn in einem Ladengeschäft Waren mit Bargeld bezahlt werden. Dabei dient der Kassenzettel oder -bon als Quittung der Zahlung. Die Quittung ist damit Beleg und Beweismittel.

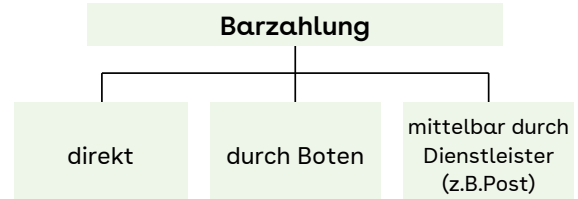
Bei der mittelbaren Barzahlung wird ein Dienstleister zur Vermittlung eingeschaltet. Beispielsweise kann Bargeld bei einer Bank- oder Postfiliale eingezahlt und zu einer anderen Bank- oder Postfiliale übermittelt werden. Diese Form der Geldanweisung ist auch grenzüberschreitend möglich. Der Empfänger kann sich das an ihn überwiesene Geld bei seiner Postfiliale unter Vorlage des Personalausweises abholen. Hierfür werden Gebühren erhoben.

Schematisch stellt sich die Barzahlung wie folgt dar:

Schematische Darstellung der Barzahlung



Merke



8.2 SEPA – Der einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum

Im Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA – Single Euro Payments Area) gelten in insgesamt 34 Staaten (die 27 EU-Mitgliedstaaten, die Schweiz, Großbritannien, Norwegen, Island, Liechtenstein, San Marino und Monaco) einheitliche Regeln für den halbbaren und den bargeldlosen Zahlungsverkehr. Die Grundidee von SEPA besteht darin, dass grenzüberschreitende Zahlungen innerhalb des SEPA-Raums einheitlich und ebenso einfach wie inländische Zahlungsvorgänge gehandhabt werden. Dies soll auch zu einer verkürzten Dauer grenzüberschreitender Überweisungen führen.

Die SEPA-Zahlungsmöglichkeiten sind zum Teil bereits seit dem Jahr 2008 im Einsatz. Der offizielle Umstellungstermin war der 01. 02. 2014. Private Personen konnten noch bis zum 01. 02. 2016 bestimmte Übergangsfristen nutzen.

Ein zentraler Bestandteil des SEPA-Systems ist die international standardisierte Bank- und Kontonummer IBAN (International Bank Account Number). Sie besteht aus bis zu 34 Stellen, von denen in Deutschland 22 Stellen genutzt werden. Die ersten beiden Stellen bilden das Länderkennzeichen (DE steht hierbei für Deutschland). Es folgen eine zweistellige Prüfkennziffer, die achtstellige Bankleitzahl sowie die Kontonummer, die bis zu zehn Stellen umfassen kann und bei weniger Stellen von hinten aufgefüllt wird.

Darüber hinaus war die auch als SWIFT-Code bezeichnete internationale Bankleitzahl (Bank Identifier Code – BIC) zumindest für eine Übergangszeit auch im SEPA-System bedeutsam. Sie besteht aus maximal elf Stellen. Die ersten vier Stellen können von der jeweiligen Bank frei gewählt werden (z.B. DEUT für die Deutsche Bank), die nächsten beiden Stellen sind eine Länderkennung (z.B. DE für Deutschland).

Es folgt eine zweistellige Orts- bzw. Regionsangabe sowie eine dreistellige Angabe, die z.B. für eine Filialbezeichnung genutzt werden, aber auch frei bleiben kann.

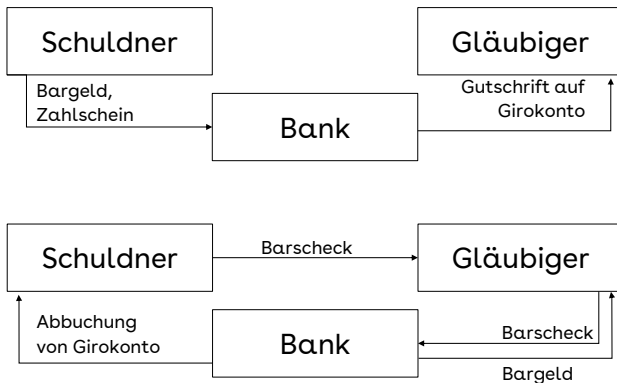
8.3 Halbbare Zahlung

Bei der halbbaren Zahlung muss entweder der Zahlungsempfänger (Gläubiger) oder der Zahlungspflichtige (Schuldner) über ein Girokonto verfügen. Sofern der Zahlungsempfänger über ein Girokonto bei einer Geschäftsbank verfügt, kann der Zahlungspflichtige mittels Zahlschein bezahlen. Bei Verwendung eines **Zahlscheins** zahlt der Zahlungspflichtige den Geldbetrag bei einer Geschäftsbank bar ein. Dem Zahlungsempfänger wird der entsprechende Betrag auf dem Girokonto gutgeschrieben.

Wenn der Zahler über ein Girokonto bei einer Geschäftsbank verfügt, kann auch mit einem **Barscheck** bezahlt werden. Er übergibt dem Zahlungsempfänger den Barscheck. Wenn der Empfänger den Barscheck bei dem Geldinstitut des Scheckausstellers einlöst, erhält er Bargeld, und das Girokonto des Zahlers wird in Höhe des Scheckbetrags belastet. Mehr zum Scheck erfahren Sie unter Pkt. 9 dieses Lernbriefs.

Bei der halbbaren Zahlung wird Bargeld in Buchgeld oder Buchgeld in Bargeld umgewandelt. Schematisch stellt sich die halbbare Zahlung wie folgt dar:

Schematische Darstellung der halbbaren Zahlung

**Merke**

Bei der halbbaren Zahlung muss entweder der Gläubiger oder der Schuldner über ein Girokonto verfügen.

Verfügt der Schuldner über ein Girokonto, so kann er dem Gläubiger einen Barscheck geben. Der Gläubiger erhält hierfür von der Bank Bargeld, das Konto des Schuldners wird von der Bank belastet.

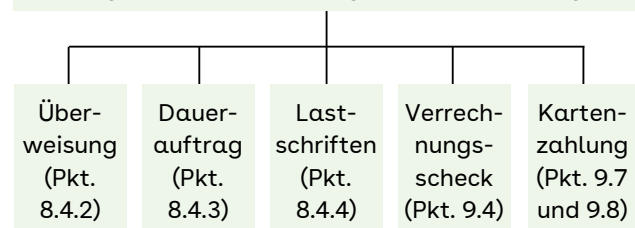
Verfügt der Gläubiger über ein Girokonto, so kann der Schuldner bei einer Bank mithilfe eines Zahlscheins Geld auf das Konto des Gläubigers einzahlen.

8.4 Bargeldlose Zahlung

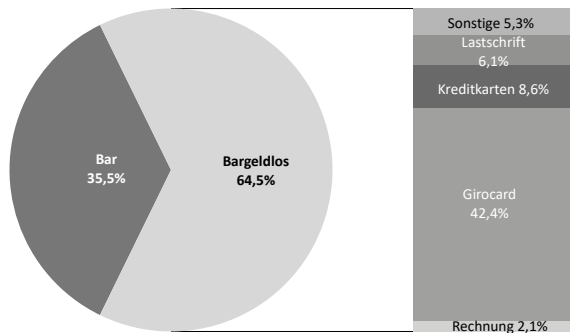
Die bargeldlose Zahlung setzt voraus, dass sowohl der Zahler (Schuldner) als auch der Zahlungsempfänger (Gläubiger) über ein Girokonto bei einem Kreditinstitut verfügen. Der bargeldlose Zahlungsverkehr erfolgt elektronisch oder mit für das gesamte Bankensystem einheitlichen (EDV-gerechten) Vordrucken.

Im deutschen Einzelhandel wurde im Jahr 2023 bereits rund 64,5 % des gesamten Zahlungsverkehrs bargeldlos abgewickelt – mit steigender Tendenz. Der nach wie vor hohe Anteil der Barzahlungen resultiert vor allem aus den Konsumgeschäften der privaten Haushalte (vgl. Schaubild auf der nächsten Seite).

Es gibt folgende Möglichkeiten der bargeldlosen Zahlung:

Möglichkeiten der bargeldlosen Zahlung

Zahlungsarten im stationären Einzelhandel 2023



Datenquelle: EHI Retail Institute.

Nach wie vor wird ein erheblicher Teil der Transaktionen in Deutschland mit Bargeld getätigt. Der stationäre Einzelhandel erwirtschaftet rund 35,5 % seines Umsatzes in Form von Bargeld. Dennoch ist ein Rückgang des Anteils der Bargeldtransaktionen zu beobachten. Mitte der 1990er Jahre lag der Bargeldanteil noch bei rund 80%. Im Zuge der Coronapandemie hat das kontaktlose Zahlen deutlich an Bedeutung gewonnen.

Generell wird Bargeld bevorzugt bei relativ geringen Transaktionsbeträgen eingesetzt, sodass der Bargeldanteil bezogen auf die Transaktionszahl höher ist als bei einer umsatzbezogenen Betrachtung.

Innerhalb des bargeldlosen Zahlungsverkehrs hat das Girocard-Verfahren (früher „EC-Cash“) in den vergangenen Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Girocard ist die im Jahr 2007 eingeführte Bezeichnung für Bezahlvorgänge im Handel und Abhebungen von Geldautomaten unter Nutzung der Persönlichen Geheimzahl PIN („Personal Identification Number“). Mehr zur Girocard erfahren Sie unter Pkt. 9.7.

Der bargeldlose Zahlungsverkehr bietet eine einfache, schnelle, sichere, bequeme und kostengünstige Zahlungsabwicklung. Die Wirtschaftssubjekte brauchen nur noch eine geringe Bargeldhaltung.

Gesamtwirtschaftlich bietet der bargeldlose Zahlungsverkehr folgende Vorteile:

- Sichteinlagen bilden die Grundlage der Buchgeldschöpfung der Geschäftsbanken. Je größer also der Anteil des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, desto größer die Möglichkeiten der Buchgeldschöpfung für die Geschäftsbanken (vgl. Punkt 3.3 dieses Lernbriefs).
- Die Geschäftsbanken können mit diesen Sichteinlagen Kredite für Investitionen der Unternehmen und Anschaffungen der privaten Haushalte vergeben.
- Der bargeldlose Zahlungsverkehr ist ein Massengeschäft, das die gesamtwirtschaftliche Arbeitsteilung fördert.
- Der bargeldlose Zahlungsverkehr kann schneller und sicherer abgewickelt werden als der Barzahlungsverkehr und macht das gesamte Wirtschaftsgeschehen somit flexibler.

Merke

Bedeutung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs

einzelwirtschaftlich

- sichere und bequeme Zahlungsabwicklung
- Vereinfachung des Zahlungsverkehrs
- Verringerung der Bargeldhaltung
- Beschleunigung des Zahlungsverkehrs

gesamtwirtschaftlich

- rationelle Durchführung des Massenzahlungsverkehrs und damit Förderung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsteilung
- produktive Verwendung der Guthaben auf den Girokonten für (Investitions-) Kredite
- Sichteinlagen bilden die Voraussetzungen für die Buchgeldschöpfung der Geschäftsbanken

Die rechtlichen Grundlagen für das Girokonto (auch Kontokorrentkonto genannt) finden sich in § 355 HGB.

Für die Ausführung von Zahlungsaufträgen berechnen die Geschäftsbanken häufig entsprechende Buchungsgebühren. Bei aus- und eingehenden Zahlungen wird ein Kontoauszug erstellt, der dem Bankkunden per Post zugesandt oder bei der Geschäftsbank zum Abholen bereitgelegt wird. Die meisten Banken sind inzwischen dazu übergegangen, Kontoauszugsdrucker in ihren Geschäftsstellen aufzustellen. Darüber hinaus ist es häufig möglich Kontoauszüge online abzurufen.

Guthaben auf Girokonten werden in aller Regel nicht oder nur sehr niedrig verzinst. Die Konditionen für Kontoauszüge, Buchungen und Ausführungen von Zahlungsaufträgen sind von Geschäftsbank zu Geschäftsbank recht unterschiedlich, jedoch innerhalb einer Bankengruppe (z.B. Sparkasse oder Kreditgenossenschaften) meist einheitlich geregelt. Girokonten werden in aller Regel vierteljährlich abgerechnet.

8.4.1 Girokonto

Voraussetzung zur Teilnahme am bargeldlosen Zahlungsverkehr ist ein Girokonto bei einer Geschäftsbank. Mit der Eröffnung eines Girokontos entsteht zwischen der Geschäftsbank und dem Bankkunden bzw. der Bankkundin ein Vertragsverhältnis, der Konto- oder Bankvertrag. Bei einem Girokonto wird die Geschäftsbank

- zur Eröffnung des Kontos,
- zur Belastung dieses Kontos entsprechend den Weisungen des Kunden,
- zur Gutschrift der für das Konto eingehenden Zahlungen

verpflichtet.

Dies dient der Bank

- zur Verbuchung und Abrechnung von Zinsen, Gebühren und Auslagen

und dem Kunden

- zur Kontrolle der von der Bank vorgenommenen Abrechnung.

Nach dem Abschluss erhält der Kunde

- den Tagesauszug einschließlich Abschlussposten sowie
- die Abrechnung über Zinsen, Gebühren und Spesen.

Heute verfügt nahezu jeder private Haushalt über ein Girokonto bei einer Geschäftsbank. Diese Entwicklung wurde dadurch begünstigt, dass Löhne und Gehälter überwiegend bargeldlos auf ein Girokonto gezahlt werden.

Seit Juni 2016 hat in Deutschland grundsätzlich jeder Verbraucher bzw. jede Verbraucherin einen Anspruch auf ein so genanntes Basiskonto. Dies gilt beispielsweise auch für Menschen ohne festen Wohnsitz, Asylsuchende sowie ausländische Staatsangehörige, die in Deutschland geduldet werden. Die Banken können festlegen, dass ein solches Konto nicht überzogen werden darf. Die Gebühren für das Basiskonto müssen angemessen sein, d.h., es ist nicht zulässig, dass Banken besonders hohe Gebühren festlegen, um Verbraucher von der Eröffnung eines Basiskontos abzuhalten.

Die jährlichen Kosten für ein Girokonto können sich auf deutlich über 100 € belaufen, wobei es sich lohnt, die Gebühren für Bankleistungen zu vergleichen. Es gibt zahlreiche Banken, die Girokonten gebührenfrei führen, wobei meist ein Mindestwert für die monatlichen Zahlungseingänge vorgegeben ist. Auch bieten fast alle Banken und Sparkassen die Möglichkeit, auf das Girokonto online zuzugreifen oder Selbstbedienungsterminals zu nutzen. Auch dadurch können die Kontoführungs- und Buchungsgebühren verringert werden.

Eine besondere Herausforderung für das Online-Banking ist die Sicherheit. Während bei formularbasierten Aufträgen die Autorisierung in der Regel durch eine Unterschrift erfolgt, sind für das Online-Banking andere Formen der Autorisierung erforderlich. Grundsätzlich muss seit Herbst 2019 bereits

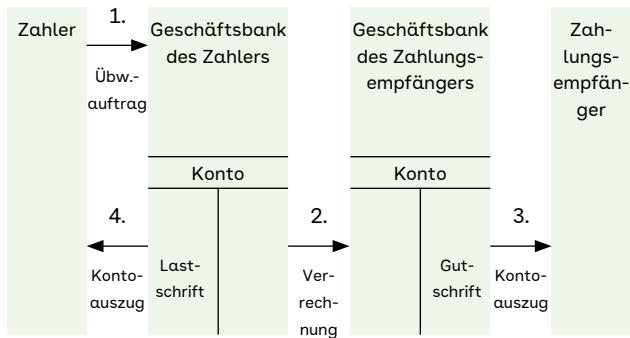
beim Einloggen eine Zwei-Faktoren-Authentifizierung erfolgen. Dabei müssen zwei der drei Faktoren Wissen (zum Beispiel eine persönliche Identifizierungsnummer – PIN), Besitz (z.B. ein Smartphone auf das eine Transaktionsnummer (TAN) per SMS gesendet wird) und Inhärenz (biometrische Merkmale, beispielsweise ein Fingerabdruck) geprüft werden.

8.4.2 Überweisung

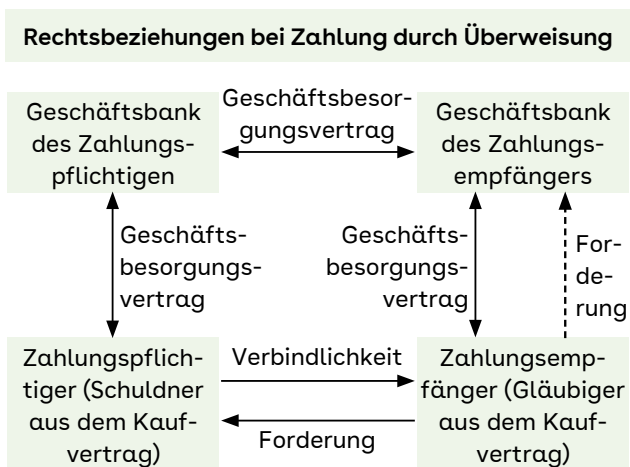
Durch eine Überweisung erteilt der bzw. die Zahlungspflichtige der Geschäftsbank den Auftrag, zulasten seines Girokontos einen bestimmten Geldbetrag dem Konto des Zahlungsempfängers gutzuschreiben. Rechtlich gesehen handelt es sich bei dem Überweisungsauftrag um einen sogenannten „Geschäftsbesorgungsvertrag“. Er verpflichtet die Bank das Geschäft der Geldüberweisung abzuwickeln. Der Kunde zahlt dafür die von der Bank erhobenen Überweisungsgebühren. Einige Banken führen Überweisungen auch unentgeltlich durch.

Für Überweisungen, die innerhalb des SEPA-Raums durchgeführt werden und die auf Euro lauten, stehen einheitliche Formulare zur Verfügung. Seit 01. 02. 2016 können auch private Haushalte Inlandsüberweisungen nur noch mit der IBAN veranlassen. Bei Auslandsüberweisungen muss jetzt die BIC zusätzlich zur IBAN nicht mehr angegeben werden. Für Überweisungen in anderen Währungen muss auch innerhalb des SEPA-Raums weiterhin das Verfahren der Auslandsüberweisung genutzt werden. Viele Banken bieten die Möglichkeit, Überweisungen direkt an einem Kundenterminal – und damit ohne Nutzung eines Überweisungsformulars – in Auftrag zu geben.

Schematisch lässt sich der Überweisungsvorgang wie folgt darstellen:



Dabei ergeben sich folgende Rechtsbeziehungen durch die Überweisung:



8.4.3 Dauerauftrag

Durch einen Dauerauftrag kann ein Bankkunde seine Geschäftsbank anweisen, bestimmte Zahlungen selbstständig, regelmäßig, in immer gleicher Höhe und an gleichbleibende Empfänger zu leisten. Für den Dauerauftrag gibt es besondere Formularvordrucke. Der Dauerauftrag ist in aller Regel für den Zahler gebührenpflichtig. Ein Rückruf oder eine Änderung eines Dauerauftrags muss in der Regel etwa zehn Tage vor dem Ausführungstermin bei der beauftragten Geschäftsbank vorliegen.

Auf dem Kontoauszug des Zahlers wird ausgewiesen, an wen der Betrag gezahlt wurde, während auf dem Kontoauszug des Empfängers ausgewiesen wird, wer die Zahlung für was (Verwendungszweck) geleistet hat.

Der Dauerauftrag

- ist eine bequeme Zahlungsform, weil der Auftrag nur einmal erteilt werden muss,
- verhindert, dass der Zahlungspflichtige eine Zahlung vergisst,
- kann vom Zahlungspflichtigen jederzeit widerrufen werden.

Der Dauerauftrag bietet freiwillig versicherten Mitgliedern der AOK z.B. die Möglichkeit, ihren monatlichen Krankenversicherungsbeitrag an die AOK zu zahlen, ohne jeweils die Zahlungstermine beachten zu müssen. Gegenüber der AOK (Zahlungsempfänger) haftet jedoch das freiwillige Mitglied (Zahler) für den rechtzeitigen Eingang der monatlichen Krankenversicherungsbeiträge. Die gleiche Möglichkeit haben auch die Firmenkunden.

8.4.4 Lastschriftverfahren

Das Lastschriftverfahren ermöglicht Geldbeträge in gleicher oder wechselnder Höhe zulasten des Girokontos des Zahlungspflichtigen einzuziehen. Dieses Verfahren eignet sich besonders für wiederkehrende Zahlungen, deren Beträge sich häufig oder stetig verändern, z.B. Strom-, Gas- und Wassergebühren, Telefonrechnung.

Im SEPA-Raum ist zwischen der SEPA-Basislastschrift und der SEPA-Firmenlastschrift zu unterscheiden.

8.4.4.1 SEPA-Basislastschrift

Die SEPA-Basislastschrift ist das einzige Lastschriftverfahren, das eine Belastung der Konten privater Verbraucher ermöglicht. Es kann aber auch für Zahlungsvorgänge zwischen Unternehmen eingesetzt werden. Als Grundlage für die Lastschrift erteilt der Zahlungspflichtige (Schuldner) dem Zahlungsempfänger (Gläubiger) ein SEPA-Mandat. Dieses Mandat enthält zum einen die Zustimmung zum Einzug der fälligen Forderungen, zum anderen die Anweisung an die Bank des Zahlungspflichtigen, die jeweiligen Belastungen einzulösen. Um Lastschriften einzuziehen zu können, benötigt der Zahlungsempfänger eine Gläubiger-Identifikationsnummer mit 18 Stellen, die in Deutschland von der Deutschen Bundesbank auf Antrag vergeben wird. Diese Gläubiger-Identifikationsnummer muss auf dem Lastschriftmandat angegeben sein. Das Lastschriftmandat muss auch die Angabe enthalten, ob es sich um eine einmalige oder um eine wiederkehrende Zahlungsverpflichtung handelt.

Der Text für ein wiederkehrendes Lastschriftmandat lautet beispielsweise wie folgt: „Ich ermächtige die ... GmbH, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der ... GmbH auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.“

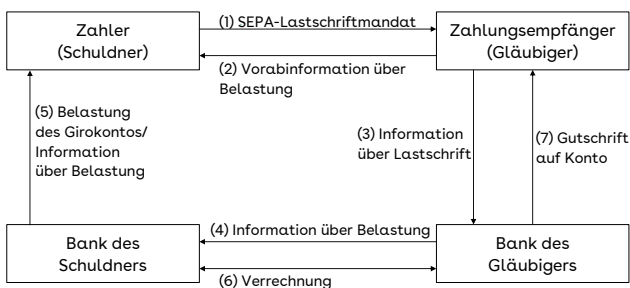
Der Zahlungsempfänger muss zudem eine Mandatsreferenz festlegen, die dem Zahlungspflichtigen entweder mit dem Lastschriftmandat oder zu einem späteren Zeitpunkt mitgeteilt wird. Dabei kann es sich beispielsweise um eine Kundennummer oder um eine Rechnungsnummer handeln. Auf dem Kontobeleg des Zahlungspflichtigen ist sowohl die Gläubiger-Identifikationsnummer als auch die Mandatsreferenz vermerkt, sodass eine eindeutige Zuordnung der Belastungen möglich ist.

Das SEPA-Basislastschriftverfahren enthält Regelungen, die im Interesse des Zahlungsempfängers geschaffen wurden:

- Die Lastschrift hat ein festes Fälligkeitsdatum, das dem Zahlungspflichtigen vorab mitgeteilt werden muss. Somit kann der Zahlungspflichtige für eine Deckung des bezogenen Kontos sorgen.
- SEPA-Basislastschriften können bis zu acht Wochen nach dem Belastungstag ohne Angabe von Gründen zurückgegeben werden. Fehlt das unterschriebene Mandat, verlängert sich diese Frist auf 13 Monate.

Die SEPA-Basislastschrift ähnelt dem früheren Einzugsermächtigungsverfahren. Im Zuge der Umstellung auf das SEPA-System wurden bestehende Einzugsermächtigungen in der Regel automatisch in SEPA-Basislastschriften konvertiert.

Schematische Darstellung der SEPA-Basislastschrift



Als besonderen Kundenservice bietet die AOK u.a. ihren freiwillig versicherten Mitgliedern (Selbstzahlern) und den Firmenkunden das SEPA-Basislastschriftverfahren an.

Dies hat für diese Kunden den Vorteil, dass die AOK die Überwachung der richtigen und rechtzeitigen Beitragsabführung für sie übernimmt. Bei Änderungen des Beitrags wird der Kunde hierüber informiert, muss aber nicht, wie beim Dauerauftrag, seiner Bank einen geänderten Auftrag erteilen. Die AOK bucht den entsprechenden Betrag vom Zeitpunkt der Änderung an automatisch ab.

Merke

Die SEPA-Basislastschrift ist ein Verfahren zum Einzug von einmaligen oder wiederkehrenden Zahlungen. Hierzu muss der Zahlungspflichtige sowohl dem Gläubiger als auch seiner Bank ein entsprechendes Mandat erteilen. Der Gläubiger muss dem Schuldner sowohl seine Gläubiger-Identifikationsnummer als auch eine Mandatsreferenz mitteilen.

8.4.4.2 SEPA-Firmenlastschrift

Die SEPA-Firmenlastschrift ist ausschließlich für Transaktionen zwischen Geschäftskunden vorgesehen. Die SEPA-Firmenlastschrift weist die folgenden Unterschiede zur SEPA-Basislastschrift auf:

- Vor der Belastung des Kontos des Schuldners muss dessen Bank das Mandat prüfen.
- Eine Rückgabe der Lastschrift nach der Belastung ist nicht möglich.

Die SEPA-Firmenlastschrift ähnelt dem früheren Abbuchungsauftrag.

8.5 Zahlungsverkehr zwischen den Geschäftsbanken

Geschäftsbanken, die im gesamten Bundesgebiet arbeiten, verfügen über ein eigenes Gironetz. Über dieses Gironetz sind die einzelnen Banken miteinander verbunden. Sie haben so die Möglichkeit, Geldüberträge von Girokonto zu Girokonto zu leiten und die entsprechenden Geldmittel im eigenen Girosystem zu behalten. Damit erhöht

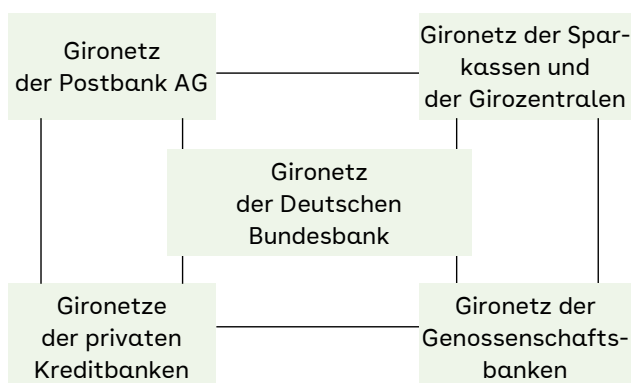
sich der gesamte Einlagenbestand, der wiederum die Basis für die Kreditgewährung der Geschäftsbank darstellt.

Grundlage für den Giro- und Scheckverkehr in Deutschland ist das Gironetz der Deutschen Bundesbank. Jede Geschäftsbank verfügt über ein Girokonto bei der Bundesbank. Für die Nutzung des Gironetzes der Deutschen Bundesbank gelten besondere Bestimmungen (z.B. Verwendung bestimmter Vordrucke).

Folgende Geschäftsbanken verfügen über ein eigenes Gironetz:

- der Sparkassensektor
- die Genossenschaftsbanken
- die privaten Kreditbanken und
- die Postbank AG

Gironetze in Deutschland



Sofern eine halbbare oder bargeldlose Zahlung über ein Gironetz hinausgeht, wird in aller Regel aus Kostengründen das Gironetz der Deutschen Bundesbank genutzt.

Im Sparkassensektor erfolgt die Verrechnung intern über die Landesbanken. Im Genossenschaftssektor bilden die genossenschaftlichen Zentralstellen als regionale Zentralinstitute sogenannte Ringhauptstellen. Die Verrechnung zwischen den Ringhauptstellen erfolgt im Allgemeinen direkt.

Auch die Postbank AG verrechnet den halbbaren und den bargeldlosen Zahlungsverkehr über ihr eigenes Gironetz.

Die Fristen für den Zahlungseingang bei Zahlungsaufträgen sind im BGB geregelt (§ 675s).

Zahlungsverkehr im Internet und elektronisches Geld

Der Internethandel erfreut sich wachsender Beliebtheit. Zumeist kommen auch im Internethandel die traditionellen Bezahlformen zum Einsatz, beispielsweise Lastschriften, Kreditkarten oder Überweisungen. Darüber hinaus wird in zunehmendem Maße „elektronisches Geld“ genutzt, das sich besonders für die Zahlung kleinerer Beträge eignet.

Elektronisches Geld ist eine Forderung gegen eine ausgebende Stelle, die auf einem Datenträger gespeichert ist. Das Guthaben kann entweder dezentral, z.B. auf einer Karte, oder auf einem zentralen Datenträger (Server) gespeichert sein.

Die GeldKarte ist eine Form des kartenbasierten elektronischen Geldes (vgl. Punkt 9.7 dieses Lernbriefs). Beim serverbasierten elektronischen Geld erfolgt der Zugang insbesondere über das Internet oder über Mobilfunk. In Deutschland bietet beispielsweise das Unternehmen PayPal an, serverbasierte Guthaben über das Internet zu transferieren.

Private Tauschmittel und ‚Bitcoins‘

Nehmen wir an, Sie wohnen in einem kleinen Dorf, in dem die Menschen sich oftmals wechselseitig helfen. Die Dorfbewohner wollen verhindern, dass Einzelne in dieser Gemeinschaft benachteiligt oder bevorzugt werden, indem sie mehr Leistungen für andere erbringen als sie selbst in Anspruch nehmen oder umgekehrt. Die Dorfgemeinschaft führen daher ein „Gutscheinsystem“ ein, der Name des Gutscheins sei „Dorfi“. Wenn Sie z.B. eine Stunde einem Nachbarn bei der Gartenarbeit helfen, gibt er Ihnen dafür einen „Dorfi“. Diesen können Sie z.B. an den Nachbarsjungen weitergeben, der eine Stunde lang Ihr Auto gewaschen hat oder auch bei der örtlichen Bäuerin gegen 5 kg Kartoffeln eintauschen. In diesem einfachen Beispiel haben die Dorfbewohner ein privates Tauschmittel geschaffen. Es gibt in Deutschland in manchen Städten und Regionen vergleichbare Systeme, die meist darauf abzielen, die regionale Wirtschaft zu fördern, da diese „Regionalwährungen“ zwar beim örtlichen Händler, nicht jedoch im Einkaufszentrum der nächstgelegenen Großstadt oder beim Versandhandel im Internet eingelöst werden können. Es handelt sich aber nicht um ein gesetzliches Zahlungsmittel.

Vergleichbare private Systeme haben sich mittlerweile auch im Internet etabliert und basieren meist auf der „Schaffung“ von Tauschmitteln mithilfe von Verschlüsselungssystemen (insbesondere Blockchains), daher auch der Name „Krypto-Währung“ (von Kryptografie – Verschlüsselung). Die bekannteste „Krypto-Währung“ ist der Bitcoin, der dezentral, aber unter Nutzung eines allgemein zugänglichen Schlüssels, geschaffen wird und der daher auch nicht in unbegrenzter Menge erzeugt werden kann. Letztlich basieren solche Systeme auf dem Vertrauen der Marktteilnehmerinnen und Marktteilnehmer, dass der Wert dieser Tauschmittel stabil ist und zudem genügend Tauschpartner gefunden werden können, die dieses Tauschmittel akzeptieren und ggf. auch gegen gesetzliche Zahlungsmittel umtauschen. Dennoch handelt es sich nicht um eine Währung im rechtlichen Sinn (Zentralbanken nutzen daher meist den Begriff „Krypto-Token“ statt „Krypto-Währung“). Allerdings befinden sich die Nutzer nicht im „rechtsfreien Raum“, ein in Bitcoin erzielttes Einkommen ist beispielsweise genauso steuerpflichtig wie ein in Euro erzielttes Einkommen.

Merke

Überweisungen, Daueraufträge und Lastschriften sind drei Möglichkeiten der bargeldlosen Zahlung.

Überweisungen sind für einmalige Transaktionen geeignet. Hier weist der bzw. die Zahlungspflichtige die Bank an, dem Konto des Zahlungsempfängers einen bestimmten Betrag gutzuschreiben. Daueraufträge sind regelmäßige Überweisungen, die bei gleichbleibenden Summen (z.B. Mieten) geeignet sind.

Bei einer SEPA-Lastschrift erteilt der Zahlungspflichtige ein Mandat, das den Gläubiger zum einmaligen oder wiederholten Einzug der Forderung berechtigt und gleichzeitig seine Bank anweist, die Forderung zu begleichen. Dabei kommt die SEPA-Firmenlastschrift ausschließlich im Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen zum Einsatz. Die SEPA-Basislastschrift ist das Verfahren zum Einzug von Forderungen bei privaten Haushalten, kann aber auch zwischen Unternehmen genutzt werden.

8.6 Übungen zum Lernabschnitt 8

Übung 35

Erläutern Sie den Unterschied zwischen unmittelbarer und mittelbarer Barzahlung.

Übung 36

Nennen Sie die Voraussetzung und die beiden Möglichkeiten für die halbbare Zahlung.

Übung 37

Erläutern Sie die Voraussetzungen und nennen Sie drei Möglichkeiten für die bargeldlose Zahlung.

Übung 38

Nennen Sie drei gesamtwirtschaftliche Vorteile, die der bargeldlose Zahlungsverkehr bietet.

Übung 39

Erläutern Sie anhand von Beispielen die Bedeutung des Dauerauftrags für die AOK.

Übung 40

Nennen Sie die zwei Verfahren der SEPA-Lastschrift und erläutern Sie die Unterschiede.

9 Schecks und Kartenzahlungen

Der Scheck ist die schriftliche Anweisung eines Kontoinhabers an seine Geschäftsbank, bei Vorlage (Sicht) einen bestimmten Geldbetrag zu zahlen.

Der Verrechnungsscheck ist neben der Überweisung, dem Dauerauftrag und der Lastschrift ein Instrument des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Von der SEPA-Umstellung sind Schecks (bislang) nicht betroffen.

Merke

Rechtlich gesehen ist der Scheck eine schriftliche unbedingte Anweisung an den Scheckbezogenen (Geschäftsbank), die in einer bestimmten Form ausgestellt ist und auf Zahlung einer bestimmten Geldsumme lautet.

9.1 Bestandteile des Schecks

9.1.1 Gesetzliche Bestandteile

Art. 1
ScheckG

Ein gültiger Scheck muss bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Es gibt einige Formerfordernisse, die im Scheckgesetz (ScheckG) – das die wichtigste Rechtsgrundlage für den Scheckverkehr darstellt – vorgeschrieben sind. Als Scheck wird eine Urkunde danach nur anerkannt, wenn sie die folgenden sechs Bestandteile enthält:

1. die Bezeichnung als „Scheck“ im Text der Urkunde (Scheckklausel),

Art. 9, Abs. 1
ScheckG

2. die unbedingte Anweisung, eine bestimmte Geldsumme zu zahlen; weicht der in Zahlen angegebene Scheckbetrag von dem in Buchstaben angegebenen ab, gilt der in Buchstaben angegebene Wert,

3. das bezogene Kreditinstitut, d.h. der Name der bezogenen Bank, die zahlen soll,

4. den Zahlungsort, d.h. der Ort, an dem der Scheck zahlbar ist,

5. Ort und Tag der Ausstellung des Schecks,

6. die Unterschrift des Ausstellers, wobei die eigenhändige Unterschrift des Girokontoinhabers bzw. der -inhaberin erforderlich ist (Identität von Aussteller und Kontoinhaber).

9.1.2 Kaufmännische Bestandteile

Neben diesen gesetzlichen Bestandteilen werden noch kaufmännische Bestandteile genannt, die jedoch auf die Rechtsgültigkeit des Schecks keinen Einfluss haben. Sie dienen der technischen Abwicklung des Scheckverkehrs. Das sind:

7. die Schecknummer, die der Kontrolle bei der Einlösung dient; sie erleichtert den Widerruf und die Sperrung von Schecks,

8. die Kontonummer des Girokontoinhabers; sie vereinfacht die buchhalterische Bearbeitung des Schecks insbesondere im Bankensystem,

9. die Bankleitzahl der bezogenen Geschäftsbank, die der Erleichterung des Scheckeinzugs dient und die Verrechnung im Bankensystem vereinfacht,

10. die Guthabeklausel, die den Scheckaussteller daran erinnern soll, keine Schecks ohne ausreichendes Guthaben auf seinem Girokonto auszustellen,

11. der Zahlungsempfänger kann eine dritte Person oder auch der Aussteller sein. Sofern diese Angabe fehlt, zahlt die bezogene Bank den Scheckbetrag an den jeweiligen Inhaber bzw. die Inhaberin des Schecks,

12. die Überbringerklausel, die die bezogene Bank berechtigt, trotz Angabe eines bzw. einer Berechtigten den Scheckbetrag an den jeweiligen Inhaber bzw. die Inhaberin des Schecks auszuzahlen.

Mit Ausnahme der eigenhändigen Unterschrift ist es ansonsten unerheblich, wie die aufgezählten gesetzlichen Bestandteile auf dem Scheck angebracht sind. Sie können von Hand oder mit der Schreibmaschine geschrieben oder in Block- oder Verkehrsschrift angebracht sein. Erforderlich ist jedoch, dass die Formerfordernisse gut leserlich sind.

Grundlage der außerscheckrechtlichen Beziehung zwischen dem Scheckaussteller und der bezogenen Geschäftsbank ist einmal der zwischen ihnen bestehende Girovertrag, zum anderen der Scheckvertrag. Jede Geschäftsbank behält sich nämlich vor, den Kreis der zum Scheckverkehr zugelassenen Kunden unter dem Gesichtspunkt der Zuverlässigkeit auszuwählen. Mit dem Scheckvertrag stellt die Geschäftsbank ihren Kunden diese besondere Dienstleistung im Rahmen des Zahlungsverkehrs zur Verfügung und sagt die Einlösung der von den Kunden ausgestellten Schecks unter bestimmten Voraussetzungen zu, zu denen vor allem die Verwendung der von der Geschäftsbank ausgegebenen Scheckvordrucke und ein ausreichendes Guthaben auf dem Girokonto gehören.

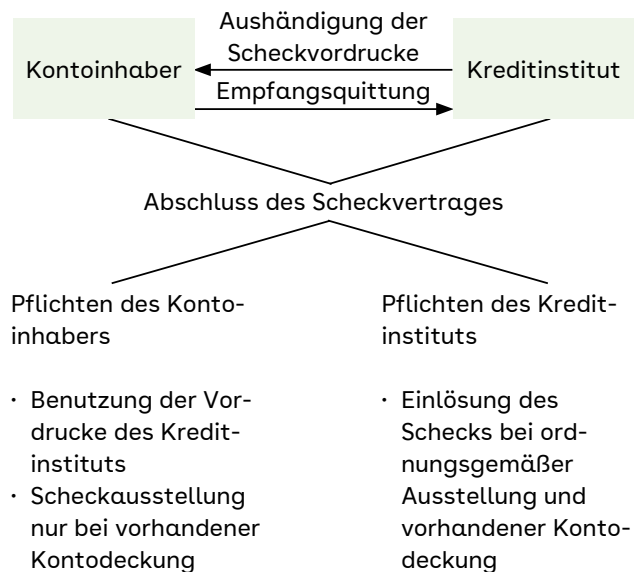
Merke

Ein Scheck enthält gesetzliche und kaufmännische Bestandteile.

9.2 Scheckvertrag

Der Scheckvertrag regelt die Beziehungen zwischen dem bezogenen Kreditinstitut und dem Scheckaussteller. Rechtlich betrachtet handelt es sich dabei um einen Geschäftsbesorgungsvertrag.

Das folgende Schaubild verdeutlicht noch einmal die Rechtsbeziehungen:



9.3 Scheckvordruck

Die typische Vordruckstrenge gilt sowohl für den Scheckverkehr als auch für den Giroverkehr der Geschäftsbanken, d.h. dass bei Zahlung mittels Scheck nur die von den Geschäftsbanken zugelassenen Vordrucke zu verwenden sind. Üblicherweise gilt der abgedruckte Vordruck:

Auf diesem Vordruck sind die meisten gesetzlichen Bestandteile vorgegeben, sodass nur noch

- der Scheckbetrag in Worten und Ziffern,
- der Scheckempfänger,
- der Ort und Tag der Ausstellung sowie
- die eigenhändige Unterschrift

einzutragen sind.

Die Codierzeile am Fuß des Vordrucks enthält Informationen, die die maschinelle Bearbeitung des Schecks im Bankensystem ermöglichen (z.B. Schecknummer, Kontonummer, Bankleitzahl der bezogenen Bank).

Durch die Verwendung des Vordrucks werden Fehlerquellen weitgehend ausgeschlossen und das Ausfüllen des Schecks erleichtert.

Sofern die Angabe des Zahlungsorts fehlt, ist der Scheck am Ort der Hauptniederlassung der bezogenen Bank zahlbar. Die Angabe eines falschen Ausstellungsdatums ist unschädlich, wenn es sich nicht um ein falsches Datum (z.B. 30. 02. oder 31. 04.) handelt. Ein Scheck, der ein solches falsches Ausstellungsdatum aufweist, ist ungültig.

Wird dagegen z.B. ein Scheck am 23. 06. 2025 mit Datum 27. 06. 2025 ausgestellt, so ist dieser bereits ab 23. 06. 2025 gültig.

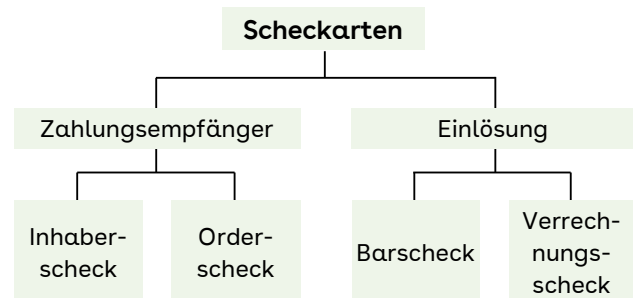
Allerdings gibt es bestimmte Vorlegungsfristen, innerhalb derer ein Scheck dem bezogenen Kreditinstitut zur Zahlung vorzulegen ist. Sind diese Fristen überschritten, besteht für das Kreditinstitut keine Verpflichtung zur Einlösung (vgl. Punkt 9.5 dieses Lernbriefs).

Art. 29
ScheckG

9.4 Arten des Schecks

Merkmale für die Unterscheidung von Schecks sind vor allem

- Zahlungsempfänger und Übertragbarkeit sowie
- die Art der Einlösung.



Inhaberscheck

Die größte praktische Bedeutung hat heute der Inhaberscheck. Der Inhaberscheck braucht überhaupt keine Angaben über den Empfänger zu enthalten. Er ist ein Scheck, dessen Scheckbetrag an den jeweiligen Inhaber ausgezahlt wird. Die Worte „an den Inhaber“ sind daher nicht erforderlich; auch dann nicht, wenn ein Scheckempfänger genannt ist und dabei zugleich der Zusatz „oder Überbringer“ angebracht ist.

Beispiel

Josef Müller stellt einen Inhaberscheck aus, auf dem vermerkt ist, dass der genannte Scheckbetrag an Maria Hinsel ausbezahlt ist. Wird nun der Vermerk „oder Überbringer“ nicht gestrichen, kann der Scheck auch von jeder anderen Person eingelöst werden. Wird der Vermerk „oder Überbringer“ gestrichen, kann nur noch Maria Hinsel den Scheck einlösen.

Solche Inhaberschecks werden wegen der in ihnen enthaltenen Überbringerklausel auch „Überbringerschecks“ genannt. Ein Unterschied zwischen Inhaber- und Überbringerschecks besteht daher praktisch nicht.

Die Besonderheit des Inhaberschecks besteht darin, dass der bloße Besitz den Inhaber berechtigt, die Rechte aus dem Scheck geltend zu machen. Das bedeutet praktisch, dass die bezogene Geschäftsbank an jeden, der ihr den Inhaberscheck zur Einlösung vorlegt, die Schecksumme auszahlen kann, auch wenn der Betreffende nicht auf dem Scheck namentlich genannt ist. Der Inhaberscheck ist formlos übertragbar und birgt damit ein großes Sicherheitsrisiko in sich, da er z.B. bei Verlust oder Diebstahl vom Finder oder Dieb eingelöst werden kann.

Orderscheck

Der Orderscheck ist ein Scheck, der von der bezogenen Geschäftsbank an eine bestimmte Person auszuzahlen ist. Er lautet auf einen bestimmten Zahlungsempfänger und wird deshalb auch Namensscheck genannt. Der im Scheck genannte Zahlungsempfänger kann den Orderscheck mittels Weitergabevermerk (Indossament) an eine andere Person weitergeben. Diese kann wiederum eine weitere Person als Berechtigten benennen usw.

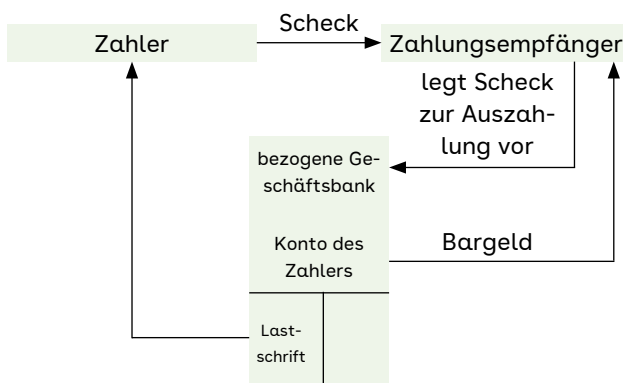
Aus Sicht der Geschäftsbank bedeutet der Orderscheck, dass sie nicht an jeden Vorleger mit befreiender Wirkung zahlen kann, sondern nur an denjenigen, der im Scheck als letzter Berechtigter angegeben ist.

Eine Sonderform des Orderschecks stellt der Rektascheck dar, in dem nur eine bestimmte Person als Berechtigter bezeichnet ist. Eine Übertragung des Rektaschecks an weitere Personen ist deshalb nicht möglich. Der Orderscheck bietet im Vergleich zum Inhaberscheck den Vorteil, dass er bei Verlust oder Diebstahl für eine nicht auf dem Scheck genannte Person wertlos ist. Er ist damit erheblich sicherer.

Barscheck

Beim Barscheck wird der Scheckbetrag von der bezogenen Geschäftsbank auf Wunsch bar ausgezahlt. Gegen Einreichung des quittierten Schecks, d.h. des auf der Rückseite unterzeichneten Schecks, zahlt die bezogene Geschäftsbank dem Vorleger den Scheckbetrag aus. Der Scheck wird in dem Moment eingelöst, in dem die bezogene Geschäftsbank gegen Aushändigung des auf der Rückseite quittierten Schecks den Scheckbetrag gezahlt hat. Diese Zahlungsart wen-

det die AOK in einzelnen besonders dringenden Fällen, z.B. bei der Krankengeldzahlung, an. Der Zahlungsvorgang beim Barscheck läuft wie folgt ab:



Für den Barscheck gilt: Wer Barschecks benutzt, läuft Gefahr, dass bei Verlust oder Diebstahl ein Unberechtigter den Scheck einlöst. Dieses Risiko des Ausstellers kann durch die Verwendung eines Verrechnungsschecks vermieden werden.

Verrechnungsscheck

Der Verrechnungsscheck ist ein Scheck, der von der bezogenen Geschäftsbank nur durch Verrechnung, also bargeldlos, eingelöst werden darf. Seine Eigenschaft als Verrechnungsscheck erhält ein Scheck durch den quer über die Vorderseite gesetzten Vermerk „Nur zur Verrechnung“. Diesen Vermerk kann sowohl der Aussteller als auch ein späterer Inhaber des Schecks anbringen.

Durch den Verrechnungsvermerk auf dem Scheck wird dieser für unberechtigte Dritte praktisch wertlos, da durch die bargeldlose Auszahlung immer nachvollzogen werden kann, wer das Geld erhalten hat. Aus diesem Grund sind bei der AOK eingehende Barschecks unverzüglich mit dem Ver-

merk „Nur zur Verrechnung“ zu versehen, also in einen Verrechnungsscheck umzuwandeln.

Der Zahlungsvorgang mittels Verrechnungsscheck läuft wie folgt ab:



Merke

Nach der Art der Übertragung der Scheckrechte können Order- oder Inhaberschecks unterschieden werden.

Nach der Art der Einlösung können Bar- und Verrechnungsschecks unterschieden werden.

9.5 Einlösung des Schecks

Ein Scheck ist stets bei Sicht, also bei Vorlage zahlbar. Sobald der Scheck der bezogenen Geschäftsbank vorgelegt wird, ist er einzulösen, wenn das Girokonto des Ausstellers ein entsprechendes Guthaben aufweist. Die Angabe einer Zahlungsfrist auf dem Scheck gilt als nicht geschrieben und ist somit unwirksam.

Art. 28
ScheckG

Beispiel

Paul Hinz hat bei Klara Kunz am 17. 05. eine Ware im Wert von 1.500 € bestellt. Da Klara Kunz diese am 21. 05. zu liefern verspricht, stellt Paul Hinz am 17. 05. einen Inhaberscheck an Klara Kunz mit dem Vermerk „zahlbar am 21. 05.“ aus.

Folge

Der Vermerk wird von der Bank nicht berücksichtigt. Würde Klara Kunz den Scheck bereits am 17. 05. seiner Bank übergeben, so würde sie diesen Betrag am gleichen Tag seinem Konto gutschreiben und das Konto von Paul Hinz belasten.

Das bedeutet, dass ein im Inland ausgestellter Scheck bis zu einer Frist von acht Tagen zur Einlösung vorgelegt werden muss. Die Frist beginnt mit dem Ausstellungstag des Schecks zu laufen. Wird der Scheck nach der genannten Frist zur Einlösung vorgelegt, kann die bezogene Bank die Einlösung des Schecks verweigern oder beim Aussteller nachfragen, ob der Scheck noch eingelöst werden soll.

Beispiel

Ausstellung des Schecks im Inland am 12. 07. Vorlage des Schecks am 21. 07.

Folge

Das den Scheck erhaltende Kreditinstitut wäre nicht mehr zur Einlösung verpflichtet.

Art. 29
ScheckG

Das Scheckgesetz sieht jedoch bestimmte Vorlegungsfristen vor, innerhalb derer ein Scheck dem bezogenen Kreditinstitut zur Zahlung vorzulegen ist. Sind diese Fristen überschritten, besteht für das Kreditinstitut keine Verpflichtung zur Einlösung mehr.

Die gesetzliche Vorlegungsfrist von Schecks beträgt

- 8 Tage, wenn der Ausstellungsort im Inland liegt,
- 20 Tage, wenn der Ausstellungsort im europäischen Ausland oder in einem an das Mittelmeer angrenzenden Staat liegt,
- 70 Tage in allen übrigen Fällen.

Bei der AOK eingehende Schecks sind am Tag des Eingangs (spätestens am folgenden Arbeitstag) der Geschäftsbank zur Gutschrift einzureichen.

§ 6 Abs. 1
SRVwV

Die typische Verwendung des Schecks besteht darin, dass der Aussteller den Scheck einem anderen übergibt, um damit einen bestimmten Geldbetrag (eine Schuld) zu bezahlen. Aufgrund seiner typischen Verwendung und der relativ kurzen Vorlegungsfrist ist der Scheck ein gut geeignetes Zahlungsmittel. Im Vergleich zum Bargeld ist er auch ein relativ sicheres Zahlungsmittel.

Merke

Ein Scheck ist bei Sicht (Vorlage) zahlbar. Dabei sind die gesetzlichen Vorlegungsfristen zu beachten. Werden diese Fristen überschritten, besteht für das Kreditinstitut keine Verpflichtung zur Einlösung mehr.

Sofern ein Bankkunde seine Schecks verlegt oder verliert, sollte er diese daher schnellstmöglich bei seiner Geschäftsbank sperren lassen, um sich vor größerem Schaden zu bewahren. Außerdem gilt: Der Schuldner, der seiner Zahlungsverpflichtung mit Scheck nachkommt, hat diese erst erfüllt, wenn der Scheck von der bezogenen Geschäftsbank eingelöst ist.

9.6 Scheckfälschung und Schecksperrung

Für die Einlösung eines gefälschten Schecks haftet die bezogene Geschäftsbank. Die Geschäftsbanken beschränken jedoch in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen ihre Haftung auf das Maß ihres nachgewiesenen Verschuldens. Sofern der Bankkunde die Fälschung eines Schecks durch Fahrlässigkeit verursacht (z.B. seine Scheckformulare nicht sorgfältig genug aufbewahrt), hat er den Schaden größtenteils selbst zu tragen.

Art. 32
ScheckG

Der Aussteller eines Schecks kann diesen auch sperren lassen. Der Auftrag zur Sperrung eines Schecks bedeutet rechtlich nichts anderes als den Widerruf des Schecks. Ein Widerruf (Sperrung) des Schecks wird erst nach Ablauf der Vorlegungsfrist wirksam. Die bezogene Geschäftsbank kann jedoch den Widerruf (die Sperrung) auch schon vor Ablauf der Vorlegungsfrist beachten. Die Sperrung eines Schecks ist natürlich nur so lange möglich, wie der Scheck noch nicht eingelöst ist. Mit dem Zeitpunkt der Einlösung erlischt jede Widerrufsmöglichkeit.

9.7 Bankkundenkarten

Als Nachfolgeprodukt für die frühere Euroscheck-Karte haben die Banken spezielle Kundenkarten eingeführt, die oft als ec-Karte bezeichnet werden, obwohl diese Bezeichnung offiziell nicht mehr verwendet wird. Es handelt sich um sogenannte Debit-Karten, die direkt an das Konto des jeweiligen Kontoinhabers gebunden sind und beim Einsatz unmittelbar zu einer Belastung des Kontos führen. Die folgende Abbildung zeigt Ihnen eine von einer Sparkasse ausgegebene S-Card als Beispiel für eine Bankkundenkarte.



Die Bankkundenkarten werden insbesondere für das Girocard-Verfahren (früher als electronic cash-Verfahren oder ec-Verfahren bezeichnet) verwendet. Bei diesem Verfahren wird von der Bank nach erfolgreicher Autorisierung, einschließlich einer Deckungs- und Gültigkeitsprüfung,

die Zahlung garantiert. Aus Sicherheitsgründen wird vom Karteninhaber meist die Identifikation mittels persönlicher Identifikationsnummer (PIN) verlangt.

Darüber hinaus können mit den Bankkundenkarten Abhebungen an Geldautomaten vorgenommen sowie an Selbstbedienungsterminals beispielsweise Daueraufträge eingerichtet oder Kontoauszüge ausgedruckt werden.

Zudem eignen sich Kundenkarten für das elektronische Lastschriftverfahren (ELV), bei dem auf der Grundlage der auf der Karte gespeicherten Daten eine Lastschrift ausgelöst wird. Seit 01. 02. 2016 ist auch für private Haushalte das elektronische Lastschriftverfahren in Form der SEPA-Lastschrift verpflichtend (vgl. Pkt. 8.4.4 dieses Lernbriefs). Im Unterschied zum Girocard-Verfahren ist hier nicht die Eingabe der PIN, sondern eine Unterschrift auf dem Lastschriftformular erforderlich. Eine Zahlungsgarantie gibt es bei diesem Verfahren nicht.

Beim grenzüberschreitenden Einsatz von Debitkarten kommt in der Regel das Maestro-Verfahren von MasterCard International zum Einsatz. Auf der beispielhaft abgebildeten S-Card können Sie das Maestro-Symbol erkennen. In Europa wird daneben das V Pay System verwendet, das mit dem Maestro-System konkurriert.

Bankkundenkarten als Multifunktionskarten

bargeldloses Bezahlen mittels Girocard
(mit Karte und PIN)

bargeldloses Bezahlen mittels SEPA-
Lastschrift (mit Karte und Unterschrift)

Bargeldabhebung an Geldautomaten
(mit Karte und PIN)

Überweisungen und Daueraufträge
an Service-Terminals (mit Karte und PIN)

Ausdruck von Kontoauszügen
(mit Karte)

9.8 Kreditkarten

Ein weiteres modernes Zahlungsmittel ist die Kreditkarte. Kreditkarten werden von Karteninstituten (insbesondere Banken, teilweise in Kooperation mit Automobilclubs, Fluggesellschaften usw.) ausgegeben. Die Kreditkarte ermöglicht die bargeldlose Zahlung bei Vertragsfirmen gegen Vorlage der Karte und Unterzeichnung des Rechnungsbelegs. Die Abrechnung erfolgt nachträglich durch Belastung des Karten- bzw. Girokontos des Karteninhabers. Darüber hinaus gibt es Kreditkarten, bei denen das Kartenkonto auf Guthabenbasis geführt wird. Mit Kreditkarten kann man auch an Geldautomaten Bargeld abheben. Die Zahl der Kreditkarten betrug in Deutschland im Jahr 2024 rund 35,3 Millionen.



9.8.1 Rechtsbeziehungen

Kreditkartengesellschaft und Karteninhaber

Zwischen dem Herausgeber der Kreditkarte und dem Karteninhaber wird durch einen Kreditkartenvertrag ein Dauerschuldverhältnis begründet. Darin verpflichtet sich der Kartenherausgeber, dafür Sorge zu tragen, dass der Kreditkarteninhaber von den Vertragsunternehmen (z.B. Einzelhändler oder Hotels) Leistungen erhält, ohne dafür in bar bezahlen zu müssen. Zudem verpflichtet sich der Kartenherausgeber, die Forderungen der Vertragsunternehmen gegen den Karteninhaber zu begleichen.

Der Karteninhaber verpflichtet sich, den Jahresbeitrag für die Kreditkarte an den Kartenherausgeber zu zahlen, den ihm eingeräumten Kreditrahmen zu beachten und auf seinem Bankkonto für ausreichend Deckung zu sorgen.

Kreditkartengesellschaft und Vertragsunternehmen

Zwischen der Kreditkartengesellschaft und dem jeweiligen Vertragsunternehmen wird durch Vertrag ebenfalls ein Dauerschuldverhältnis begründet. Es verpflichtet die Kreditkartengesellschaft, die Forderungen der Vertragsunternehmen anzukaufen, sofort zu bezahlen und das Risiko der Zahlungsunfähigkeit des Kontoinhabers zu tragen.

Die Vertragsunternehmen sind verpflichtet ihre Leistungen ohne Barzahlung des Karteninhabers, jedoch zu Barzahlungsbedingungen, zu erbringen und bestimmte Kontrollmaßnahmen bei Akzeptierung der Karte durchzuführen. Zudem müssen sie eine

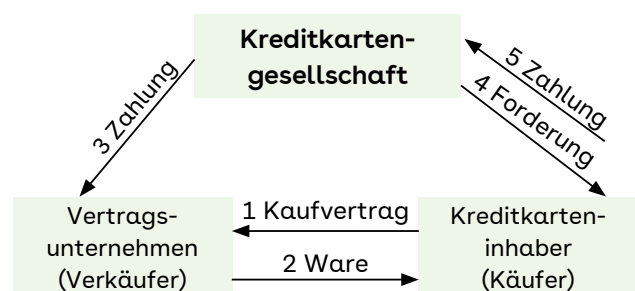
Servicegebühr an die Kreditkartengesellschaft zahlen.

Karteninhaber und Vertragsunternehmen

Grundlage der Rechtsbeziehungen zwischen Karteninhaber und Vertragsunternehmen ist der zwischen ihnen geschlossene Vertrag, z.B. ein Kauf- oder Mietvertrag.

Aufgrund des Vertrags zugunsten Dritter, der zwischen der Kreditkartengesellschaft und dem Vertragsunternehmen geschlossen wurde, hat der Kreditkarteninhaber einen Anspruch auf bargeldlosen Vertragsabschluss. Dieser bedingt, dass das Vertragsunternehmen beim Vertragsabschluss mit dem Karteninhaber die Kreditkarte zu akzeptieren hat.

Das Grundschemata für den Ablauf eines Kreditkartengeschäfts verdeutlicht das Schaubild noch einmal im Überblick:



9.8.2 Haftung

Bei Verlust der Kreditkarte haftet der Karteninhaber in der Regel nicht, wenn er eine sofortige Meldung des Verlustes an die Kreditkartengesellschaft vornimmt. Bemerkt er den Verlust nicht, ist der Haftungsbetrag in der Regel auf 50 € limitiert.

Unter der einheitlichen und kostenlosen Rufnummer 116116 können Verbraucherinnen und Verbraucher ihre Bankkunden- und Kreditkarten sperren lassen. Noch beteiligen sich aber nicht alle Privatbanken an dem System, Sie sollten sich daher bei Ihrer Bank erkundigen, welche Nummer für Sie gilt. Mit dabei sind Sparkassen und Landesbanken sowie die Volksbanken, Raiffeisenbanken; ihre Kundinnen und Kunden müssen sich für den Fall verloren gegangener oder gestohlener Karten nur noch diese eine Nummer merken.

9.8.3 Reiseschecks

Für den internationalen Reiseverkehr verkaufen einige Kreditkartengesellschaften Reiseschecks. Diese lauten über einen festen €-Betrag oder auf einen runden Betrag in ausländischer Währung (z.B. 100 US-Dollar). Vorteile haben diese Reiseschecks dadurch, dass sie dem Kunden bei Verlust – in der Regel innerhalb von 24 Stunden – erstattet werden und unbegrenzt gültig sind.

Merke

Eine weitere Form der bargeldlosen Zahlung ist mit Kreditkarten möglich. Beteiligte an diesem Verfahren sind der Kreditkarteninhaber, die Kreditkartengesellschaft und das Vertragsunternehmen.

9.9 Übungen zum Lernabschnitt 9

Übung 41

Zählen Sie Verwendungsmöglichkeiten des Barschecks auf und geben Sie an, welche Vor- und Nachteile den Bar- und den Verrechnungsscheck kennzeichnen.

Übung 42

Erläutern Sie, was unter einem Inhaber- und was unter einem Namensscheck zu verstehen ist.

Übung 43

Sachverhalt

Am 08.08.2025 geht bei der AOK ein Barscheck ein.

Aufgabe

Erläutern Sie, was von der AOK zu veranlassen ist, mit Angabe der Rechtsvorschriften.

Übung 44

Sachverhalt

Bei einem Einkaufsbummel haben Sie einen ausgefüllten und unterschriebenen Barscheck über 800 € verloren.

Aufgabe

Stellen Sie ohne Angabe von Rechtsvorschriften dar, was Sie unternehmen können, um sich vor Schaden zu bewahren.

10 Rechtsformen der Unternehmen

Übung 45

Einem Ihrer Freunde ist aufgefallen, dass er bei Kartenzahlungen im Supermarkt oder im Kaufhaus manchmal zur Eingabe seiner PIN und manchmal zum Unterschreiben eines Beleges aufgefordert wird. Erläutern Sie ihm den Unterschied zwischen den beiden Verfahren.

10.1 Rechtsformen des Privatrechts

In der Privatwirtschaft werden Betriebe von Unternehmerinnen und Unternehmern gegründet. Eine Betriebsgründung vollzieht sich in aller Regel in der Weise, dass der Unternehmer bzw. die Unternehmerin Kapital in Form von Sach- und/oder Geldkapital in den Betrieb einbringt und dieses Kapital zum Zweck der Produktion von Gütern/Dienstleistungen mit den Produktionsfaktoren Natur und Arbeit kombiniert. Jeder neu gegründete Betrieb muss angemeldet sein bei

- dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Betrieb seinen Sitz hat,
- dem Gewerbeamt der Stadt oder Gemeinde, in der der Betrieb ansässig ist. Das Gewerbeamt meldet die Betriebsgründung dem zuständigen Finanzamt,
- der zuständigen Berufsgenossenschaft als Träger der gesetzlichen Unfallversicherung,
- der Industrie- und Handelskammer bzw. Handwerkskammer, die als Körperschaft des öffentlichen Rechts die Interessen der Betriebe vertritt und insbesondere bei der Berufsausbildung mitwirkt.

In der Regel ist es ausreichend, sich beim Gewerbeamt anzumelden, das die anderen Behörden automatisch informiert.

Bei der Betriebsgründung kann nicht willkürlich eine bestimmte Rechtsform gewählt werden, sondern nur eine solche, die das entsprechende Recht in der Volkswirtschaft zulässt. Die Rechtsform, die ein Betrieb wählen kann, ist im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) oder im Handelsgesetzbuch (HGB) geregelt. Grundlegende rechtliche Regelungen für das Geschäftsleben finden sich im BGB. Im HGB sind die Rechtsbeziehungen der Kaufleute geregelt. Das HGB ist insofern ein Spezialgesetz (lex specialis), dessen Vorschriften denen des BGB vorgehen. Nur dann, wenn im HGB keine Regelung im Zusammenhang mit den Kaufleuten getroffen wurde, gelten die allgemeinen Vorschriften des BGB.

Durch die gewählte Rechtsform werden die Beziehungen innerhalb des Betriebes (z.B. zwischen den Eigentümern) und zu der gesellschaftlichen Umwelt (z.B. Kunden, anderen Betrieben und Gläubigern) bestimmt.

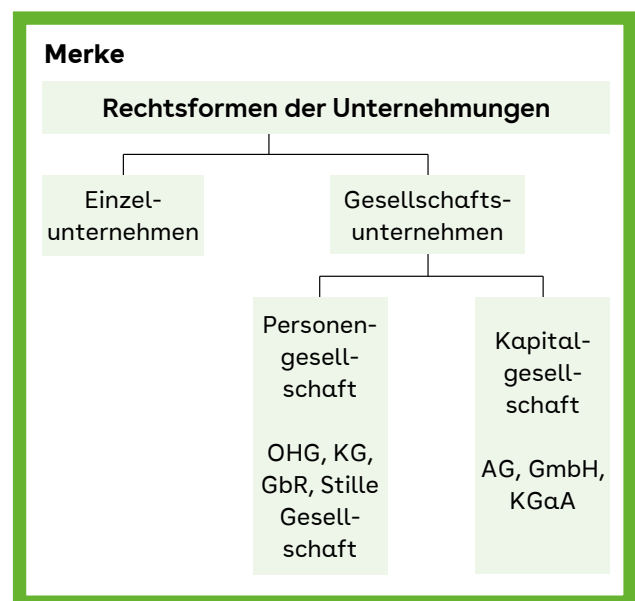
Die Rechtsform einer Unternehmung stellt somit ihre „rechtliche Verfassung“ dar, durch die sowohl die Rechtsbeziehung der Gesellschafter und der Mitglieder ihrer Organe als auch die Rechtsbeziehung der Unternehmung selbst zu Außenstehenden geregelt wird.

Nach der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland können Betriebe grundsätzlich als Einzel- oder Gesellschaftsunternehmungen gegründet werden, wobei bei den Gesellschaftsunternehmen zwischen Personen- und Kapitalgesellschaft unterschieden wird. Die einzelnen Unternehmensformen finden Sie unter den Pkten. 10.6, 10.7 und 10.8 dieses Lernbriefs. Unternehmen können auch als eingetragene Genossenschaften oder wirtschaft-

liche Vereine gegründet werden. Diese Rechtsformen werden in diesem Lernbrief nicht vertieft behandelt.

Der Grund für die eingeschränkte Vertragsfreiheit bei der Gründung von Unternehmen liegt im Schutze Dritter, insbesondere der Gläubiger, die in der Lage sein sollen, anhand der Unternehmensform folgende Fragen klären zu können:

- Wer haftet für das Unternehmen?
- Wer kann über die Vermögensgegenstände des Unternehmens verfügen?
- Wer kann das Unternehmen wirksam verpflichten?
- Wer kann verklagt werden?



Regelungen für die verschiedenen wählbaren Rechtsformen der Unternehmungen finden Sie im

- Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB),
- Handelsgesetzbuch (HGB),
- GmbH-Gesetz (GmbHG),
- Aktiengesetz (AktG).

10.2 Rechtsformen des öffentlichen Rechts

Hierbei handelt es sich um die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen, die nach öffentlichem Recht errichtet werden. Man bezeichnet sie auch als juristische Personen des öffentlichen Rechts.

Der Begriff „juristische Person“ ist ein gedankliches Konstrukt, dem die Rechtsordnung Rechtsfähigkeit zuschreibt. Sie können somit als selbstständige Träger von Rechten und Pflichten am Rechtsverkehr teilnehmen.

Körperschaften des öffentlichen Rechts

Körperschaften des öffentlichen Rechts sind mitgliedschaftlich organisierte Einrichtungen, die aufgrund der ihnen übertragenen öffentlichen Aufgaben hoheitliche Befugnisse haben. Sie werden in der Regel durch Gesetze errichtet und aufgelöst. Beispiele hierfür sind insbesondere die Gebietskörperschaften Bund, Länder, Gemeinden und Landkreise.

Dazu gehören auch die Personalkörperschaften, z.B. die Industrie- und Handelskammern, die Ärztekammern, Universitäten sowie die AOK.

§ 4 Abs. 1
SGB V

Die Krankenkassen, also auch die AOK, sind rechtsfähige Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung. Sie sind finanziell und organisatorisch unabhängig, stehen jedoch unter der Aufsicht des Staats. Näheres hierzu haben Sie bereits im Lernbrief zum Thema „Selbstverwaltung und Aufsicht“ erfahren.

Anstalten des öffentlichen Rechts

Öffentlich-rechtliche Anstalten zeichnen sich dadurch aus, dass sie keine Mitglieder, sondern Kunden oder Nutzer haben. Dazu zählen z.B. die Rundfunk- und Fernsehanstalten, staatliche Banken (z.B. die Landesbanken) und die kommunalen Sparkassen.

Stiftungen des öffentlichen Rechts

Öffentlich-rechtliche Stiftungen werden durch Gesetze errichtet und dienen einem öffentlich-rechtlichen Zweck. Eine Stiftung besteht aus einer zweckgebundenen Vermögensmasse, sie hat keine Mitglieder, sondern Nutznießer.

Merke

Rechtsformen des öffentlichen Rechts sind

- Körperschaften,
- Anstalten und
- Stiftungen.

Als juristische Personen des öffentlichen Rechts erfüllen sie staatliche Aufgaben und dienen öffentlich-rechtlichen Zwecken.

10.3 Kaufmannseigenschaften

Jede Unternehmung, so auch die Einzelunternehmung, wird von einem Kaufmann (so der Legalbegriff in § 1 HGB) betrieben.

	<p>Kaufmann nach dem HGB kann grundsätzlich nur sein, wer selbstständig ist und ein Gewerbe betreibt. Die kaufmännische Tätigkeit muss auf Dauer angelegt sein und mit der Absicht ausgeübt werden, einen Gewinn zu erzielen. Es werden folgende Kaufmannsbezeichnungen unterschieden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Istkaufmann 	
§ 1 HGB	<p>Kaufmann ist, wer ein Handelsgewerbe betreibt, das nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert. Diese Kaufmannseigenschaft entsteht mit Aufnahme der gewerblichen Tätigkeit. Istkaufleute sind gewerblich verpflichtet, sich ins Handelsregister eintragen zu lassen. Die Eintragung an sich hat jedoch nur deklaratorischen (rechtsbestätigenden) Charakter, da sie die Kaufmannseigenschaft ja bereits mit Aufnahme der Tätigkeit besitzen.</p>	
	<p>Kannkaufmann</p> <p>Kleingewerbetreibende, die keinen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb benötigen (also z.B. keine Lohnbuchhaltung) werden Privatpersonen gleichgestellt. Sie haben aber die Möglichkeit, durch Eintragung ins Handelsregister Kaufmann i.S.d. HGB zu werden, und zwar unabhängig davon, welcher gewerblichen Branche sie angehören. Die Eintragung ins Handelsregister ist hier konstitutiv (rechtsbegründend). Mit ihr wird das Kleingewerbe zum Handelsgewerbe und der Inhaber bzw. die Inhaberin erlangt die Kaufmannseigenschaft. Kleingewerbetreibende haben die Möglichkeit, sich durch Löschen der Eintragung im Handelsregister jederzeit wieder aus dem Kaufmannsstatus zurückzuziehen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Land- und forstwirtschaftlicher Kaufmann (Kannkaufmann) <p>Inhaberinnen bzw. Inhaber land- und forstwirtschaftlicher Unternehmungen und Nebengewerbe eines land- oder forstwirtschaftlichen Unternehmens, die nach Art und Umfang einen kaufmännischen Geschäftsbetrieb erfordern, sind Kannkaufleute, wenn sie sich im Handelsregister eintragen lassen. Die Kaufmannseigenschaft wird erst durch die Eintragung ins Handelsregister begründet. Zur Landwirtschaft gehören auch Obst-, Gemüse- und Weinanbau sowie die Erzeugung von Milch, Eiern und Fleisch, wenn hauptsächlich eigen hergestelltes Futter eingesetzt wird. Nebengewerbe ist ein Betrieb, der die Produkte des Hauptbetriebs verwertet (z.B. Zuckerfabrik, Molke- rei, Sägewerk).</p>	§ 2 HGB
	<p>Beispiel</p> <p>Der Inhaber eines Feinkostgeschäftes ist Kaufmann i.S. des § 1 HGB, während ein Arzt oder Jurist einen freien Beruf ausübt und somit kein Kaufmann ist.</p> <p>Folge</p> <p>Der Inhaber des Feinkostgeschäftes ist bereits mit Aufnahme des Geschäftsbetriebs Kaufmann nach dem HGB. Er hat sich dennoch im Handelsregister mit seiner Firma eintragen zu lassen.</p>	§ 3 HGB

- Formkaufmann

§ 6 HGB

Kapitalgesellschaften, Genossenschaften und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit sind Kaufleute kraft Rechtsform. Die Eintragung ins Handelsregister ist Pflicht. Die Rechtsform wird durch die Eintragung ins Handelsregister begründet und ist somit konstitutiv.

- Kaufmann kraft Eintrag

§ 5 HGB

Dieser Kaufmann betreibt weder ein Handelsgewerbe noch ein sonstiges Gewerbe im Sinne des HGB, wurde jedoch fälschlicherweise als Kaufmann ins Handelsregister eingetragen. In diesem Fall muss er sich von unwissenden Dritten wie ein Kaufmann behandeln lassen.

Merke

Das HGB unterscheidet zwischen Istkaufmann, Kannkaufmann, land- und forstwirtschaftlichem Kaufmann, Formkaufmann und Kaufmann kraft Eintrag.

Beispiel

Felix Filou ist Fliesenleger und Einzelunternehmer. Um Kunden zu werben nennt er seine Firma Filous Fliesen Discount.

Folge

Der Firmenname suggeriert dem Kunden, Fliesen bei Filou besonders günstig erwerben zu können. Als Einzelunternehmer erhält er aber nur geringe Rabatte, die er – vergleichbar einem Discounter – an die Kunden weitergeben könnte. Die Firmenbezeichnung ist deshalb unzulässig.

Bei Beachtung des § 18 HGB können alle Kaufleute zwischen einer Personenfirma, einer dem Unternehmensgegenstand entnommenen Sachfirma sowie einer Phantasiefirma wählen, z.B.

- Helga Müller OHG,
- Klein Eisen Im- und Export KG
- Ökologa GmbH

10.4 Die Firma als Handelsname des Kaufmanns

§ 17 HGB

Die Firma ist der Name des Kaufmanns unter dem er seine Geschäfte betreibt, seine Unterschrift abgibt und klagen oder verklagt werden kann.

§ 18 HGB

Die Firma wird im Wesentlichen durch die Rechtsform geprägt. Sie muss zur Kennzeichnung des Kaufmanns geeignet sein und Unterscheidungskraft besitzen.

Außerdem darf der Firmenname nicht etwas suggerieren, was durch die Unternehmung de facto nicht erfüllt wird.

Auch Mischformen zwischen Personen-, Sach- und Phantasiefirma sind möglich, z.B. Beton-Müller OHG oder Ökologa Gartenbau GmbH.

Einzelkaufleute müssen den Zusatz: „eingetragener Kaufmann“ bzw. „eingetragene Kauffrau“ oder eine Abkürzung dieser Bezeichnung verwenden, z.B. „e.Kfm.“, „e. Kfr.“ oder „e.K.“.

Offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften müssen diese Bezeichnung in die Firma aufnehmen, mindestens jedoch eine der gebräuchlichen Abkürzungen, also „OHG“ bzw. „KG“.

§ 19 HGB

Handelsgesellschaften, in denen der persönlich haftende Gesellschafter keine natürliche Person ist, müssen eine Bezeichnung enthalten, die die Haftungsbeschränkung kennzeichnet (z.B. GmbH & Co. KG).

Kapitalgesellschaften und Genossenschaften sind Formkaufleute, für die Spezialgesetze vorschreiben, welche gebräuchliche Abkürzung in der Firma enthalten sein muss, z.B. „AG“ für Aktiengesellschaft, „GmbH“ für Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder „e.G.“ für eingetragene Genossenschaft.

§ 37a,
§ 125a,
§ 177a HGB

Darüber hinaus sind alle Kaufleute verpflichtet, folgende handelsrechtliche Angaben auf ihren Geschäftsbriefen, Bestellscheinen und Rechnungen, die an einen bestimmten Empfänger gerichtet sind, zu machen:

- Firma
- Ort der Handelsniederlassung
- Registergericht
- Handelsregisternummer der Firma

Merke

Die Firma ist der Name des Kaufmanns unter dem er

- seine Geschäfte betreibt,
- seine Unterschrift abgibt und
- klagen oder verklagt werden kann.

Bei der Bezeichnung der Firma sind die Vorschriften des HGB zu beachten.

10.5 Handelsregister

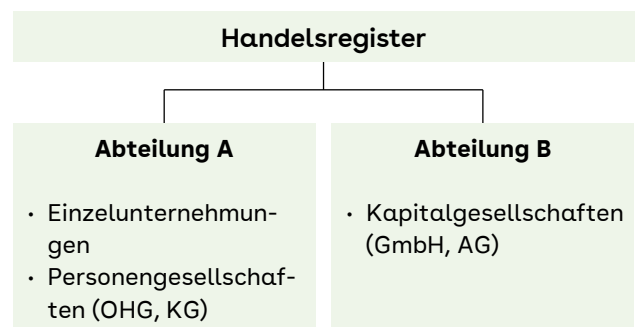
Das Handelsregister ist ein öffentliches Verzeichnis aller Kaufleute eines bestimmten Amtsgerichtsbezirks. Es wird vom Registergericht des jeweiligen Amtsgerichts geführt. Die gesetzlichen Grundlagen regeln die §§ 8 bis 16 HGB.

§§ 8 – 16
HGB

In das Handelsregister werden eingetragen:

- Firmenbezeichnung
- Name des Inhabers bzw. der Inhaberin
- Ort der Niederlassung
- Gegenstand des Unternehmens
- Rechtsverhältnisse
- Tag der Eintragung

Einzelunternehmungen und Personengesellschaften werden in Abteilung A und Kapitalgesellschaften in Abteilung B des Handelsregisters eingetragen.



Die Wirkung der Eintragung ins Handelsregister kann

- rechtsbezeugend (deklaratorisch) oder
- rechtsbegründend (konstitutiv) sein.

Die rechtsbezeugende Wirkung bedeutet, dass die Rechtswirkung der Eintragung bereits vor der Eintragung eingetreten ist. So ist der Istkaufmann zwar zur Eintragung ins Handelsregister verpflichtet; er ist aber bereits ohne Eintragung mit Aufnahme seines Gewerbebetriebs Kaufmann nach dem HGB.

Die rechtsbegründende Wirkung bedeutet, dass die Rechtswirkung erst durch die Eintragung in das Handelsregister eintritt. Der Kannkaufmann und der land- und forstwirtschaftliche Kaufmann werden erst durch die Eintragung in das Handelsregister Kaufmann. Kapitalgesellschaften entstehen grundsätzlich erst durch die Eintragung in das Handelsregister.

Die Einsicht in das Handelsregister soll den wirtschaftlichen Akteuren die Möglichkeit geben, sich über ihre (potenziellen) Geschäftspartner aus einer unabhängigen und verlässlichen Quelle zu informieren. Der Einsichtnehmende kann darauf vertrauen, dass die Eintragungen in das Handelsregister gültig und vollständig sind.

Um den am Wirtschaftsverkehr Beteiligten die Beschaffung von Informationen zu erleichtern, können die wichtigsten veröffentlichungspflichtigen Unternehmensdaten über das zentrale elektronische Unternehmensregister abgerufen werden. Das Unternehmensregister ist unter der Internet-Adresse www.unternehmensregister.de zu finden.



§ 9 HGB

§§ 8, 10 HGB

Das Handelsregister soll die Öffentlichkeit über wichtige Sachverhalte und Rechtsverhältnisse der Kaufleute informieren. Daher kann jeder in das Handelsregister und in die eingereichten Schriftstücke Einsicht nehmen und Abschriften verlangen. Eintragungen in das Handelsregister müssen vom jeweiligen Amtsgericht öffentlich bekannt gemacht werden. Seit dem 01. 01. 2007 sind die Handelsregister vollständig auf elektronischen Betrieb umgestellt. Die Einreichung von Unterlagen bei den Amtsgerichten erfolgt in elektronischer Form und die Eintragungen werden elektronisch bekannt gemacht.

Merke

Das Handelsregister ist ein öffentliches Verzeichnis aller Kaufleute eines bestimmten Amtsgerichtsbezirks. Es informiert die Öffentlichkeit über wichtige Sachverhalte und Rechtsverhältnisse.

10.6 Einzelunternehmen

Der Einzelunternehmer bzw. die -unternehmerin ist der alleinige Inhaber eines Unternehmens. Er haftet für die Schulden (Verbindlichkeiten) seines Betriebs allein und unbeschränkt, d.h. er haftet nicht nur mit seinem Betriebsvermögen, sondern auch mit seinem gesamten privaten Vermögen. Das Einzelunternehmen kann formlos gegründet werden. Die Eintragung des Einzelunternehmens ins Handelsregister ist abhängig von der Kaufmannseigenschaft des Einzelunternehmers.

Merkmale des Einzelunternehmens

Das Einzelunternehmen ist die geeignete Rechtsform für Unternehmerinnen und Unternehmer, die ihre eigenen Ideen und Ziele allein verwirklichen wollen. Einzelunternehmungen sind meistens kleine oder mittlere Betriebe mit klaren und überschaubaren Kapital- und Geschäftsverhältnissen.

Eine Einzelunternehmung ist dadurch charakterisiert, dass ein Kaufmann den Betrieb alleine (oder nur mit einem stillen Gesellschafter) betreibt.

Vorteile

- alleiniges Recht auf Gewinn
- klare und eindeutige Unternehmensführung
- schnelle Anpassung an Marktveränderungen
- keine Notwendigkeit zur Abstimmung mit Geschäftspartnern

Nachteile

- unbeschränkte Haftung mit Geschäfts- und Privatvermögen
- Kapitalbeschaffung ist begrenzt
- Kreditrahmen ist begrenzt
- Fachkompetenz ist auf die des Einzelunternehmers begrenzt (Gefahr von Fehlentscheidungen)

10.7 Personengesellschaften

Sie kennen nun die Vor- und Nachteile einer Einzelunternehmung. Gerade die wirtschaftlichen Nachteile einer solchen Unternehmensform bedingen in zunehmender Zahl die Gründung von Gesellschaften. Für die Gesellschaftsgründungen sprechen insbesondere:

- Das Risiko der Haftung verteilt sich auf mehrere Personen.

- Die Kapitalkraft kann durch Aufnahme von Gesellschaftern erweitert werden.
- Die Kreditbasis kann größer werden.
- Es kann eine Arbeitsgemeinschaft aus unterschiedlich qualifizierten Fachkräften gebildet werden.

Bei den Gesellschaftsunternehmen unterscheidet man zwischen Personen- und Kapitalgesellschaften.

Die Personengesellschaft beruht auf den Persönlichkeiten der einzelnen Gesellschafterinnen und Gesellschafter. Die Zugehörigkeit ist direkt auf die Person zugeschnitten und deshalb ohne Einwilligung der anderen Gesellschafter grundsätzlich nicht übertragbar und nicht vererblich. Persönliche Mitarbeit und persönliche Haftung für eventuelle Schulden spielen bei den Personengesellschaften eine wichtige Rolle. Die Geschäfte werden durch die Gesellschafter selbst geführt. Die Personengesellschaften selbst haben keine Rechtsfähigkeit, sind also keine juristischen Personen.

Die häufigsten und bekanntesten Typen von Personengesellschaften sind die Offene Handelsgesellschaft (OHG) und die Kommanditgesellschaft (KG). Seltener dagegen finden sich Gesellschaften des bürgerlichen Rechts (GbR). Auch die Stille Gesellschaft gehört zu den Personengesellschaften.

10.7.1 Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)

Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) ist die Grundform der Personengesellschaften. Sie ist eine vertragliche Vereinbarung (Gesellschaftsvertrag) von mindestens zwei Gesellschaftern (hierbei kann es sich auch um juristische Personen handeln, wenn mindestens eine natürliche Person

§ 705 BGB

beteiligt ist) zur Förderung eines von ihnen gemeinsam verfolgten Zwecks.

Gesellschaften des bürgerlichen Rechts kommen in vielen Formen vor, z.B. Sozietäten von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, Praxisgemeinschaften von Ärztinnen und Ärzten, Arbeitsgemeinschaften von Bauunternehmungen.

§ 709
Abs. 1 BGB

Die Führung der Geschäfte steht allen Gesellschaftern gemeinschaftlich zu. Jedes Geschäft bedarf der Zustimmung aller Gesellschafter. Allerdings kann durch Gesellschaftsvertrag die Geschäftsführung auf einen oder mehrere Gesellschafter übertragen werden. Soweit ein Gesellschafter nach dem Gesellschaftsvertrag zur Geschäftsführung befugt ist, hat er im Zweifelsfall auch die Ermächtigung, gegenüber Dritten die anderen Gesellschafter zu vertreten.

§ 710 BGB

§ 421 ff.
BGB

Die Haftung für Verbindlichkeiten einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts richtet sich nach den § 421 ff. BGB (gesamtschuldnerische Haftung). Danach kann ein Gläubiger die Leistung nach seinem Belieben von jedem der Schuldner ganz oder zu einem Teil fordern. Bis die gesamte Schuld beglichen ist, bleiben sämtliche Schuldner verpflichtet.

Seit dem Jahr 2024 kann sich eine GbR im neu geschaffenen Gesellschaftsregister eintragen lassen. Diese Eintragung ist grundsätzlich freiwillig, aber für bestimmte Rechtsgeschäfte erforderlich, beispielsweise den Erwerb von Grundstücken. Eine eingetragene GbR muss dies als Namenszusatz führen, eine Abkürzung (eGbR) ist zulässig.

Speziell für freiberuflich tätige Personen besteht zusätzlich die Möglichkeit eine Partnergesellschaft zu gründen.

An der Partnergesellschaft müssen mindestens zwei natürliche Personen als Gesellschafter beteiligt sein. Der Partnerschaftsvertrag muss schriftlich abgeschlossen werden. Der Name der Partnerschaft muss den Namen mindestens eines Partners, den Zusatz „und Partner“ oder „Partnerschaft“ sowie die Berufsbezeichnungen aller in der Partnerschaft vertretenen Berufe enthalten. Das „Gesetz über Partnerschaftsgesellschaften Angehöriger Freier Berufe“ (PartGG) bestimmt, dass die Partnerschaft in das Partnerschaftsregister einzutragen ist. Die Partnerinnen und Partner haften im Außenverhältnis grundsätzlich gesamtschuldnerisch. Nur für „Fehler in der Berufsausübung“ haften allein diejenigen, die Fehler begangen haben.

10.7.2 Offene Handelsgesellschaft (OHG)

Gründung

Eine Offene Handelsgesellschaft (OHG) liegt vor, wenn mindestens zwei Gesellschafter bzw. Gesellschafterinnen ein Handelsgewerbe unter einer gemeinsamen Firma betreiben und jeder Gesellschafter persönlich für die Schulden der Gesellschaft mit seinem Geschäfts- und Privatvermögen haftet. Sie haften den Gesellschaftsgläubigern gegenüber somit unbeschränkt. Die Rechtsgrundlagen einer OHG sind die §§ 105 bis 160 HGB.

Im Außenverhältnis, d.h. gegenüber Dritten, entsteht die OHG frühestens mit Aufnahme der Geschäfte und spätestens mit der Eintragung ins Handelsregister. Im Innenverhältnis entsteht die OHG zu dem im Vertrag bestimmten Termin.

§ 105 ff.
HGB,
§ 705 ff.
BGB

§ 123 HGB

Die OHG entsteht normalerweise durch einen zwischen den Gesellschafterinnen und/oder Gesellschaftern schriftlich abgeschlossenen Vertrag. Er enthält u.a. Bestimmungen darüber, in welcher Höhe die Gesellschafter ihre Einlagen leisten müssen, wer das Recht zur Geschäftsführung hat, wie hoch die möglichen Privatentnahmen sind und wie die Art der Gewinnverteilung geregelt ist.

Der Gesellschaftsvertrag regelt die Pflichten und Rechte der Gesellschafter untereinander. Für den Gesellschaftsvertrag ist keine Formvorschrift vorgesehen; er wird aber in der Regel schriftlich abgeschlossen.

Die Schriftform ist nur dann unbedingt erforderlich, wenn einer der Gesellschafter eine Immobilie in die Gesellschaft einbringt. Außerdem muss dieser Sachverhalt notariell beurkundet werden. Die im HGB fixierten Bedingungen werden nur dann angewendet, wenn im Gesellschaftsvertrag nichts anderes vereinbart wurde. Hier gelten insbesondere die § 105 ff. HGB bzw. § 705 ff. BGB.

Im Gesellschaftsvertrag kann bestimmt werden, dass z.B. die Geschäftsführungsbefugnis eingeschränkt oder aufgehoben wird. Oder es wird vereinbart, dass der Gewinn nach einem besonders fixierten Schlüssel aufgeteilt wird.

§§ 125 – 127
HGB

Das gilt normalerweise aber nur für das Innenverhältnis. Dritten gegenüber gelten die Regelungen des Handelsgesetzbuchs. Regelungen, die vom Handelsgesetzbuch abweichen, müssen im Handelsregister eingetragen werden.

Wie schon vorher erwähnt, ist die OHG eine Personengesellschaft. Dabei

steht bei der Beteiligung nicht das Kapital, sondern die Person als Gesellschafter im Vordergrund. Die Gesellschafter leiten die Gesellschaft grundsätzlich persönlich.

Trotzdem ist die Gesellschaft juristisch existent und damit auch rechtlich selbstständig. Sie ist zwar keine juristische Person wie z.B. die Kapitalgesellschaften, wird aber als juristische Person behandelt. Das bedeutet, dass auch die OHG als Gesellschaft klagen oder verklagt werden kann.

Rechte und Pflichten der Gesellschafter

Geschäftsführung

Jeder Gesellschafter bzw. jede Gesellschafterin der OHG hat die Pflicht, im Unternehmen mitzuarbeiten.

§§ 114, 115
HGB

Der Umfang der Geschäftsführung erstreckt sich auf alle Handlungen, die der gewöhnliche Betrieb des Handelsgewerbes mit sich bringt. Dazu gehören z.B. Ein- und Verkauf von Waren, Einstellungen und Entlassungen von Arbeitskräften, Durchführung des Zahlungsverkehrs.

§ 116 HGB

Andererseits ist jeder Gesellschafter auch zur Führung der Gesellschaftsgeschäfte berechtigt. Kein Gesellschafter kann also von der Geschäftsführung gegen seinen Willen ausgeschlossen werden.

Vertretung

Den Regelungen über die Geschäftsführung entsprechend kann grundsätzlich auch jeder Gesellschafter bzw. jede Gesellschafterin die Firma allein nach außen, also Dritten

§ 125 HGB

(Lieferanten, Kunden, Banken usw.) gegenüber vertreten, d.h. die Gesellschaft verpflichten und Rechte für sie erwerben. Die Vertretungsmacht der Gesellschafter erstreckt sich auf alle gerichtlichen und außergerichtlichen Geschäfte und Rechtshandlungen.

Der Gesellschaftsvertrag kann aber dieses Einzelvertretungsrecht beschränken und bestimmen, dass

- ein Gesellschafter nur gemeinsam mit einem anderen oder mit einem Prokuristen die Gesellschaft vertreten kann,
- nur alle Gesellschafter zusammen die Gesellschaft vertreten können.

Diese abweichenden Vereinbarungen müssen in das Handelsregister eingetragen sein. Die Vertretungsmacht einzelner Gesellschafter Dritten gegenüber noch weiter zu beschränken ist stets unwirksam.

Haftung

§§ 421 – 426
BGB

Zunächst haftet die OHG selbst für eventuelle Schulden mit ihrem Gesamtvermögen. Aber auch die Gesellschafter und/oder Gesellschafterinnen haften persönlich für die Schulden der Gesellschaft den Gläubigern gegenüber. Sie haften den Gesellschaftsgläubigern gegenüber

- unbeschränkt, d.h. die Haftung erstreckt sich auf das gesamte Geschäfts- und Privatvermögen der einzelnen Gesellschafter,
- unmittelbar, d.h. jeder Gesellschafter kann von den Gesellschaftsgläubigern unmittelbar in Anspruch genommen werden (z.B. kann ein Mahnbescheid direkt gegen einen Gesellschafter erlassen werden, ohne dass vorher versucht worden ist,

den Schuldbetrag von der OHG beizutreiben),

- solidarisch, d.h. „einer für alle und alle für einen“. Jeder einzelne Gesellschafter haftet zugleich für alle anderen für die gesamten Schulden der Gesellschaft. Ein Gesellschaftsgläubiger kann sich also den zahlungsfähigsten Gesellschafter herausuchen, um durch Zustellung eines Mahnbescheides oder auf dem Klageweg möglichst schnell zu seinem Geld zu kommen.

Diese Haftung kann nicht eingeschränkt oder ausgeschlossen werden. Die Gesellschafter können im Innenverhältnis, d.h. untereinander, eine abweichende Vereinbarung treffen. Im Außenverhältnis, d.h. gegenüber Dritten, wäre eine solche Vereinbarung aber unwirksam.

§ 128 HGB

Wer in eine bereits bestehende Gesellschaft als neuer Teilhaber eintritt, haftet mit den übrigen Gesellschaftern auch für die Schulden, die vor seinem Eintritt entstanden sind, und zwar selbst dann, wenn mit dem Eintritt des neuen Gesellschafters die Firma geändert wird. Scheidet ein Gesellschafter aus, haftet er grundsätzlich noch fünf Jahre für alle vor seinem Ausscheiden entstandenen Schulden. Dieselbe Haftung besteht bei der Auflösung der Gesellschaft.

§ 130 HGB

§ 160 HGB

§ 159 HGB

Informationsrecht

Da die Gesellschafter und/oder Gesellschafterinnen einer OHG die Pflicht zur Geschäftsführung haben und außerdem unmittelbar, unbeschränkt und solidarisch haften, haben sie auch das Recht, sich jederzeit und umfassend über die Geschäftslage zu informieren.

§ 118 HGB Ein Gesellschafter kann, auch wenn er von der Geschäftsführung ausgeschlossen ist, sich von den Angelegenheiten der Gesellschaft persönlich unterrichten, die Handelsbücher und die Papiere der Gesellschaft einsehen und sich aus ihnen eine Bilanz anfertigen.

Gewinn- und Verlustverteilung

§ 120 HGB Bis zum Jahr 2023 war die Gewinnverteilung im HGB (§121 alte Fassung) detailliert geregelt, wobei diese Regelung nur galt, wenn im Gesellschaftervertrag keine andere Regelung enthalten war. Inzwischen verweist das HGB (§ 120, Abs. 1) auf die Gewinnverteilung gemäß § 709 Abs. 3 BGB. Dort wiederum ist bestimmt, dass die Gewinnverteilung nach den vereinbarten Beteiligungsverhältnissen erfolgt. Sind keine Beteiligungsverhältnisse vereinbart, richtet sich die Gewinnverteilung nach dem vereinbarten Wert der Beiträge. Ist auch dies nicht vereinbart, erfolgt eine Pro-Kopf-Verteilung. Nach wie vor gilt, dass eine im Gesellschaftervertrag getroffene Regelung Vorrang vor der allgemeinen gesetzlichen Norm hat.

10.7.3 Kommanditgesellschaft (KG)

§§ 161, 162 HGB Die Kommanditgesellschaft (KG) ist eine Personengesellschaft mit Elementen einer Kapitalgesellschaft. Die KG ist wie die OHG eine Personengesellschaft, die unter gemeinschaftlicher Firma ein Handelsgewerbe betreibt. Sie unterscheidet sich von der OHG dadurch, dass sie zwei Arten von Gesellschaftern hat, Komplementäre und Kommanditisten. Komplementäre bzw. Komplementärinnen haften persönlich und unbeschränkt für die KG. Kommanditisten bzw. Kommanditistinnen haften hingegen lediglich mit ihren Einlagen.

In jeder KG müssen folglich mindestens ein Komplementär und ein Kommanditist vorhanden sein. Sämtliche Gründungsgesellschafter schließen den Gesellschaftsvertrag und haben die Gesellschaft gemeinsam zum Handelsregister anzumelden. Später hinzukommende Kommanditisten treten der Gesellschaft nur noch bei.

Die Gründung der KG erfolgt ähnlich wie bei der OHG. Für die Firma der KG bestehen keine Einschränkungen, die Firma muss lediglich den Zusatz „Kommanditgesellschaft“ oder „KG“ enthalten und darf nicht irreführend sein.

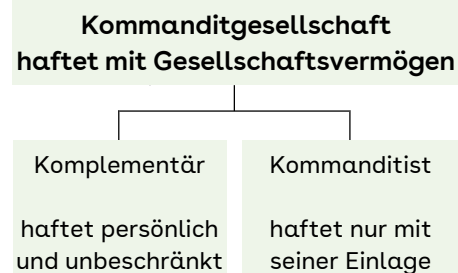
Ein Vorteil der KG gegenüber der OHG besteht in dem erleichterten Gesellschafterwechsel bei den Kommanditisten. Dieser erfolgt durch die Sonderrechtsnachfolge ohne Kündigung oder durch eine Änderung des Gesellschaftsvertrags. Wenn der Gesellschafterwechsel im Gesellschaftsvertrag ausgeschlossen ist, spricht man von einer geschlossenen KG.

§ 18, § 19 Abs. 1 Nr. 3 HGB

Beispiele

Klinikum Nord KG
Optiker Müller KG

Haftung in der KG



Rechte und Pflichten der Gesellschafter

§ 164 ff.
HGB

Für die Komplementäre einer KG gelten die gleichen Rechte und Pflichten wie für die Gesellschafter einer OHG.

Pflichten des Kommanditisten:

- Er ist zur Leistung einer Einlage verpflichtet. Die Einlage ist beim Handelsregister anzumelden.
- Er ist zur Beteiligung am Verlust der KG verpflichtet, entweder in einem angemessenen Verhältnis oder bis zur Höhe seiner Einlage.

Rechte des Kommanditisten:

§ 166 HGB

- Er hat Anspruch auf einen Gewinnanteil. Die Höhe des Anteils wird wie bei der OHG berechnet.
- Er kann bei außergewöhnlichen Geschäftshandlungen widersprechen.
- Er hat das Recht auf Information. Dieses geht in der KG jedoch nicht so weit wie bei der OHG. Der Kommanditist darf nur die Abschrift des Jahresabschlusses verlangen und dessen Richtigkeit unter Einsicht der Bücher und Unterlagen prüfen.
- Die Haftungspflicht des Kommanditisten ist eingeschränkt. Er haftet nur bis zur Höhe der Kapitaleinlage für die Verbindlichkeiten der Unternehmung.

Der Kommanditist ist nicht berechtigt, die Gesellschaft zu vertreten und hat keinen Anspruch auf die Geschäftsführung.

Aufgrund der Tatsache, dass der Kommanditist nur mit seiner Einlage haftet, nicht das Recht auf die Geschäftsführung hat und auch nicht die Gesellschaft nach außen vertreten darf, ist sein Kontrollrecht gegenüber den Vollhaftern entscheidend eingeschränkt.

Gewinnverteilung

Die Regelungen zur Gewinnverteilung entsprechen denen der OHG.

Verlustbeteiligung

Verluste der KG sind im angemessenen Verhältnis auf alle Gesellschafter zu verteilen. Im Gegensatz zum Komplementär (er haftet mit dem Geschäfts- und Privatvermögen) beschränkt sich die Haftung des Kommanditisten auf die Höhe seiner Einlage.

Das gilt auch für Schulden der Unternehmung, die bei seinem Eintritt in die KG bestanden.

Die Rechtsform der KG wird häufig dann gewählt, wenn Gesellschafter Kapital in eine Gesellschaft einbringen möchten, aber das Recht auf Geschäftsführung und die Haftungspflicht nicht wahrnehmen wollen bzw., wenn ein Einzelunternehmer Kapitalgeber zur Vergrößerung seines Unternehmens sucht, diese aber nicht an der Geschäftsführung und Vertretung der Unternehmung beteiligen möchte.

Stille Gesellschaft

Wenn sich ein Gesellschafter an dem Handelsgewerbe eines anderen mit einer Vermögenseinlage beteiligt, jedoch keine Aufgaben im Rahmen der Geschäftsführung übernimmt, so handelt es sich um eine Stille Gesellschaft.

Der stille Gesellschafter bzw. die stille Gesellschafterin ist angemessen am Gewinn zu beteiligen. Im Verlustfall haftet er bzw. sie nur bis zur Höhe der Einlage. Der stille Gesellschafter ist berechtigt, den Jahresabschluss einzusehen und zu prüfen. Die Spezialregelungen zur Stillen Gesellschaft finden sich in §§ 230 – 236 HGB.

10.8 Kapitalgesellschaften

Bei Kapitalgesellschaften steht im Gegensatz zu den Personengesellschaften nicht die Person, sondern die kapitalmäßige Beteiligung der Gesellschafter im Vordergrund. Eine persönliche Mitarbeit der Gesellschafterinnen und/oder Gesellschafter ist nicht erforderlich. Die Anteile an einer Kapitalgesellschaft sind in der Regel übertragbar, ohne dass das Gesamtkapital der Gesellschaft beeinflusst wird.

10.8.1 Aktiengesellschaft (AG)

Die Aktiengesellschaft ist eine Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit und ohne Rücksicht auf den Unternehmensgegenstand Formkaufmann. Sie ist rechtlich eine Körperschaft des Privatrechts und damit juristische Person. Die AG kann Verträge abschließen, klagen und verklagt werden. Bei der Aktiengesellschaft haften nicht die Gesellschafter (die Aktionärinnen und Aktionäre), sondern die Aktiengesellschaft haftet als juristische Person mit ihrem Vermögen.

Gründung

§ 2 AktG

Rechtsgrundlagen für die Aktiengesellschaft sind das Aktiengesetz (AktG) und die Satzung (Gesellschaftsvertrag), die bei Gründung der Aktiengesellschaft aufzustellen ist. Die Satzung der AG muss notariell beurkundet werden und bestimmte Mindestinhalte vorsehen. Die Gründung einer Aktiengesellschaft ist durch eine Person, welche die Aktien der AG gegen Einlagen übernimmt, möglich. Damit fließt der AG bei der Gründung das erforderliche Kapital zu. Das Eigenkapital der Aktiengesellschaft heißt Grundkapital. Das Grundkapital ist der Kapitalbetrag, der durch den/

§§ 6, 7 AktG

die Gesellschafter (Aktionäre) bei Gründung der AG mindestens aufzubringen ist. Dieses Grundkapital muss mindestens 50.000 € betragen. Es hat für die Gläubiger der AG eine Garantiefunktion; ihnen soll in Höhe des Grundkapitals ein Mindesthaftungsstock zustehen. Das Grundkapital ist nicht identisch mit dem Gesellschaftsvermögen, mit welchem die AG für ihre Verpflichtungen haftet.

Das Grundkapital der AG ist in Aktien zerlegt. Die Aktie begründet das Anteilsrecht an einer AG. Für den Aktionär repräsentiert die Aktie die Mitgliedschaft in der Gesellschaft. Den auf einer Aktie aufgedruckten Kapitalbetrag bezeichnet man als Aktiennennbetrag. Der Mindestnennbetrag für eine Aktie beträgt 1 €. Die Aktien dürfen bei Gründung nicht unter dem Nennwert (unter pari) ausgegeben werden.

§§ 8, 9 AktG

Die Stückelung des Grundkapitals der AG in Aktien erschließt dieser Rechtsform günstige Möglichkeiten der Eigenkapitalbeschaffung. Durch die Teilnahme einer nicht begrenzten Zahl von Gesellschaftern mit relativ kleinen Anteilen besteht die Möglichkeit, einen sehr hohen Kapitalbetrag sammeln zu können.

Die Aktiengesellschaft entsteht erst durch die Eintragung ins Handelsregister, d.h. die Eintragung ins Handelsregister hat rechtsbegründenden Charakter.

Die Firma der AG soll eine Sachfirma sein (auch ein Phantasienamen ist zulässig) und muss den Zusatz AG enthalten (z.B. Volkswagen AG). Bei Umgründungen können jedoch Traditionsnamen beibehalten werden (z.B. Siemens AG).

Aktiengesellschaften sind in der Regel sehr große Unternehmungen. In Deutschland zählen sie zu den größten Unternehmungen der Volkswirtschaft. So ist es auch nicht verwunderlich, dass sie trotz ihrer relativ kleinen Anzahl sehr viele Personen beschäftigen und auf sie ein wesentlicher Teil des Gesamtumsatzes der Wirtschaft entfällt.

Organe der AG und ihre Aufgaben

Die Aktiengesellschaft handelt durch Organe, die nach dem Aktiengesetz zwingend vorgeschrieben sind. Diese Organe sind

- der Vorstand,
- der Aufsichtsrat und
- die Hauptversammlung.

Die Organe der AG handeln wiederum durch natürliche Personen. Die AG ist für den Schaden verantwortlich, den z.B. der Vorstand oder ein Mitglied des Vorstands bei der Ausführung seiner Verpflichtungen für die AG begeht. Die Zusammensetzung und die Aufgaben der Organe einer AG sind im Aktiengesetz zwingend geregelt.

Vorstand

§ 76 ff. AktG

Der Vorstand ist das geschäftsführende Organ der AG. Er wird vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt; eine Wiederbestellung ist zulässig. Mitglieder im Vorstand können nur natürliche, unbeschränkt geschäftsfähige Personen sein, die jedoch nicht Aktionäre der Gesellschaft sein müssen. Es kann eine beliebige Zahl von Mitgliedern des Vorstands bestellt werden. Die Mitglieder des Vorstands sind in aller Regel angestellte Unternehmensleiter und für ein bestimmtes Aufgabengebiet der Aktiengesellschaft zuständig. Sie er-

halten üblicherweise ein festes Gehalt und eine Beteiligung am Jahresgewinn (Tantieme).

Der Vorstand einer AG leitet die AG in eigener Verantwortung. Die Geschäftsführung umfasst den gesamten Geschäftsbereich der AG (Innenverhältnis). Mit Vertretung ist das Außenverhältnis der AG gemeint. Der Vorstand vertritt die AG gerichtlich und außergerichtlich. Im Rahmen der Geschäftsführung hat der Vorstand dem Aufsichtsrat regelmäßig Bericht zu erstatten über

- die beabsichtigte Geschäftspolitik,
- die Rentabilität,
- den Umsatz und
- die Zahlungsfähigkeit (Liquidität) der AG.

Der Vorstand hat den Jahresabschluss der AG (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Geschäftsbericht) aufzustellen und dem Aufsichtsrat vorzulegen. Außerdem hat er dem Aufsichtsrat einen Vorschlag zu unterbreiten, wie ein möglicher Gewinn verwendet werden soll.

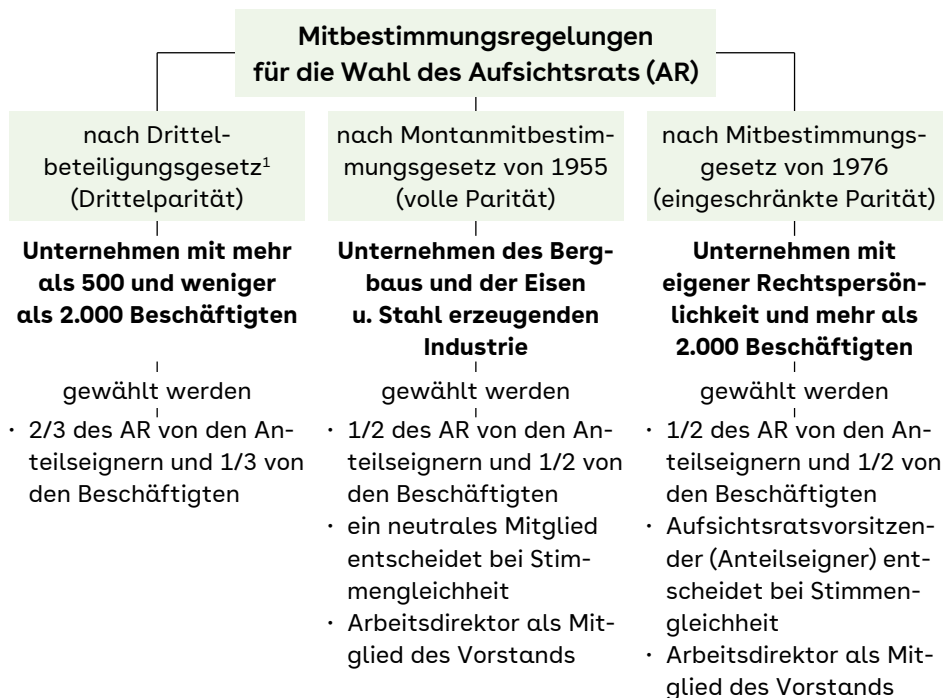
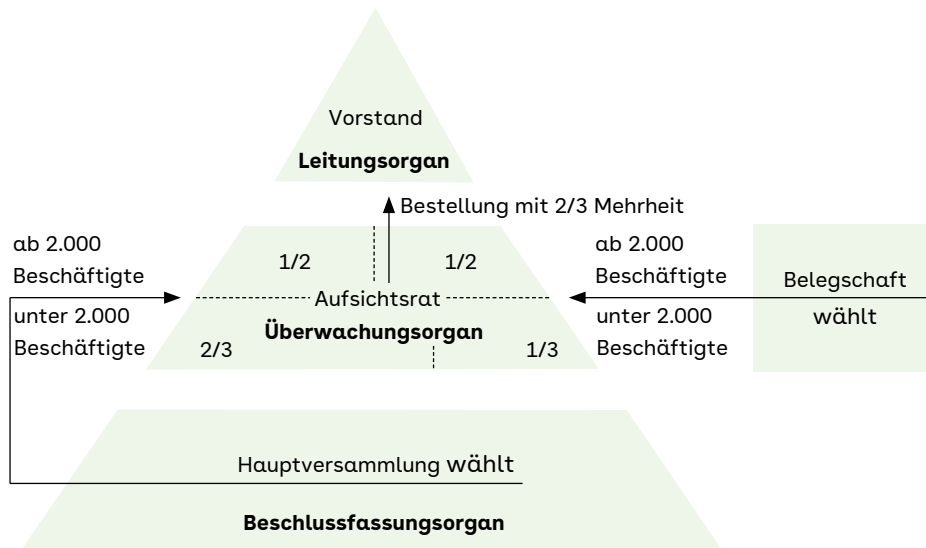
Der Vorstand hat mindestens einmal im Jahr die Hauptversammlung zu einer ordentlichen Versammlung einzuberufen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat ist das überwachende Organ der AG. Für die Zusammensetzung und Wahl des Aufsichtsrats bestehen unterschiedliche gesetzliche Regelungen (s. folgendes Schaubild):

§ 95 ff. AktG

Aufbau und Organe der AG (mehr als 500 Beschäftigte)



¹ Zuvor geregelt im Betriebsverfassungsgesetz von 1952.

² Die Bestimmungen des Drittelbeteiligungsgesetzes gelten auch für Aktiengesellschaften, die vor dem 10. 08. 1994 in das Handelsregister eingetragen wurden, sofern sie keine Familiengesellschaft sind.

Der Aufsichtsrat wird auf vier Jahre gewählt. Er besteht aus mindestens drei Mitgliedern, wobei die Satzung der AG eine höhere Zahl bestimmen kann. Die Zahl der Mitglieder des Aufsichtsrats muss durch drei teilbar sein. Die Höchstzahl ist in Abhängigkeit von der Höhe des Grundkapitals gesetzlich bestimmt. Bei einem Grundkapital bis zu 1,5 Mio. € beträgt die Höchstzahl der Aufsichtsratsmitglieder neun. Liegt das Grundkapital zwischen 1,5 und 10 Mio. € darf der Aufsichtsrat maximal aus 15 Mitgliedern bestehen, bei einem Grundkapital über 10 Mio. beträgt die Mitgliederzahl maximal 21.

Seit Januar 2016 gelten gesetzliche Vorgaben zur Zusammensetzung von Aufsichtsräten und Vorständen gemäß dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen. Für börsennotierte Großunternehmen (über 2.000 Beschäftigte) gilt eine Frauenquote im Aufsichtsrat von mindestens 30%. Darüber hinaus müssen Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten verbindliche Zielgrößen für den Frauenanteil in Aufsichtsrat, Vorstand und obersten Managementebenen beschließen. Damit sind auch entsprechende Berichtspflichten verbunden. Im August 2021 wurden diese Regelungen erweitert und verschärft, um so den Anteil von Frauen in Führungspositionen weiter zu erhöhen.

Im Einzelnen hat der Aufsichtsrat folgende Aufgaben:

- Bestellung und ggf. Abberufung des Vorstands
- Überwachung der Geschäftsführung des Vorstands. Dazu kann er u.a. auch Bücher und Schriften der AG einsehen und prüfen

- Prüfung des Jahresabschlusses und des Vorschlags für die Gewinnverwendung
- Berichterstattung an die Hauptversammlung über das Ergebnis dieser Prüfung
- Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung, wenn dies das Wohl der AG erfordert

Hauptversammlung

Die Hauptversammlung ist das oberste Organ der AG. Sie ist die Versammlung der Anteilseigner (Aktionäre) und das beschließende Organ der AG, in dem grundlegende Entscheidungen getroffen werden. Die Aktionäre üben ihre beschließende Gewalt über das Stimmrecht in der Hauptversammlung aus.

§ 118 ff.
AktG

Im Einzelnen ist die Hauptversammlung zuständig für die

- Bestellung der Aktionärsvertreter im Aufsichtsrat,
- Verwendung des Bilanzgewinns,
- Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats,
- Bestellung der Abschlussprüfer, die den Jahresabschluss der AG zu prüfen haben,
- Änderung der Satzung,
- Maßnahmen der Kapitalbeschaffung oder -herabsetzung,
- Auflösung (Liquidation) der AG.

Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Bei Satzungsänderungen ist eine Mehrheit von mindestens 75 % der Stimmen des Grundkapitals notwendig.

Aktien und Aktionäre

Aktien sind Teilhaberpapiere (Wertpapiere), die das Mitgliedschaftsrecht des Aktionärs als Gesellschafter der AG verbriefen. Der Gesellschafter einer AG erhält als Nachweis für seine Kapitalbeteiligung an der AG eine Aktie.

§ 8 AktG

Nach deutschem Recht sind sowohl Stückaktien als auch Nennbetragsaktien zulässig. Nennbetragsaktien müssen auf volle €-Beträge lauten, der Mindestnennwert beträgt 1 €. Stückaktien lauten auf keinen Nennbetrag. Sie sind am Grundkapital in gleichem Umfang beteiligt. Der anteilige Betrag einer Stückaktie muss jedoch ebenfalls einem vollen Euro-Betrag entsprechen und darf 1 € nicht unterschreiten.

Mit dem Kauf einer Aktie erwirbt der Gesellschafter (Aktionär) folgende Rechte:

§ 139 ff.
AktG

- Anspruch auf Gewinnanteile (Dividende): Dieser Anspruch ist abhängig von der Zahl der Aktien, die der einzelne Aktionär erworben hat.
- Stimm- und Auskunftsrecht in der Hauptversammlung: Häufig übertragen Aktionäre ihr Stimmrecht in der Hauptversammlung auf ihre Hausbanken (sogenannte Vorzugsaktien sind Aktien ohne Stimmrechte, die jedoch bei der Gewinnverteilung bevorzugt sind).
- Bezug neuer (junger) Aktien bei Kapitalerhöhungen (Bezugsrecht): Dies sichert dem Aktionär das Recht bei Herausgabe neuer Aktien durch die AG als erster solche zu erwerben.
- Anteil am Auflösungserlös (Liquidationserlös) der AG

Hinsichtlich der Übertragbarkeit wird zwischen Inhaber- und Namensaktien unterschieden.

Inhaberaktien lauten auf den Inhaber. Hier steht somit nicht der Name des Erwerbers oder Vorbesitzers auf der Aktie. Die Aktie gehört vielmehr jeweils dem, der sie als Eigentum besitzt. So heißt es auf Inhaberaktien auch: „Der Inhaber dieser Aktie ist mit ... Euro an der AG beteiligt.“ Diese sogenannten Inhaberpapiere werden durch Einigung und Übergabe übertragen. Aktien sind grundsätzlich als Inhaberaktien auszustellen, sofern die Satzung der AG nichts anderes bestimmt. Inhaberaktien bilden in Deutschland noch den Normaltyp der Aktien.

Namensaktien lauten auf den Namen des jeweiligen Aktionärs, der im Aktienbuch der AG eingetragen sein muss. Sie sind sogenannte Orderpapiere und werden durch Weitergabevermerk (Indossament) und Übergabe übertragen. Außerdem ist eine Änderung im Aktienbuch der AG notwendig.

Der Aktionär einer AG hat nicht das Recht seine erworbenen Aktien gegenüber der AG zu kündigen und damit den Gegenwert der Aktie zu fordern. Der Kauf oder Verkauf von Aktien erfolgt üblicherweise mithilfe der Banken über die Wertpapierbörse. Wertpapierbörsen sind organisierte Märkte für Wertpapiere (Effekten). Die Börse ist eine öffentliche Einrichtung, die der Aufsicht des Staats unterliegt.

Über die Börse können Aktien leicht und schnell ge- und verkauft werden. Es ist jedoch nicht so, dass alle Aktien an der Börse gehandelt werden und jeder Interessent für eine Aktie unmittelbaren Zugang zur Börse hat. Diese Aufgabe übernehmen üblicherweise die Geschäftsbanken (z.B. Sparkassen, Volksbanken). Der Aktieninteressent gibt seiner Hausbank den Auftrag bestimmte Aktien auf seine Rechnung bei der Wertpapierbörse zu kaufen oder zu verkaufen. Die Geschäftsbanken werden dabei als Kommissionär tätig. Der Kommissionär ist Kaufmann, der gewerbsmäßig Wertpapiere kauft oder verkauft. Er ist an die Weisungen des Auftraggebers gebunden und verpflichtet, dessen Interessen mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns wahrzunehmen.

Der für Aktien zu zahlende Preis heißt Kurs. Der sogenannte Kurswert ist der auf dem Markt zu zahlende Preis einer Aktie, im Gegensatz zu dem Betrag, der auf der Aktie aufgedruckt ist (Nenn- oder Nominalwert). Der Kurs der Aktie wird als sogenannter Stückkurs angegeben, d.h. er gibt den Preis für das kleinste Stück einer Aktie an; er bezieht sich also auf eine Aktie im Nennwert von z.B. 1 €.

Der Kurs einer Aktie bildet sich an der Börse durch Angebot und Nachfrage. Während der Börsenöffnungszeit nehmen die Börsenmakler Kauf- und Verkaufsangebote entgegen und bilden daraus den Kurswert einer Aktie. Dieser Kurswert der Aktie wird im amtlichen Kursblatt der Tages- und Wirtschaftszeitungen und im Internet veröffentlicht.

Der einzelne Aktionär kann sein Beteiligungsverhältnis an einer AG dadurch beenden, dass er die Aktie (in der Regel über seine Hausbank) an einen anderen Aktionär verkauft. Die AG erfährt von dem Wechsel ihrer Gesellschafter nichts; es sei denn, es handelt sich um Namensaktien.

Für die AG und die Aktionäre bietet die Aktie folgende Vorteile:

1. Durch die Festsetzung des Mindestnennbetrags von nur 1 € kann die AG auch kleinste Kapitalbeträge mobilisieren. Diese kleine Stückelung ermöglicht es auch Personen mit kleinem Einkommen und Vermögen Aktien zu erwerben.
2. Die leichte Übertragbarkeit der Aktien ermöglicht einen schnellen und reibungslosen Kauf oder Verkauf, wobei die AG den Wechsel des Aktionärs nicht mitbekommt.
3. Der Aktionär übernimmt durch den Kauf von Aktien keine persönliche Haftung für die AG, während für die AG das Aktienkapital seitens der Aktionäre unkündbar ist.

Eine nicht börsennotierte AG wird oftmals auch als „Kleine AG“ bezeichnet. Die formalen Vorschriften sind geringer als bei einer börsennotierten AG, sodass sich die Kleine AG für mittelständische Unternehmen als Alternative zur GmbH anbietet.

Eine Sonderform der Aktiengesellschaft ist die Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA). An die Stelle des Vorstands der AG treten hier die Komplementäre. Die Anteile der Kommanditisten sind als Aktien ausgestaltet. Die Bestimmungen für die KGaA finden sich in den §§ 278 bis 290 AktG. Beispiele für eine KGaA sind die DAX-Unternehmen Henkel (als AG & Co. KGaA) und Merck.

Merke

- Organe der Aktiengesellschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung.
- Man unterscheidet zwischen Inhaberaktien, die auf den jeweiligen Inhaber lauten, und Namensaktien, die auf einen bestimmten Aktionär lauten.
- Der Kurswert einer Aktie ergibt sich durch Angebot und Nachfrage. Aktien werden an Börsen gehandelt.

Hinweis

Die Ich-AG ist keine eigene rechtliche Unternehmensform im Sinne der AG. Näheres hierzu erfahren Sie im Lernbrief zum Thema „Wirtschaftslehre, Teil 5“.

10.8.2 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die GmbH ist wie die AG eine Kapitalgesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit. Sie hat einen einfacheren Aufbau als eine AG, weniger strenge gesetzliche Vorschriften und eine stärkere Bindung der Gesellschafterinnen und/oder Gesellschafter.

Die GmbH haftet den Gläubigern gegenüber unbeschränkt mit dem gesamten Gesellschaftsvermögen. Die einzelnen Gesellschafter sind nur mit einem bestimmten Geldbetrag (Stammeinlage) am Gesamtkapital der Gesellschaft (Stammkapital) beteiligt. Ihre Haftung ist daher auf die jeweilige Stammeinlage beschränkt. Der Gesellschaftsvertrag kann jedoch vorsehen, dass die Gesellschafter bei Verlusten zusätzlich Gelder einzuzahlen haben (sogenannte „Nachschusspflicht“).

Seit der Reform des GmbH-Rechts zum 01. 11. 2008 unterscheidet das Gesetz zwischen zwei Varianten der GmbH.

Für die Gründung einer GmbH ist nach wie vor ein Stammkapital von mindestens 25.000 € erforderlich. Die Nennbeträge eines Geschäftsanteils müssen auf volle € lauten.

§ 5 GmbHG

Die haftungsbeschränkte Unternehmergesellschaft (§ 5a GmbHG) ist eine GmbH, die ohne ein festgelegtes Mindestkapital gegründet werden kann. Allerdings darf diese GmbH ihre Gewinne nicht voll ausschütten, sondern muss das Mindeststammkapital der „normalen“ GmbH nach und nach aus den erzielten Gewinnen „ansparen“. In der Firma muss die Bezeichnung Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) oder UG (haftungsbeschränkt) geführt werden.

Die GmbH kann auch von nur einer einzelnen Person gegründet werden. Dann spricht man von einer EinpersonengmbH. Die Firma einer GmbH kann eine Sach-, Personen- oder Phantasiefirma sein. Sie muss aber in jedem Fall den Zusatz „GmbH“ führen.

Beispiele

Sachfirma „Leihwagen GmbH“

Personenfirma „Meier GmbH“

Phantasiefirma „Futura GmbH“

§ 1 GmbHG

Gesellschaften mit beschränkter Haftung können zu jedem gesetzlich zulässigen Zweck errichtet werden.

§§ 2, 3 GmbHG

Für die Gründung einer GmbH ist ein Gesellschaftsvertrag erforderlich, dessen Mindestinhalt vom Gesetzgeber zwingend vorgeschrieben ist. Danach muss der Gesellschaftsvertrag mindestens vorsehen:

- Firma und Sitz der Gesellschaft
- Gegenstand des Unternehmens
- Betrag des Stammkapitals
- Stammeinlage jedes Gesellschafters

Dieser Gesellschaftsvertrag (Satzung) muss gerichtlich oder notariell beurkundet werden. Unter bestimmten Voraussetzungen ist eine vereinfachte Gründung möglich, sofern dabei die gesetzlich vorgegebenen Musterprotokolle genutzt werden.

Die GmbH ist zur Eintragung ins Handelsregister anzumelden. Die Eintragung hat eine konstitutive Wirkung.

Bei Geschäften, die vor der Eintragung vorgenommen wurden, haften die Gesellschafter unbeschränkt.

Die GmbH als juristische Person handelt wie die AG durch ihre Organe. Organe der GmbH sind:

- die Geschäftsführung
- der Aufsichtsrat (nicht zwingend) und
- die Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Die Aufgaben der Geschäftsführer sind weitestgehend identisch mit denen des Vorstands einer AG.

§ 35 ff. GmbHG

Sie vertreten die juristische Person GmbH.

Art und Umfang der Vertretungsmacht können im Gesellschaftsvertrag vereinbart werden und sind im Handelsregister einzutragen. Fehlen besondere Vereinbarungen, dürfen mehrere Geschäftsführer nur gemeinsam handeln.

Zum Geschäftsführer können Gesellschafter oder andere Personen bestellt werden. Sie müssen jedoch unbeschränkt geschäftsfähig sein.

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführerinnen und/oder Geschäftsführer einberufen und ist das Beschlussfassungsorgan der GmbH.

§ 47 ff. GmbHG

Die Beschlussfassung erfolgt nach der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Nach dem GmbH-Gesetz wird für je 1 € Geschäftsanteil eine Stimme gewährt.

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlung sind:

- Feststellung des Jahresabschlusses und der Verwendung des Ergebnisses
- Bestellung, Entlastung und Abberufung der Geschäftsführer
- Satzungsänderungen
- Bestellung von Prokuristen
- Prüfung und Überwachung der Geschäftsführung

Die GmbH ist eine einfache Form der Kapitalgesellschaft für kleine und mittlere Unternehmen. Sie vereinigt bestimmte Vorteile einer OHG und einer AG.

Die Gesellschafter einer GmbH sind meist auch Geschäftsführer, wobei ihre Haftung jedoch beschränkt ist. Familiengesellschaften wählen häufig die Rechtsform der GmbH, weil die Übertragbarkeit der Kapitalanteile erschwert ist.

Im Gegensatz zur Aktie ist der Geschäftsanteil kein verbrieftes Mitgliedsrecht des Gesellschafters und kann nur in notarieller Form vererbt oder veräußert werden.

Ein börsenmäßiger Verkauf ist nicht möglich.

Die Gründung und Leitung einer GmbH ist wesentlich einfacher als die einer AG.

Die Gründungskosten sind niedriger, es wird weniger Kapital benötigt, die Gesellschafter haben mehr Einfluss auf die Gesellschaft und die Rechtsvorschriften geben mehr Spielraum.

Wegen der beschränkten Haftung ist jedoch die Kreditbasis eingeschränkt.

Außerdem fehlt bei der GmbH die zwingende Verpflichtung zur Bildung von Rücklagen, damit ist auch eine geringere Kapitalbasis gegeben.

Eine Sonderform der GmbH ist die gemeinnützige GmbH (gGmbH). Für sie gelten die Regelungen des GmbH-Gesetzes, sie ist jedoch aufgrund ihres gemeinnützigen Zwecks steuerlich begünstigt.

10.9 Mischformen

Die GmbH & Co. KG ist eine Typenvermischung zwischen Kapital- und Personengesellschaft. Diese Gesellschaftsform verbindet die Vorteile der Haftungsbeschränkung einer GmbH mit den flexiblen Strukturen einer Personengesellschaft. Die Komplementärstellung einer KG wird hier durch eine juristische Person – nämlich die GmbH – vertreten.

Die GmbH & Co KG ist somit eine Personengesellschaft, bei der die GmbH als Komplementär die Geschäftsführungsbefugnis und die Vertretungsmacht ausübt.

Die Gründung einer GmbH & Co KG erfolgt normalerweise in zwei Schritten. Zuerst wird die GmbH gegründet und ins Handelsregister eingetragen. Erst dann können die Kommanditisten und die Komplementär-GmbH die GmbH & Co KG gründen.

Gründe für die Errichtung einer GmbH & Co. KG können sein:

- Haftungsbeschränkung

Die GmbH als Komplementär haftet nur mit dem Geschäftsvermögen.

Die Gesellschafter der GmbH und die Kommanditisten haften nur mit ihrer Einlage.

- Kapitalbeschaffung

Die GmbH & Co KG kann sich relativ einfach Eigenkapital beschaffen, indem sie Kommanditisten aufnimmt.

- Fortbestand einer Personengesellschaft

Da die GmbH als juristische Person „unsterblich“ ist, ist das dauerhafte Fortbestehen eines Familienunternehmens gesichert.

- Steuervorteile

Unter Umständen ergeben sich für die GmbH & Co KG steuerliche Vorteile.

Speziell für grenzüberschreitend tätige Unternehmen wurde die Rechtsform der Europäischen Aktiengesellschaft (SE – Societas Europaea) geschaffen. Die Gründung und die Organisation einer SE sind grundsätzlich in einer Verordnung der EU geregelt. Alle weiteren Regelungen werden von den einzelnen Mitgliedstaaten in speziellen Ausführungsgesetzen getroffen, in Deutschland im „Gesetz zur Einführung der europäischen Gesellschaft“ aus dem Jahr 2004.

10.10 Rechtsformen in der EU

Innerhalb der Europäischen Union besteht seit einiger Zeit eine gesellschaftsrechtliche Niederlassungsfreiheit. Dies bedeutet, dass deutsche Unternehmen auch ausländische Rechtsformen wählen können. Insbesondere die englische Rechtsform Limited (private company limited by shares) wurde von einer Reihe von Unternehmen als attraktive Alternative zur deutschen GmbH angesehen. Der Mindestbetrag für die Stammeinlage beträgt ein britisches Pfund, sodass kein nennenswertes Stammkapital notwendig ist. Angemeldet wird die Gesellschaft beim zuständigen englischen Gesellschaftsregister (Companies House). Auch hier waren Mischformen möglich, z.B. Ltd. & Co. KG. Mit dem Ende der Übergangsfrist nach dem Brexit ist zum 01. 01. 2021 die Rechtsgrundlage für diese Rechtsform entfallen, sodass die Unternehmen entsprechend ihre Rechtsform anpassen müssen.

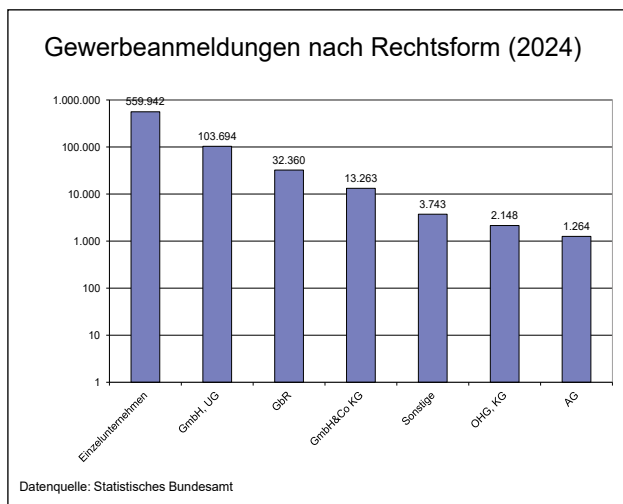
In Deutschland haben sich unter anderem die DAX-Unternehmen Allianz, BASF und SAP für die Rechtsform einer SE entschieden.

10.11 Vergleichende Übersicht über die wichtigsten Unternehmensformen

	Einzelunter- nehmung	OHG	KG	Stille Gesell- schaft	AG	GmbH
Gründung	allein	2 und mehr Personen	2 und mehr Personen	Inhaber und mind. 1 stiller Gesellschafter	1 und mehr Aktionäre	1 und mehr Gesellschafter
Firma	mit Zusatz	mit Zusatz	mit Zusatz	ohne Kennzeichen	mit Zusatz AG	mit Zusatz GmbH
Handelsregis- tereintragung	ja	ja	ja	nein	ja	ja
Beteiligung	keine	Stand der Kapitalkonten	Stand der Kapitalkonten	stiller Gesell- schafter: Kapitaleinlage	Aktien (Grundkapital)	Geschäfts- anteile (Stammkapital)
Haftung	allein unbeschränkt	jeder Gesell- schafter haftet unmittelbar unbeschränkt solidarisch	Vollhafter wie OHG Teilhafter mit Einlage	stiller Gesell- schafter mit Einlage	Aktienbetrag	Geschäfts- anteile (Nach- schusspflicht)
Geschäfts- führung u. Vertretung	allein	jeder Gesellschafter	nur Vollhafter	Geschäfts- inhaber	Vorstand	Geschäfts- führer
Überwachen- des Organ	keines	keines	keines	keines	Aufsichtsrat	evtl. Aufsichtsrat
Beschließendes Organ	keines	keines	keines	keines	Hauptver- sammlung	Gesellschafter- versammlung
Gewinn	allein	nach Verein- barung, an- sonsten nach Beteiligungs- verhältnis	wie OHG	angemessene Anteile	anteilmäßiger Gewinnbetrag (Dividende)	anteilmäßiger Gewinnbetrag
Verlust	allein	wie bei Gewinn	wie bei Gewinn	Verlustanteil nach Verein- barung	keinen Anteil außer bei Konkurs	beschränkte Haftpflcht mit Geschäfts- anteil (ggf. Nach- schusspflicht)
Auflösungs- anteil	allein	jeder Gesell- schafter nach seinem Anteil	angemessene Anteile	Zurückzahlung der Einlage	Aktienbetrag	jeder Gesell- schafter nach Anteil
Auflösungs- grund	Liquidation, Insolvenz	Zeitablauf, Liquidation, Insolvenz Kündigung	Zeitablauf, Liquidation, Insolvenz Kündigung	Zeitablauf, Liquidation, Insolvenz, Kündigung	Zeitablauf, Beschluss, Insolvenz	Zeitablauf, Beschluss, Insolvenz

Im Jahr 2024 gab es in Deutschland über 716.000 Gewerbebeanmeldungen. Wie Sie an der folgenden Abbildung erkennen können, entschieden sich mehr als drei Viertel der Unternehmensgründer für die Rechtsform Einzelunternehmen. Im selben Jahr erfolgten rund 619.000 Gewerbeabmeldungen, wobei auch hier die Einzelunternehmen den bei weitem größten Anteil hatten.

Für die AOK von besonderer Bedeutung sind die Unternehmen mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Für das Jahr 2022 weist das Statistische Bundesamt hier eine Gesamtzahl von rund 3,4 Millionen Unternehmen aus (einschließlich Unternehmen ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aber mit steuerbarem Umsatz).



10.12 Übungen zum Lernabschnitt 10

Übung 46

Formulieren Sie Gründe, die für die Wahl einer Gesellschaftsunternehmung (Personengesellschaft) sprechen.

Übung 47

Erläutern Sie, was unter Geschäftsführung zu verstehen ist und wie die Geschäftsführung in einer OHG geregelt ist.

Übung 48

Erläutern Sie, wie der Gewinn in der OHG und der KG verteilt wird, ohne Angabe der Rechtsvorschriften.

Übung 49

Formulieren Sie Gründe, die zur Wahl der Rechtsform der KG führen können.

Übung 50

Beschreiben Sie die Voraussetzungen für die Gründung einer GmbH, ohne Angabe von Rechtsvorschriften.

Übung 51

Erläutern Sie die Funktionen, die die Organe einer GmbH haben.

11 Zusammenfassende Selbstkontrolle

Übung 52

Erläutern Sie, wie sich die GmbH von der AG unterscheidet.

Übung 53

Nennen Sie die Aufgaben des Vorstands und Aufsichtsrats einer AG.

Übung 54

Beschreiben Sie die Stellung (Rechte und Pflichten) der Aktionärinnen und Aktionäre einer AG.

Übung 55

Zählen Sie vier wesentliche Merkmale des Gesellschaftsunternehmens auf.

Übung 56

Stellen Sie die unterschiedlichen Mitbestimmungsregeln für die Wahl des Aufsichtsrats dar.

Übung 57

Nennen Sie die Vorteile der Aktie für AG und Aktionäre.

Übung 58

Beschreiben Sie die Merkmale einer GmbH & Co. KG.

Übung 59

Nennen Sie die Vorteile einer GmbH & Co. KG.

Aufgabe 1

Für die Jahre 2004 bis 2008 weist das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaft für ausgewählte Länder die folgenden Inflationsraten aus:

	2004	2005	2006	2007	2008
Bulgarien	6,1	6,0	7,4	7,6	12,0
Finnland	0,1	0,8	1,3	1,6	3,9
Irland	2,3	2,2	2,7	2,9	3,1
Niederlande	1,4	1,5	1,7	1,6	2,2

Ordnen Sie zu, welche Erscheinungsform der Inflation, gemessen am Tempo des Preisanstiegs, in den einzelnen Staaten vorliegt.

Aufgabe 2

Begründen Sie, warum die Zentralnotenbank das Ziel Preisniveaustabilität verfolgen soll.

Aufgabe 3

Nennen und erläutern Sie die drei grundsätzlichen Möglichkeiten des Zahlungsverkehrs.

Aufgabe 4

Erläutern Sie, warum im EU-Vertrag die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank festgeschrieben ist und wie diese Unabhängigkeit gewährleistet werden soll.

Aufgabe 5

Unterscheiden Sie die unterschiedlichen Geldmengendefinitionen und erläutern Sie, für welche Geldmenge eine besonders enge Verbindung zur gesamtwirtschaftlichen Nachfrage angenommen werden kann.

Aufgabe 6

Beschreiben Sie den Aufbau (Struktur) des Deutschen Bankwesens.

Aufgabe 7

Nennen Sie die volkswirtschaftlichen Aufgaben der Geschäftsbanken.

Aufgabe 8

Bei der AOK gehen am 07. 05. 2025 drei Schecks ein.

Auf Scheck Nr. 1 ist in Ziffern der Scheckbetrag 125,00 € angegeben, in Buchstaben ist als Scheckbetrag „Einhundertzwanzig Euro“ angegeben.

Auf Scheck Nr. 2 ist als Ausstellungsdatum der 10. 05. 2025 angegeben.

Auf Scheck Nr. 3 fehlt die Unterschrift.

Begründen Sie jeweils, ob diese Schecks gültig sind.

Aufgabe 9

Gemeinsam mit Mitgliedern Ihrer Familie sehen Sie sich eine Nachrichtensendung im Fernsehen an. Dort wird gemeldet, dass die Inflationsrate im vergangenen Monat 2 % betragen hat. Ein Mitglied Ihrer Familie bezweifelt diese Information und verweist darauf, dass beispielsweise sowohl die örtliche Tankstelle als auch das Restaurant um die Ecke die Preise um deutlich mehr als 2 % erhöht hätten. Wie könnten Sie in diesem Gespräch antworten?

Aufgabe 10

Erläutern Sie, warum die SEPA-Basislastschrift zum Einziehen der monatlichen Beiträge für freiwillige Versicherte und Firmenkunden einen besonderen Service der AOK darstellt.

Aufgabe 11

Über eine Volkswirtschaft sind Ihnen die folgenden Informationen bekannt: Die Produktion wächst seit mehr als einem Jahr kräftig. Die Unternehmen berichten, dass sich der Auftragsbestand deutlich erhöht hat. Die Zahl der Arbeitslosen ist im vergangenen Jahr spürbar zurückgegangen. Seit etwa einem halben Jahr liegt die Inflationsrate (bezogen auf denselben Monat des Vorjahres) bei über zwei Prozent mit leicht steigender Tendenz. Erläutern Sie, welche Entscheidung die Zentralnotenbank dieses Landes in einer solchen Situation wahrscheinlich treffen wird.

Aufgabe 12

Erläutern Sie, wovon das Verhältnis von Bargeld zu Buchgeld in einer Volkswirtschaft abhängt.

Aufgabe 13

Erläutern Sie, was die Mindestreservepolitik der EZB von ihren anderen geldpolitischen Maßnahmen unterscheidet.

Aufgabe 14

Erläutern Sie den Unterschied zwischen einem Istkaufmann und einem Kannkaufmann. Gehen Sie dabei insbesondere auf die Frage der Eintragung in das Handelsregister ein.

12 Lösungen zu den Übungen im Text

Aufgabe 15

Hans Meier möchte ein eigenes Unternehmen gründen. Er kennt niemanden, der sich an dem Unternehmen beteiligen möchte und verfügt nur über wenig Eigenkapital. Für ihn ist es wichtig, dass er nur in geringem Ausmaß formale Anforderungen zu erfüllen hat. Zudem möchte er kein allzu großes Risiko eingehen. Erläutern Sie, inwieweit die unterschiedlichen Rechtsformen für die Unternehmensgründung von Hans Meier geeignet sind.

Lea Müller und Lea Schmidt möchten gemeinsam ein Unternehmen gründen. Sie verfügen zwar beide über ein hohes Privatvermögen, möchten jedoch jeweils nur 15.000 € riskieren. Stellen Sie dar, welche Gesellschaftsform sich für die beiden Gründerinnen eignet.

Lösung zu 1

Scheidemünzen sind Münzen, bei denen der Metallwert niedriger als der Nennwert ist.

Lösung zu 2

Banknoten sind Papiergeld (stoffwertloses Geld), das keinen Warenwert besitzt und seinen Wert aus der Funktion als Tauschmittel erhält.

Lösung zu 3

Die Ausgabe von Münzgeld ist der Gebietskörperschaft Bund (Münzmonopol) vorbehalten, während die Banknoten von der Deutschen Bundesbank als nationaler Zentralbank der EZB herausgegeben werden.

Lösung zu 4

Buchgeld ist stoffloses Geld, das nur auf den Konten der Geschäftsbanken existiert. Es entsteht dadurch, dass die Kunden bei den Geschäftsbanken Sichteinlagen einzahlen und die Geschäftsbanken damit Kredite bewilligen.

Lösung zu 5

Die Buchgeldschöpfung ist von folgenden Faktoren abhängig:

- Ausstattung mit Bargeld
- Mindestreservesatz
- Bargeldquote

Der Mindestreservesatz wird, ebenso wie die Ausstattung mit Bargeld, durch die Zentralnotenbank festgelegt. Die Höhe der Bargeldquote ist abhängig von den Zahlungsgewohnheiten der Wirtschaftssubjekte.

Lösung zu 6

Geld hat in der Volkswirtschaft folgende Funktionen zu erfüllen:

- allgemeines Tauschmittel
- Recheneinheit / Wertmaßstab
- Wertaufbewahrungsmittel/-übertragungsmittel
- Kredit- und Zahlungsmittel

Die Tauschmittelfunktion des Geldes erleichtert den Austausch von Gütern und Dienstleistungen in der Volkswirtschaft.

Durch seine Funktion als Recheneinheit/ Wertmaßstab wird es möglich, den Wert aller Güter, Dienstleistungen, Forderungen und Schulden in Einheiten ein und derselben Bezugsgröße auszudrücken und auf diese Weise wertmäßig addier- und vergleichbar zu machen.

Mittels Geld können Werte aufbewahrt werden. Auch können mithilfe von Geld Werte übertragen werden (z.B. Geschenke, Erbschaften).

Unter Kreditmittelfunktion des Geldes versteht man, dass durch Geld Werte erworben werden können, die noch nicht durch eigene Arbeit/Leistung erwirtschaftet wurden.

Werden die Kredite dann zurückgezahlt, erfüllt das Geld eine Zahlungsmittelfunktion. Mit Zahlungsmittelfunktion ist daher die Schuldentilgung ohne gleichzeitige Güterbewegung gemeint.

Lösung zu 7

Tauschmittelfunktion:

Bezahlung von Leistungen, Zahlung von Löhnen und Gehältern.

Recheneinheit/Wertmaßstab:

Wert der AOK-Leistungen, Wert der Arbeitsleistung der Beschäftigten der AOK.

Wertaufbewahrungsfunktion:

Geldanlage der AOK bei einer Geschäftsbank.

Wertübertragungsfunktion:

Die AOK überweist Krankengeld auf das Konto eines Kunden.

Kreditmittelfunktion:

Die AOK nimmt einen Kredit bei einer Bank auf, um eine neue Geschäftsstelle zu errichten.

Zahlungsmittelfunktion:

Die AOK zahlt aufgenommene Kredite an die Bank zurück.

Lösung zu 8

Eigenschaften des Geldes: Es muss

- knapp,
- allgemein anerkannt und gleichartig,
- ohne Wertverlust teilbar, transportierbar und aufbewahrbar sowie
- fälschungssicher sein.

Lösung zu 9

Der Binnenwert des Geldes drückt die Kaufkraft des Geldes im Inland aus, d.h. den Tauschwert des Geldes gegenüber den Gütern im Inland (bzw. beim Euro innerhalb der Euroländer). Der Außenwert des Geldes wird durch den Wechselkurs zu den ausländischen Währungen ausgedrückt.

Lösung zu 10

Nominalwert des Geldes ist der Nennwert des Geldes. Dieser Nominalwert des Geldes bleibt im Zeitablauf stabil. Der Realwert des Geldes gibt den tatsächlichen Wert des Geldes an, d.h. welche Gütermenge für eine Geldeinheit gekauft werden kann. Bei steigenden Preisen sinkt der Realwert des Geldes.

Lösung zu 11

Das Preisniveau in der Volkswirtschaft wird mithilfe des Verbraucherpreisindex gemessen. Dabei wird der Warenkorb eines Basisjahres zugrunde gelegt, in dem die wichtigsten Güter für die privaten Haushalte zu sogenannten Warengruppen (Wägungsschema) zusammengefasst werden. Die einzelnen Warengruppen haben einen unterschiedlichen Anteil an der Gesamtheit des Warenkorbs. Bei der Berechnung des Preisindex wird gefragt: „Um wie viel Prozent haben sich die heutigen Preise (Preise des Berichtsjahres) für die gegebene Menge der Güter der Basisperiode geändert?“

Lösung zu 12

Die Aussagekraft des Verbraucherpreisindex wird durch folgende Schwächen relativiert:

- Der Warenkorb veraltet mit der Zeit und ist dann nicht mehr repräsentativ für die Verbrauchsstruktur der privaten Haushalte. Er wird daher regelmäßig aktualisiert.
- Der Indexhaushalt entspricht nicht den tatsächlichen privaten Haushalten.
- Preiserhöhungen, die auf Qualitätsverbesserungen der Güter zurückzuführen sind, lassen sich nur schwer erfassen.

Lösung zu 13

Gemäß der Quantitätsgleichung kommt es zur Inflation, wenn die Geldmenge schneller steigt als die gesamtwirtschaftlich hergestellte Gütermenge. Bei einer eher kurzfristigen Betrachtung lassen sich die folgenden Inflationsursachen unterscheiden:

- angebotsbedingte Inflation

Kostensteigerungen bei den Unternehmen (z.B. höhere Löhne, höhere Lohnnebenkosten, höhere Preise für importierte Vorprodukte) führen zu Preissteigerungen. Auch ist es vorstellbar, dass die Unternehmen ihre Preise erhöhen, um höhere Gewinne zu erzielen.

- nachfragebedingte Inflation

Die Nachfrage steigt stärker als das volkswirtschaftliche Angebot, sodass es zu einer Erhöhung des Preisniveaus kommt. Innerhalb der nachfragebedingten Inflation kann weiter zwischen Konsuminflation, Investitionsinflation und Staatsausgabeninflation unterschieden werden.

- administrierte Preise als Inflationsursache

Wenn der Staat die von ihm direkt beeinflussbaren Preise erhöht (z.B. Erhöhung der Mineralölsteuer oder der Zahlungen für Gesundheitsleistungen), kommt es zu einer Inflation aufgrund administrierter Preise.

Lösung zu 14

Gewinner bei Inflation sind

- die Schuldner, da sie Schulden mit Geld von geringerem Realwert zurückzahlen können,
- die Besitzerinnen und Besitzer von Sachwerten,
- der Staat, weil durch Inflation seine Steuereinnahmen in der Regel überproportional ansteigen und seine Geldschulden real sinken.

Verlierer bei Inflation sind

- die Bezieherinnen und Bezieher von Geldeinkommen, (Kontrakteinkommen und Transfereinkommen), weil die Kaufkraftverluste in aller Regel erst mit zeitlichem Abstand durch höhere Nominaleinkommen ausgeglichen werden,
- Gläubiger von Geldschulden, da die Schulden mit Geld von geringerem Realwert zurückgezahlt werden,
- die Eigentümer von Geldvermögen.

Lösung zu 15

In einem ersten Schritt ist der Preis des Warenkorbs im Basisjahr (2020) zu berechnen:

$$100 \times 2,00 \text{ GE} + 250 \times 3,50 \text{ GE} + 20 \times 100,00 \text{ GE} = 3.075,00 \text{ GE}$$

In einem zweiten Schritt ist der Preis des Warenkorbs im Berichtsjahr (2021) zu berechnen:

$$100 \times 1,90 \text{ GE} + 250 \times 3,85 \text{ GE} + 20 \times 105,00 \text{ GE} = 3.252,50 \text{ GE}$$

Schließlich ist drittens der Preis des Warenkorbs im Berichtsjahr durch den Preis des Warenkorbs im Basisjahr zu dividieren:

$$3.252,50 / 3.075,00 = 1,0577$$

Die Inflationsrate beträgt (gerundet) 5,8 %.

Lösung zu 16

Das Europäische System der Zentralbanken setzt sich aus der Europäischen Zentralbank (EZB) und den nationalen Zentralbanken (NZB) zusammen. Als beratendes Gremium kommt der Erweiterte Rat hinzu. Entscheidungsgremium ist der EZB-Rat. Ihm gehören die Mitglieder des Direktoriums der EZB sowie die Präsidentinnen und Präsidenten der nationalen Zentralbanken an.

Lösung zu 17

Das vorrangige Ziel der EZB ist die Preisstabilität des Euro zu gewährleisten.

Weitere Aufgaben der EZB sind:

- Festlegung und Durchführung der Geldpolitik der Gemeinschaft
- Durchführung von Devisengeschäften
- Halten und Verwalten der offiziellen Währungsreserven der Mitgliedstaaten
- Förderung eines reibungslosen Funktionierens des Zahlungsverkehrs

- Beratung im Bereich der Bankenaufsicht und in Fragen der Stabilität des Finanzsystems

Lösung zu 18

Das Hauptziel der EZB ist die Preisstabilität. Dieses Ziel kann die EZB durch eine Veränderung der Zinssätze und der Geldmenge erreichen.

Wenn die Preisstabilität gefährdet ist, d.h. eine zu hohe Inflationsrate zu erwarten ist, erhöht die EZB die Zinsen, was zu einer Verringerung der Geldmenge führt. Die Zinserhöhung lässt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zurückgehen, wovon preisdämpfende Effekte ausgehen.

Ist die Inflationsgefahr gebannt, kann die EZB die Zinsen wieder senken und so zu einem Wachstum der Geldmenge und einer gesamtwirtschaftlichen Belebung beitragen.

Lösung zu 19

Unter Offenmarktpolitik versteht man die Refinanzierung der Geschäftsbanken über Kredite sowie den An- und Verkauf von Wertpapieren durch die EZB über die nationalen Zentralbanken (in Deutschland: die Deutsche Bundesbank). Mit der Festsetzung der Ankaufs- bzw. der Verkaufsbedingungen schafft die EZB für die Geschäftsbanken wirtschaftliche Anreize zum Ankauf bzw. zum Verkauf solcher Wertpapiere. Wenn die nationalen Zentralbanken solche Wertpapiere von den Geschäftsbanken kaufen, fließt Zentralbankgeld zu den Geschäftsbanken, d.h. die Geldmenge erhöht sich. Verkaufen die nationalen Zentralbanken solche Wertpapiere, fließt Zentralbankgeld von den Geschäftsbanken ab. Damit verringert sich die Geldmenge mit dem Ergebnis, dass tendenziell das Zinsniveau steigt.

Lösung zu 20

Im Rahmen der Mindestreservepolitik werden die Geschäftsbanken verpflichtet, einen von der EZB festgelegten Prozentsatz ihrer Einlagen bei den nationalen Zentralbanken zu hinterlegen. Wenn die EZB den Mindestreservesatz erhöht, sinken die Überschussreserven der Geschäftsbanken. Damit verringern sich deren Buchgeldschöpfungsmöglichkeiten. Senkt die EZB den Mindestreservesatz, erhöht sich die Überschussreserve der Geschäftsbanken. Den Geschäftsbanken steht mehr Zentralbankgeld zur Kreditgewährung und damit auch zur Buchgeldschöpfung zur Verfügung. Eine Erhöhung des Geldangebots führt tendenziell zu einer Verringerung des allgemeinen Zinsniveaus, während eine Verringerung des Geldangebots zu einer Erhöhung des Zinsniveaus führt.

Lösung zu 21

Ständige Fazilitäten ergänzen das geldpolitische Steuerungsinstrument der Offenmarktpolitik im sehr kurzfristigen Bereich. Ständige Fazilitäten finden in zwei Ausprägungsformen Anwendung:

1. Als **Spitzenrefinanzierungsfazilität**, die den Geschäftsbanken die Möglichkeit bietet, sich von den nationalen Zentralbanken Übernachtsliquidität zu einem vorgegebenen Zinssatz gegen refinanzierungsfähige Sicherheiten zu beschaffen.
2. Die **Einlagenfazilität**, die den Geschäftsbanken die Möglichkeit bietet, bei den nationalen Zentralbanken Guthaben bis zum nächsten Geschäftstag zu einem vorher festgesetzten Zinssatz anzulegen.

Lösung zu 22

Die EZB kann die Zentralbankgeldmenge verringern, indem sie Aktiva (z.B. Wertpapiere, Devisen) gegen Bezahlung mit Zentralbankgeld verkauft oder bei ihr fällige Forderungen (z.B. Wertpapiere) einlöst.

Die EZB kann die Zentralbankgeldmenge vermehren, indem sie Aktiva (z.B. Wertpapiere, Devisen) von den Geschäftsbanken oder Nichtbanken ankauft. Sie bezahlt mit neuen Banknoten oder durch die Einräumung von Sichtguthaben.

Lösung zu 23

1. Bargeldumlauf und Zentralbankgeldmenge bleiben unverändert.
M1 sinkt um 1.000 €, M2 und M3 bleiben konstant.
2. Bargeldumlauf und Zentralbankgeldmenge bleiben unverändert.
M1 und M2 sinken um 1.000 €. M3 bleibt konstant.

Lösung zu 24

Zu den Bankengruppen des deutschen Geschäftsbankensystems gehören:

- private Kreditbanken (Großbanken, Lokal- und Regionalbanken sowie Privatbankiers)
- öffentlich-rechtliche Banken
- genossenschaftliche Banken
- Spezialbanken

Lösung zu 25

Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit der Sparkassen und der genossenschaftlichen Banken sind das Einlagengeschäft (Zahlungsverkehr, Spareinlagen) und das Realkreditgeschäft.

Lösung zu 26

Einlagen bei Geschäftsbanken können nach dem Zweck, der Verfügbarkeit und der Verzinsung unterschieden werden.

Lösung zu 27

Sichteinlagen sind Guthaben der Kunden auf den Girokonten ihrer Geschäftsbanken. Es sind täglich verfügbare Guthaben (bei Sicht fällig), die nicht oder nur sehr gering verzinst werden.

Als Termineinlagen werden solche Einlagen bezeichnet, die den Geschäftsbanken für einen bestimmten Zeitraum zur Verfügung stehen und deren Zinshöhe von der Dauer der Überlassung abhängig ist.

Spareinlagen sind Guthaben auf einem Sparkonto, über das ein Sparbuch ausgestellt wurde.

Lösung zu 28

Für die Geschäftsbanken sind Spareinlagen sehr vorteilhafte Finanzierungsmittel, weil der Zinssatz in aller Regel relativ niedrig und die Laufzeit langfristig ist. Außerdem müssen die Geschäftsbanken für Spareinlagen nur eine relativ geringe Kassenreserve bereithalten, um Rückzahlungen von Sparkonten an Kundinnen und Kunden leisten zu können. Dies erhöht für die Bank die Möglichkeiten der Buchgeldschöpfung.

Lösung zu 29

Das Sparkonto ist für Sparerinnen und Sparer eine sichere Geldanlage mit gesicherten Zinseinnahmen. Unter bestimmten Bedingungen kann die Sparerin bzw. der Sparer in kürzester Zeit über das Guthaben auf dem Sparkonto verfügen. Der Zinssatz für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist ist in aller Regel jedoch relativ niedrig, sodass er meist nur die Inflationsrate deckt oder sogar darunter liegt. Unter dem Aspekt eines angemessenen Ertrags empfiehlt sich die Anlage nicht auf einem Sparbuch, sondern beispielsweise als Termineinlage.

Lösung zu 30

Die AOK muss bei der Anlage überschüssiger Geldmittel folgende Gesichtspunkte berücksichtigen:

- Ausschluss eines Verlustes
- angemessener Ertrag
- ausreichende Liquidität

Lösung zu 31

Realkredite sind meist zweckgebundene langfristige Darlehen gegen Grundpfandrechte. Mithilfe von Realkrediten werden beispielsweise Häuser oder Eigentumswohnungen finanziert. Besonders kennzeichnend für den Realkredit ist die Bindung an ein Grundstück oder ein Gebäude.

Realkredite können in der Form einer Hypothek oder eines Grundschuldverlehens gewährt werden.

Lösung zu 32

Aktivgeschäfte sind solche Bankgeschäfte, bei denen die Bank Geld ausleiht, also Gläubiger ist (z.B. Kredite, Darlehen).

Passivgeschäfte sind Bankgeschäfte, bei denen die Bank Schuldner ist (z.B. Einlagen auf Giro-, Spar- und Termingeldkonten).

Lösung zu 33

Die Effktengeschäfte (An- und Verkauf von Wertpapieren) führen die Geschäftsbanken sowohl für Geldgeber als auch für Geldnehmer aus. Den Geldgebern helfen sie bei Anlage ihrer freien Geldmittel, den Geldnehmern bei der Beschaffung langfristigen Geldkapitals.

Lösung zu 34

Der An- und Verkauf ausländischer Währungen ist in zweifacher Form möglich, nämlich durch Sorten oder Devisen. Sorten sind ausländische Münzen und Banknoten, also Bargeld in fremden Währungen. Devisen sind Buchgeld in ausländischer Währung. Die Geschäftsbanken verdienen durch die Spanne zwischen An- und Verkaufskursen der ausländischen Währungen.

Lösung zu 35

Bei der unmittelbaren Barzahlung übergibt der Zahler (Schuldner) persönlich oder durch Boten Bargeld an den Zahlungsempfänger (Gläubiger). Bei der mittelbaren Barzahlung wird ein Dienstleister, z.B. die Post, zur Vermittlung eingeschaltet.

Lösung zu 36

Bei der halbbaren Zahlung muss entweder der Zahler oder der Zahlungsempfänger über ein Girokonto verfügen.

Möglichkeiten der halbbaren Zahlung sind der Barscheck (Zahler verfügt über ein Girokonto) und der Zahlschein (Empfänger verfügt über ein Girokonto).

Lösung zu 37

Die bargeldlose Zahlung setzt voraus, dass sowohl der Zahler als auch der Zahlungsempfänger über ein Girokonto bei einer Geschäftsbank verfügen.

Möglichkeiten der bargeldlosen Zahlung sind:

- die Überweisung
- der Dauerauftrag
- das Lastschriftverfahren
- der Verrechnungsscheck
- die Kartenzahlung

Hinweis: Es waren lediglich drei Möglichkeiten zu nennen.

Lösung zu 38

Beispielsweise können folgende Vorteile genannt werden:

- rationelle Durchführung des Massenzahlungsverkehrs und damit Förderung der Arbeitsteilung in der Volkswirtschaft
- produktive Verwendung der Sichteinlagen zur Vergabe von Krediten (Investitions- oder Privatkredite)
- Sichteinlagen bilden die wesentliche Voraussetzung für die Buchgeldschöpfung des Bankensystems

Lösung zu 39

Die AOK kann beim Dauerauftrag als Zahler sowie als Zahlungsempfänger auftreten. Der Dauerauftrag ist z.B. geeignet für die monatlichen Mietzahlungen für das Verwaltungsgebäude oder Leasingraten von EDV-Anlagen. Als Zahlungsempfänger im Dauerauftragsverfahren kommt für die AOK die Zahlung der monatlichen Krankenversicherungsbeiträge durch freiwillig versicherte Mitglieder infrage.

Lösung zu 40

Beim Lastschriftverfahren ist zwischen der SEPA-Basislastschrift und der SEPA-Firmenlastschrift zu unterscheiden. Generell erteilt der Zahlungspflichtige sowohl dem Zahlungsempfänger als auch seiner Bank ein standardisiertes Lastschriftmandat. Der Zahlungsempfänger hat dem Zahlungspflichtigen seine Gläubiger-Identifikationsnummer sowie die Mandatsreferenz (z.B. Kundennummer oder Rechnungsnummer) mitzuteilen. Zudem muss die Belastung dem Zahlungspflichtigen vorab mitgeteilt werden. Auf dem Kontoauszug des Schuldners sind nach der Belastung sowohl die Gläubiger-Identifikationsnummer als auch die Mandatsreferenz vermerkt. Das SEPA-Basislastschriftverfahren ist als einziges Verfahren bei Belastungen der Konten von privaten Verbraucherinnen und Verbrauchern zulässig. Es ermöglicht die Rückgabe der Belastung innerhalb festgelegter Fristen. Das SEPA-Firmenlastschriftverfahren ist für Belastungen zwischen Unternehmen ausgerichtet. Die Bank des Zahlungspflichtigen muss hier das Mandat vor der Belastung des Kontos prüfen, eine Rückgabe der Belastung ist nicht möglich.

Lösung zu 41

Der Barscheck kann zur Barabhebung vom eigenen Girokonto durch den Scheckaussteller oder zur Bareinlösung durch den Schecknehmer verwendet werden. Der Scheckaussteller kann mithilfe des Schecks eine Schuld begleichen.

Barscheck

Vorteile:

- Zahlung auch an Nichtkontoinhaber möglich
- kann jederzeit in einen Verrechnungsscheck umgewandelt werden

Nachteile:

- Bei Verlust oder Diebstahl besteht die Gefahr, dass der auf dem Barscheck genannte Betrag an einen Unberechtigten ausgezahlt wird. Der Barscheck muss deshalb sorgfältig und sicher aufbewahrt werden.

Verrechnungsscheck

Vorteile:

- Sicherheit gegen Auszahlung an Unberechtigte, da die Kontogutschrift jederzeit nachweisbar ist

Nachteile:

- keine Zahlung an Nichtkontoinhaber möglich

Lösung zu 42

Beim Inhaberscheck wird der Scheckbetrag jedem Vorleger (Scheckinhaber) von der bezogenen Geschäftsbank ausgezahlt bzw. seinem Girokonto gutgeschrieben. Eine Weitergabe an einen Dritten ist jederzeit möglich.

Ein Namensscheck hingegen enthält den Namen des Scheckempfängers; der Scheckbetrag darf von der bezogenen Geschäftsbank nur an diesen namentlich genannten Scheckempfänger ausgezahlt werden. Der Scheckempfänger kann diesen Scheck durch einen Weitergabevermerk (Indossament) an einen Dritten übertragen.

Lösung zu 43

Der am 08. 08. 2025 (Freitag) bei der AOK eingegangene Barscheck ist unverzüglich mit dem Vermerk „Nur zur Verrechnung“ zu versehen. Der Barscheck ist also in einen Verrechnungsscheck umzuwandeln. Der eingegangene Scheck ist außerdem am Tag des Eingangs (08. 08.), spätestens am folgenden Arbeitstag (11. 08.) der Geschäftsbank zur Gutschrift einzureichen (§ 6 Abs. 1 SRVwV).

Lösung zu 44

Den Scheck bei der bezogenen Geschäftsbank sofort sperren lassen.

Lösung zu 45

Wenn der Händler einen Kunden bei Kartenzahlungen zur Eingabe der PIN auffordert, handelt es sich in der Regel um das Girocard-Verfahren. Durch die Eingabe der PIN erfolgt eine Autorisierung der Zahlung, bei der auch geprüft wird, ob das entsprechende Konto über eine ausreichende Deckung verfügt. Die Bank garantiert hier gegenüber dem Verkäufer die Zahlung.

Wenn der Händler einen Kunden zu einer Unterschrift auffordert, handelt es sich hier um die Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats. Hier hat der Kunde bei Widerruf der Lastschrift innerhalb von acht Wochen einen Erstattungsanspruch. Zudem besteht aus der Sicht des Händlers das Risiko eines nicht gedeckten Kontos. Die Gebühren, die von den Banken für die beiden Verfahren erhoben werden, unterscheiden sich üblicherweise.

Lösung zu 46

Für eine Gesellschaftsunternehmung sprechen:

- Das Risiko der Haftung verteilt sich auf mehrere Personen.
- Die Kapitalkraft kann durch Aufnahme von Gesellschaftern erweitert werden.
- Die Kreditbasis kann größer werden.
- Es kann eine Arbeitsgemeinschaft aus unterschiedlich qualifizierten Fachkräften gebildet werden.

Lösung zu 47

Geschäftsführung bezeichnet das Recht, in innerbetrieblichen Angelegenheiten entscheiden zu können. Im Gegensatz hierzu steht die Vertretung, die die Entscheidungskompetenz im Verhältnis zu Dritten beschreibt. Der Umfang der Geschäftsführung erstreckt sich auf alle Handlungen, die der gewöhnliche Betrieb des Handelsgewerbes mit sich bringt. In einer OHG hat jeder Gesellschafter das Recht und die Pflicht sich an der Geschäftsführung zu beteiligen.

Lösung zu 48

Die Gewinnverteilung erfolgt bei OHG und KG gemäß den Regelungen des Gesellschaftervertrags. Sofern dort keine Regelung getroffen ist, werden Gewinn und Verlust gemäß den vereinbarten Beteiligungsverhältnissen verteilt. Sind diese nicht vereinbart, gilt der vereinbarte Wert der Beiträge. Wenn auch dies nicht vereinbart ist, erfolgt eine Verteilung pro Kopf.

Als Besonderheit der KG gilt, dass die Verlustbeteiligung des Kommanditisten auf die Höhe seiner Einlage begrenzt ist.

Hinweis: Die dargestellte Rechtslage gilt seit dem Jahr 2024.

Lösung zu 49

Gründe für die Wahl der Rechtsform der KG könnten z.B. sein:

- Kapitalvermehrung durch mehrere Gesellschafter, ohne diese an der Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft beteiligen zu müssen
- Kapitaleinbringung durch den Kommanditisten als Geldanlage ohne die Verpflichtung, selbst im Unternehmen mitarbeiten zu müssen
- Haftungsbeschränkungsmöglichkeiten des Kommanditisten

Lösung zu 50

Für die Gründung einer GmbH ist ein Stammkapital in Höhe von mindestens 25.000 € erforderlich, das durch den oder die Gesellschafter aufgebracht werden muss. Die Stammeinlage eines Gesellschafters muss auf volle € lauten. Die Firma einer GmbH kann eine Sach-, Personenfirma oder eine Firma mit einem Phantasienamen sein. Sie muss aber in jedem Fall den Zusatz „GmbH“ enthalten. Ferner ist für die Gründer einer GmbH ein Gesellschaftsvertrag erforderlich, dessen Mindestinhalt vom Gesetzgeber zwingend vorgeschrieben ist. Dieser Gesellschaftsvertrag muss gerichtlich oder notariell beurkundet werden. Die GmbH ist zur Eintragung ins Handelsregister anzumelden. Bei einer haftungsbeschränkten Unternehmergesellschaft ist kein Mindeststammkapital vorgeschrieben. Durch einbehaltene Gewinne soll jedoch nach und nach das Mindeststammkapital einer GmbH erreicht werden.

Lösung zu 51

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung leitet die GmbH in eigener Verantwortung. Sie umfasst den gesamten Geschäftsbereich der GmbH. Die Geschäftsführung vertritt die GmbH gerichtlich und außergerichtlich. Sie hat Bericht zu erstatten über

- die beabsichtigte Geschäftspolitik,
- die Rentabilität,
- den Umsatz,
- die Zahlungsfähigkeit.

Ferner hat sie die Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Bilanz aufzustellen.

Gesellschafterversammlung

- Feststellung des Jahresabschlusses und der Verwendung des Ergebnisses
- Bestellung, Entlastung und Abberufung der Geschäftsführer
- Satzungsänderungen
- Bestellung von Prokuristen
- Prüfung und Überwachung der Geschäftsführung

Lösung zu 52

Eine GmbH ist einfacher zu gründen und zu leiten als eine AG. Die Gründungskosten sind niedriger, es wird weniger Kapital benötigt, die Gesellschafter haben mehr Einfluss auf die Gesellschaft und die Rechtsvorschriften geben mehr Spielraum. Wegen der beschränkten Haftung ist jedoch die Kreditbasis eingeschränkt. Außerdem fehlt bei der GmbH die zwingende Verpflichtung zur Bildung von Rücklagen, damit ist auch eine geringere Kapitalbasis gegeben.

Lösung zu 53

Der Vorstand der AG hat folgende Aufgaben:

- Leitung der AG in eigener Verantwortung einschließlich Vertretung
- regelmäßige Berichterstattung an den Aufsichtsrat über die beabsichtigte Geschäftspolitik, die Rentabilität, den Umsatz und die Zahlungsfähigkeit der AG
- Aufstellung des Jahresabschlusses und Vorlage an den Aufsichtsrat
- Vorschlag zur Gewinnverwendung an den Aufsichtsrat
- Einberufung einer ordentlichen Hauptversammlung

Der Aufsichtsrat der AG hat folgende Aufgaben:

- Bestellung und gegebenenfalls Abberufung des Vorstands
- Überwachung der Geschäftsführung des Vorstands
- Prüfung des Jahresabschlusses und des Vorschlages für die Gewinnverwendung
- Berichterstattung an die Hauptversammlung über das Ergebnis dieser Prüfung
- Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung, wenn dies das Wohl der AG erfordert

Lösung zu 54

Mit dem Kauf einer Aktie hat ein Aktionär bzw. eine Aktionärin sowohl Rechte als auch Pflichten. Mit der Aktie sind folgende Rechte verbunden:

- Anteil am Vermögen und Liquidationserlös der AG
- Anteil an der Gewinnausschüttung (Dividende)
- Stimmrecht in der Hauptversammlung der AG (Ausnahme: Vorzugsaktien)

- Recht auf Bezug „junger“ Aktien bei Kapitalerhöhung

Diesen Rechten steht die Pflicht zur Kapitaleinlage gegenüber.

Rechte und Pflichten kann der Aktionär nur gegenüber der AG, nicht aber gegenüber ihren Gläubigern und Schuldnern geltend machen. Auf die Rechtsbeziehungen zu Dritten hat er nur mittelbaren Einfluss über sein Stimmrecht in der Hauptversammlung (welches in der Praxis jedoch meistens durch seine ihn dort vertretende Bank wahrgenommen wird).

Lösung zu 55

Wesentliche Merkmale des Gesellschaftsunternehmens sind:

- Eigenkapital wird von mehreren Personen zur Verfügung gestellt
- Risiko und Haftung sind auf mehrere Personen verteilt
- Geschäftsführung und Vertretungsbefugnis sind auf mehrere Personen verteilt
- Kreditwürdigkeit ist in der Regel höher als beim Einzelunternehmen

Lösung zu 56

Bei den Mitbestimmungsregeln wird zwischen (1) Unternehmen mit 500 – 2.000 Arbeitnehmern, (2) Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit und mehr als 2.000 Beschäftigten und (3) Unternehmen des Bergbaus sowie der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie unterschieden.

Bei Unternehmen mit 500 – 2.000 Arbeitnehmern werden 2/3 der Mitglieder des Aufsichtsrats von den Anteilseignern und 1/3 der Mitglieder des Aufsichtsrats von den Arbeitnehmern bestimmt (Drittelparität).

Bei Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit und mehr als 2.000 Beschäftigten stellen Vertreter der Anteilseigner und der Arbeitnehmer jeweils die Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrats. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Aufsichtsratsvorsitzende als Vertreter der Anteilseigner (eingeschränkte Parität nach Mitbestimmungsgesetz). Zudem ist der Arbeitsdirektor Mitglied im Vorstand.

Bei Unternehmen des Bergbaus sowie der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie stellen Vertreter der Anteilseigner und der Arbeitnehmer jeweils die Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrats. Bei Stimmengleichheit entscheidet ein neutrales Mitglied (volle Parität nach Montanmitbestimmungsgesetz). Auch bei diesen Unternehmen ist der Arbeitsdirektor Mitglied des Vorstands.

Lösung zu 57

Als Vorteile sind zu nennen:

- Der Mindestnennbetrag in Höhe von nur 1 € für eine Aktie ermöglicht der AG, auch kleinste Kapitalbeträge zu mobilisieren. Zudem ermöglicht diese Stückelung auch Personen mit kleinem Einkommen und Vermögen, Aktien zu erwerben.
- Die leichte Übertragbarkeit der (Inhaber-) Aktien ermöglicht einen schnellen und reibungslosen Kauf oder Verkauf, wobei die AG den Wechsel des Aktionärs in der Regel nicht mitbekommt.
- Der Aktionär übernimmt durch den Kauf von Aktien keine persönliche Haftung für die AG, während für die AG das Aktienkapital seitens der Aktionäre nicht gekündigt werden kann.

Lösung zu 58

Die GmbH & Co. KG ist eine Mischform zwischen der Rechtsform der GmbH und der Rechtsform der KG. Bei dieser Rechtsform beteiligt sich eine GmbH als Komplementär an einer KG. Die GmbH & Co. KG ist somit eine Personengesellschaft, bei der die GmbH als Komplementär die Geschäftsführungsbefugnis und die Vertretungsmacht ausübt.

Lösung zu 59

Vorteile einer GmbH & Co. KG sind:

- Die GmbH als Komplementär haftet nur mit dem Geschäftsvermögen.
- Die Gesellschafter der GmbH und die Kommanditisten haften nur mit ihrer Einlage.
- Die GmbH & Co. KG kann sich relativ einfach Kapital beschaffen, indem sie Kommanditisten aufnimmt.

13 Lösungen zur zusammenfassenden Selbstkontrolle

Lösung zu 1

In Bulgarien ist eine beschleunigte Inflation (trabende Inflation) festzustellen. In Finnland herrschte in den Jahren 2004 bis 2007 Preisniveaustabilität, im Jahr 2008 liegt die Inflationsrate jedoch deutlich höher. In Irland ist über den gesamten Zeitraum hinweg eine schleichende Inflation festzustellen. In den Niederlanden herrscht Preisniveaustabilität, lediglich im Jahr 2008 liegt die Inflationsrate geringfügig über dem Wert von 2 %, der allgemein als Obergrenze für die Preisniveaustabilität angesehen wird.

Lösung zu 2

Die Zentralnotenbank soll das Ziel Preisniveaustabilität verfolgen, da eine Inflation vielfältige negative Wirkungen hat:

- Bei Beziehern von Transfereinkommen (z.B. Rentner) und von Kontrakteinkommen (z.B. abhängig Beschäftigte) kommt es durch Inflation zu realen Einkommenseinbußen.
- Bei Besitzern von Geldvermögen kommt es zu realen Vermögenseinbußen, nicht jedoch bei Besitzern von Sachvermögen.
- Allgemein verringert eine Inflation die Planungssicherheit der privaten Wirtschaftssubjekte und stört so das Wirtschaftsgeschehen. Speziell bei einer sogenannten Hyperinflation kann das gesamte Wirtschaftsgeschehen erheblich in Mitleidenschaft gezogen werden.

Lösung zu 3

Die drei grundsätzlichen Möglichkeiten des Zahlungsverkehrs sind die Barzahlung, die halbbare Zahlung und die bargeldlose Zahlung.

Barzahlung

Zwischen Zahler und Zahlungsempfänger wird Bargeld ausgetauscht. Das typische Beispiel für eine Barzahlung liegt vor, wenn der Verbraucher in einem Ladengeschäft Güter mit Bargeld bezahlt.

Halbbare Zahlung

Bei der halbbaren Zahlung muss entweder der Zahlungsempfänger oder der Zahlungspflichtige über ein Girokonto verfügen, d.h. auf der einen Seite wird Bargeld und auf der anderen Seite Buchgeld getauscht. Die beiden Möglichkeiten der halbbaren Zahlung sind der Barscheck und der Zahlschein.

Bargeldlose Zahlung

Sie setzt voraus, dass sowohl der Zahler als auch der Zahlungsempfänger über ein Girokonto bei einer Geschäftsbank verfügen. Möglichkeiten der bargeldlosen Zahlung sind die Überweisung, der Dauerauftrag, das Lastschriftverfahren, der Verrechnungsscheck und die Kartenzahlung.

Lösung zu 4

Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) soll sicherstellen, dass diese das Ziel der Preisniveaustabilität ungehindert verfolgen kann. Insbesondere soll verhindert werden, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion Druck auf die Zentralbank ausüben.

Hoch verschuldete Mitgliedstaaten würden von niedrigen Zinsen und einer hohen Inflationsrate in besonderem Maße profitieren und könnten daher versucht sein, die EZB entsprechend zu beeinflussen.

In gewisser Weise kann die Deutsche Bundesbank als Vorbild für die EZB angesehen werden. Auch die Deutsche Bundesbank verfügte über ein hohes Maß an Unabhängigkeit und hat in der Bundesrepublik Deutschland über mehrere Jahrzehnte für die Preisniveaustabilität der Deutschen Mark gesorgt.

Weder die Mitgliedstaaten noch die Organe der Europäischen Gemeinschaft dürfen der Europäischen Zentralbank Weisungen erteilen. Zudem sind die Mitglieder des EZB-Rates auch persönlich relativ unabhängig, da sie für mehrere Jahre gewählt sind, eine Amtsenthebung nur bei besonders schweren Verfehlungen möglich ist und zudem bei den Mitgliedern des Direktorium eine Wiederernennung nicht möglich ist.

Lösung zu 5

Es werden insbesondere die folgenden fünf Geldmengendefinitionen unterschieden:

- Bargeldumlauf

Alle Banknoten und Münzen, die sich nicht im Besitz der Zentralbank befinden.

- Geldmenge M1

Bargeldumlauf + Sichteinlagen von Nichtbanken

- Geldmenge M2

Geldmenge M1 + Einlagen mit Laufzeiten bis zu zwei Jahren (Termingelder) sowie Einlagen mit Kündigungsfristen bis zu drei Monaten (Spareinlagen)

- Geldmenge M3

Geldmenge M2 + Geldmarktfondsanteile, kurzlaufende Geldmarktpapiere und Bankschuldverschreibungen

- Zentralbankgeld

Bargeldumlauf und Sichtguthaben bei der Zentralbank

Eine besonders starke Verbindung zur gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage besteht bei der Geldmenge M1. Es ist davon auszugehen, dass die privaten Wirtschaftssubjekte Bargeld sowie die zumeist unverzinsten Sichteinlagen nur dann halten, wenn sie diese zum Kauf von Gütern und Dienstleistungen nutzen wollen.

Lösung zu 6

Das System der Geschäftsbanken in Deutschland ist ein Universalbankensystem, ergänzt um verschiedene Spezialbanken. Hinsichtlich ihrer Rechtsform und den geschäftspolitischen Zielen werden im Wesentlichen drei Gruppen von Universalbanken unterschieden, nämlich die privaten Kreditbanken (Groß- und Regionalbanken), die öffentlich-rechtlichen Banken und die genossenschaftlichen Banken. Daneben gibt es eine Reihe von Spezialbanken, z.B. Realkreditinstitute, Banken mit Sonderaufgaben sowie Bausparkassen.

Lösung zu 7

Volkswirtschaftliche Aufgaben der Geschäftsbanken sind

- die Kreditgeschäfte (Aktiv- und Passivgeschäfte),
- die Abwicklung des Zahlungsverkehrs,
- Wertpapier- und Geldanlagegeschäfte,
- das Depotgeschäft,
- das Sorten- und Devisengeschäft sowie
- die Kundenberatung.

Lösung zu 8

Scheck Nr. 1 ist gültig, wobei der in Buchstaben angegebene Wert (120 €) gilt.

Scheck Nr. 2 ist gültig, das falsche Ausstellungsdatum ist unerheblich.

Scheck Nr. 3 ist nicht gültig, da ein gesetzlicher Bestandteil des Schecks fehlt.

Lösung zu 9

Die vom Statistischen Bundesamt berechnete und veröffentlichte Inflationsrate basiert auf der durchschnittlichen Preisveränderung eines Warenkorb, der die durchschnittlichen Konsumausgaben privater Haushalte in Deutschland abbildet. Zum einen ist es daher möglich, dass ein individuelles Konsummuster deutlich vom Durchschnitt der Haushalte in Deutschland abweicht, sodass das reale Einkommen stärker sinkt als im Durchschnitt. Wenn beispielsweise Ihr Familienmitglied deutlich häufiger in ein Restaurant geht als der Durch-

schnitt der Menschen in Deutschland und die Restaurantpreise überdurchschnittlich gestiegen sind, so ist die „persönliche“ Inflationsrate Ihres Familienmitglieds höher als die veröffentlichte Inflationsrate. Zum anderen ist jedoch auch bedeutsam, dass die Menschen Preisveränderungen bei unterschiedlichen Gütern unterschiedlich stark wahrnehmen. In dem genannten Beispiel ist der Benzinpreis genannt, der von den Tankstellen auf großem Schildern angezeigt wird. Wenn beispielsweise im betrachteten Monat die von Ihrem Familienmitglied zu zahlende Wohnungsmiete und auch die Strompreise konstant geblieben sind, so wird dies Ihr Familienmitglied möglicherweise gar nicht wahrnehmen, obwohl insbesondere die Miete meist einen sehr hohen Anteil an den Konsumausgaben eines Haushalts hat. Dieses Phänomen einer stärkeren subjektiven Wahrnehmung von Preissteigerungen wird mitunter auch als „gefühlte Inflation“ bezeichnet.

Lösung zu 10

Mit der SEPA-Basislastschrift kann die AOK u.a. freiwillig versicherten Mitgliedern und Firmenkunden als besonderen Kundenservice den monatlichen Einzug der Beiträge anbieten. Dies hat für diese Kunden den Vorteil, dass es die AOK für sie übernimmt, die monatlichen Krankenversicherungs-/ Gesamtsozialversicherungsbeiträge rechtzeitig von den Girokonten einzuziehen. Die Kunden brauchen sich nicht um die rechtzeitige Ausführung der Zahlung zu kümmern und ersparen sich ggf. Säumniszuschläge, wenn sie die Zahlung nicht pünktlich geleistet hätten.

Lösung zu 11

Die Inflation liegt in dieser Volkswirtschaft über dem Wert, der üblicherweise als vereinbar mit dem Ziel der Preisniveaustabilität angesehen wird. Zudem ist angesichts des Anstiegs der Inflationsrate in der jüngsten Vergangenheit sowie des hohen Auftragsbestandes mit einer weiteren Erhöhung der Preissteigerungsrate zu rechnen. Das Ziel „Preisniveaustabilität“ ist somit gefährdet.

Die Zentralnotenbank wird in einer solchen Situation wahrscheinlich die Leitzinsen erhöhen. Dadurch wird der Anstieg der Geldmenge gebremst und das allgemeine Zinsniveau erhöht. Die Unternehmen und Haushalte werden ihre Nachfrage nach (kreditfinanzierten) Gütern reduzieren, sodass ein dämpfender Einfluss auf die Preisentwicklung ausgeübt wird.

Lösung zu 12

Das Verhältnis von Bargeld zu Buchgeld wird bestimmt durch die Zahlungsgewohnheiten der Wirtschaftssubjekte. Je mehr bargeldlos gezahlt wird, umso größer ist der Anteil des Buchgeldes. Die Einrichtung von Gehaltskonten und die Einführung von ec- und Kreditkarten haben den Anteil der bargeldlosen Zahlungen in der Volkswirtschaft erhöht.

Lösung zu 13

Die Mindestreservpolitik ist, wie die anderen geldpolitischen Maßnahmen auch, ein Instrument der Geldmengenvermehrung bzw. -verringerung. Allerdings sind die Geschäftsbanken verpflichtet, diese Mindestreserve in Abhängigkeit des von der EZB festgelegten Mindestreservesatzes bei der Deutschen Bundesbank zu halten. Bei der Mindestreservpolitik handelt es sich um eine hoheitliche Maßnahme der EZB.

Lösung zu 14

Kaufmann ist gemäß § 1 HGB, wer ein Handelsgewerbe betreibt, das nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert. Die Kaufmannseigenschaft entsteht mit Aufnahme der gewerblichen Tätigkeit. Eine Eintragung in das Handelsregister ist verpflichtend, hat jedoch nur rechtsbestätigenden (deklaratorischen) Charakter.

Kleingewerbetreibende, die keinen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb benötigen, haben die Möglichkeit, durch freiwillige Eintragung in das Handelsregister Kaufmann im Sinne des HGB zu werden. Die Eintragung ist hierbei rechtsbegründend (konstitutiv), d.h. erst durch sie wird der Gewerbetreibende zum Kaufmann im Sinne des HGB.

Lösung zu 15

Personengesellschaften, also Gesellschaften die durch mehrere Personen gegründet und getragen werden, scheiden für Hans Meier aus. Folglich kommen eine OHG, eine KG, eine Stille Gesellschaft und eine GbR nicht infrage. Übrig bleiben das Einzelunternehmen sowie eine Kapitalgesellschaft.

Eine AG könnte Hans Meier alleine gründen. Allerdings benötigt er ein Grundkapital von 50.000 € und einen Aufsichtsrat, der mindestens aus drei Personen besteht. Zudem sind einige formale Anforderungen zu beachten. Folglich ist die AG für Hans Meier nicht möglich und sie entspricht auch nicht seinen Anforderungen.

Für eine GmbH benötigt Hans Meier ein Stammkapital von mindestens 25.000 €, sodass auch diese Rechtsform für ihn nicht infrage kommt. Allerdings könnte er eine haftungsbeschränkte Unternehmergesellschaft gründen, bei der er zu Anfang kein festgelegtes Mindestkapital benötigt, jedoch die erzielten Gewinne zum Aufbau des Stammkapitals nutzen muss. Es bestehen zudem formale Mindestvoraussetzungen.

Des Weiteren käme für Hans Meier die Gründung eines Einzelunternehmens infrage. Bei der Abwägung zwischen Einzelunternehmen und haftungsbeschränkter Unternehmergesellschaft muss Hans Meier entscheiden, ob er lieber das Haftungsrisiko eines Einzelunternehmers eingeht oder die formalen Anforderungen an eine Kapitalgesellschaft beachten will. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass er als Einzelunternehmer in der Regel einen besseren Zugang zu Fremdkapital haben wird.

Für die zweite Konstellation gilt: Offensichtlich wollen beide Gründer/innen nicht mit ihrem vollen Privatvermögen haften. Sie werden sich daher für eine Kapitalgesellschaft entscheiden. Eine Aktiengesellschaft kommt nicht infrage, da die beiden zusammen nicht das erforderliche Mindestgrundkapital von 50.000 € aufbringen wollen. Die Gründung einer GmbH (Mindeststammkapital von 25.000 €) wäre hingegen möglich.